

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 129

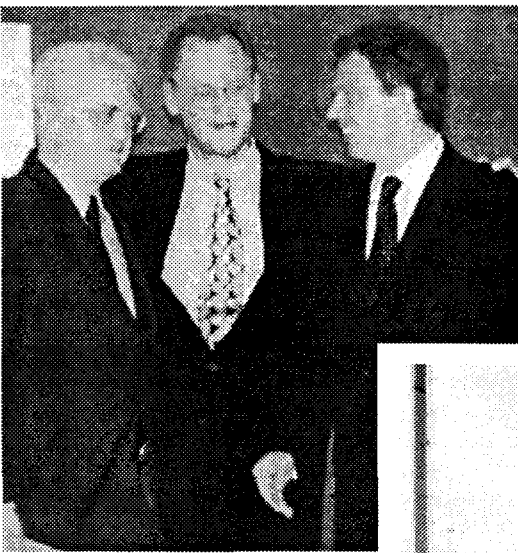
SEPTEMBER/OKTOBER 1997

DM 1,-

Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga

Für ein Arbeitereuropa – Für sozialistische Revolution!

N.Y. SPARTAKIST LEAGUE
P.O. BOX 3381
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212 - 267-1025



AP

Die folgende IKL-Erklärung wurde zum Amsterdamer Euromarsch am 14. Juni herausgegeben.

Die kapitalistischen Herrscher Westeuropas haben ihre Austeritätsangriffe auf die Werktätigen ausgeweitet und den rassistischen Terror gegen Immigranten und Minderheiten verschärft. Als proletarische Internationalisten lehnen wir von der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) die Europäische Union als einen imperialistischen Wirtschaftsblock ab, der ein Mittel zur kapitalistischen Zusammenarbeit gegen die werktätigen Massen Europas ist. Die Arbeiterklasse muß sich gegen die Durchsetzung des Maastrichter Vertrages von 1992 über die „Währungsunion“ wehren. Dieser Vertrag ist ein Pakt der kapitalistischen Herren Europas, um gegen andere Weltmächte um Märkte zu konkurrieren, und das heißt zunehmende Angriffe auf die Arbeiterklasse und ethnische Minderheiten.

Die gegenwärtige reaktionäre Angriffswelle, symbolisiert

Nieder mit Maastricht!

**Nein zu den
sozialdemokratischen Handlangern
der kapitalistischen Austerität!**



Christian Jungeblodt/Signum

Oben: Jospin, Scharping, Blair. Die Sozialdemokraten verwalten rassistische „Festung Europa“ und organisieren Abschiebungsterror

durch Maastricht, ist eine direkte Folge der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas. Die bolschewistische Revolution von 1917 war das herausragende Ereignis des 20. Jahrhunderts, die erste und einzige siegreiche Arbeiterrevolution. Doch der Druck der imperialistischen Einkreisung auf ein ökonomisch rückständiges Land, die

Fortgesetzt auf Seite 24

Hamburg: SPD-Wahlkampf für mehr rassistischen Polizeiterror

Organisierte Regierungskriminalität in Hamburg: Die Ausländerbehörde läßt durch „freie Mitarbeiter“ und durch eine Honorarkonsulin gefälschte Pässe ausstellen, um Afrikaner egal welcher Herkunft per Federstrich zu Staatsbürgern von Gambia zu erklären und sie dorthin abzuschicken. Obwohl im August die Abschiebung von 14 Afrikanern durch das Amtsgericht gestoppt wurde, sind solche Verfahren „Tagesgeschäft“ in SPD-Voscheraus rassistischer Hochburg. Schwarze werden auf den Straßen von Hamburg systematisch von der Polizei verfolgt und durchsucht. Am 20. April, Hitlers Geburtstag, wütete die Polizei im Hamburger Hauptbahnhof und nahm Schwarze fest. In Polizeiwannen bedrohte sie die afrikanischen Immigranten: Wir feiern heute einen Geburtstag.

Die staatliche Kampagne zu „Ausländerkriminalität“ dient der Kriminalisierung ganzer Nationalitäten und deren Vertreibung. So werden Kurden auf Grundlage des PKK-Verbots an das Mörderregime der Türkei ausgeliefert. Die rassistische Pogromhetze gegen eine sogenannte „westafrikanische Drogen-Mafia“ dient zur Vorbereitung von 26000 Abschiebungen. Jetzt will die Hamburger SPD ihre gängige Praxis gegenüber Afrikanern zum Gesetz machen. Voscherau stellte im Bundesrat einen Entschließungsantrag, der verschärfte Abschiebevollmachten für die Strafgerichte vorsieht und afrikanische Staaten dazu erpressen soll, „die Menschen unabhängig von ihren Paßpapieren aufzunehmen“. Andernfalls soll ihnen die Entwicklungshilfe abgedreht werden. Wir Spartakisten fordern: Sofortiger Abschiebestopp! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben! Arbeiter: Macht es wie die Fluglotsen und Flughafentarbeiter in Paris und Dakar, Senegal, die sich weigerten, bei Abschiebungen mitzumachen, nachdem die Polizei die von Immigranten besetzte Kirche St. Bernard gestürmt hatte!

Die Sozialdemokratie hat nichts anderes anzubieten als Sozialabbau und Arbeitslosigkeit. Um ihr arbeiterfeindliches Programm durchzusetzen, verlangt die SPD-Spitze im Wettbewerb mit Innenminister Kanther und CSU-Chef Stoiber verschärfte Ausländer- und Polizeistaatsgesetze, die dazu dienen, die Arbeiterklasse zu spalten und einzuschüchtern. Sie bereitet damit den Nährboden, auf dem die Nazis wachsen. Die Hamburger Wahl ist das beste Beispiel dafür.

Während sich die SPD für „Law and Order“ und „innere Sicherheit“ stark macht, „kandidieren“ fünf verschiedene faschistische Parteien mit ihrem Programm für Völkermord.

Als im Aufwind des rassistischen Wahlkampfes in Hamburg die faschistische NPD mit einer Provokation am 13. September drohte (die dann nicht stattfand), erklärte der SPD-Senat, daß er auf alle Fälle „einen NPD-Aufmarsch schützen müsse“ (*taz*, 9. September). Gegen 4000 Nazi-Gegner, die an diesem Tag demonstrierten, schickte die SPD allerdings 2000 Bullen mit Wasserwerfern und Kampfanzügen. Beim Verkauf und bei Diskussionen auf der Demo argumentierten die Genossen der SpAD und Spartakist-Jugend dafür, die soziale Macht der Arbeiter/Immigranten zu mobilisieren, um durch Einheitsfrontaktionen die Nazis zu stoppen. Und wir betonten die direkte Verantwortung der SPD für den rassistischen Terror, der die Nazis nährt.

Reformisten wie Linksruck und Zentristen wie die Gruppe Arbeitermacht und der Revolutionär Sozialistische Bund rufen statt dessen ständig zur Wahl der SPD auf oder unterstützen die PDS, die nur ein Steigbügelhalter für eine SPD-Regierung ist und ebenfalls gegen „Ausländerkriminalität“ hetzt. Linksruck gibt der SPD Schützenhilfe und fordert auf ihrer Titelseite „SPD wählen ohne Illusionen“ (4. September). Das ist ungeheuerlich! Die Wahlversprechen der SPD lauten klipp und klar: verschärfte Angriffe auf Sozialleistungen und noch mehr rassistischer Polizeiterror. Die Wahlaufufe von Linksruck usw. dienen allein dazu, antirassistische Jugendliche an die SPD zu ketten. Damit übernehmen sie die Verantwortung für die rassistische Politik der SPD.

Keine Stimme für die SPD und ihre „rot“-grünen Satelliten! Es ist eine strategische Aufgabe für Revolutionäre, die proletarische Basis der SPD von ihrer prokapitalistischen Irreführung zu brechen. Dafür brauchen wir eine revolutionäre Führung, eine internationalistische trotzkistische Partei, die die Arbeiterklasse politisch unabhängig im eigenen Klasseninteresse organisiert. Diese Partei muß ein Volkstribun aller Unterdrückten sein, wie die Bolschewiki in Rußland, wo die Machtergreifung der Arbeiterklasse im Oktober 1917 allen eingewanderten Arbeitern volle Staatsbürgerrechte gab. Wir Spartakisten kämpfen für neue Oktoberrevolutionen weltweit! ■

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Verantwortlicher Redakteur: Max Schütz; herausgebende
Redakteurin: Doris Kohn; verantwortlich für Produktion:
Renate Dahlhaus; verantwortlich für Vertrieb: Herbert Adler

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 44394 01
Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung
der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin
Abonnement (6 Ausgaben) DM 10,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 129

SEPTEMBER/OKTOBER 1997

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY 10116, USA

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 44394 00

Halle: SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Schlüssel für die Verteidigung aller Arbeiter: Organisiert ausländische, eingewanderte Arbeiter!

Bis zu acht Wochen lang streikte die IG BAU in Berlin gegen die Angriffe der Bosse und ihres Staates, die auf die Zerschlagung des nationalen Tarifvertrages und damit der Gewerkschaft abzielen. Bei der Urabstimmung Ende Juni hatten 89,3 Prozent für den Streik gegen die von der Fachge-

Berlin: Baustreik ausverkauft

meinschaft Bau angekündigten drastischen Lohnsenkungen und die weitere Verschärfung der Arbeitsbedingungen gestimmt. Besonders auf dem Bau sind die Auswirkungen der Konterrevolution in der DDR und der UdSSR drastisch zu spüren, die zu Massenarbeitslosigkeit und Verarmung geführt haben. Der Streik hätte zum Startschuß für alle Arbeiter auf der „Baustelle Berlin“ werden können, wo die Unfallrate ständig zunimmt und Arbeiter aus Portugal und Polen in „Wohn“container gepfercht werden und für Hungerlöhne schufteln müssen.

Aber die IG-BAU-Bürokratie hielt den Streik isoliert und sorgte dafür, daß auf dem Höhepunkt des Streiks nicht mehr als 1400 überwiegend deutsche Arbeiter daran beteiligt waren. Sie hat einschneidenden Lohnraub-Abschlüssen für Ost und West zugestimmt und rassistische Razzien auf

den Baustellen mitorganisiert. Nun hat sie Stück für Stück den Bauarbeiterstreik mit „Haustarifverträgen“ ausverkauft, so daß der Boß des Kapitalistenverbandes FG Bau jetzt lautstark einen „tariflosen Zustand“ fordert angesichts „einer Bandbreite der Stundenlöhne von 1,20 DM bis 31 DM“. Die IG BAU hat damit einen weiteren schweren Schlag gegen die Gewerkschaft selbst herbeigeführt.

In einem Spartakist-Flugblatt vom 17. Juli, das auf englisch, polnisch und deutsch herausgegeben wurde, betonten wir, daß der Schlüssel zum Sieg des Streiks in der Ausweitung auf die Großbaustellen am Potsdamer Platz und entlang der Spree liegt. Notwendig dafür ist die gewerkschaftliche Organisation der eingewanderten, ausländischen und aller unorganisierten Arbeiter, einschließlich der Arbeitslosen. Die Arbeiterklasse und Minderheiten können nur gemeinsam ihre Interessen durchsetzen, oder sie werden getrennt geschlagen werden. Wie wir in unserem Flugblatt warnten:

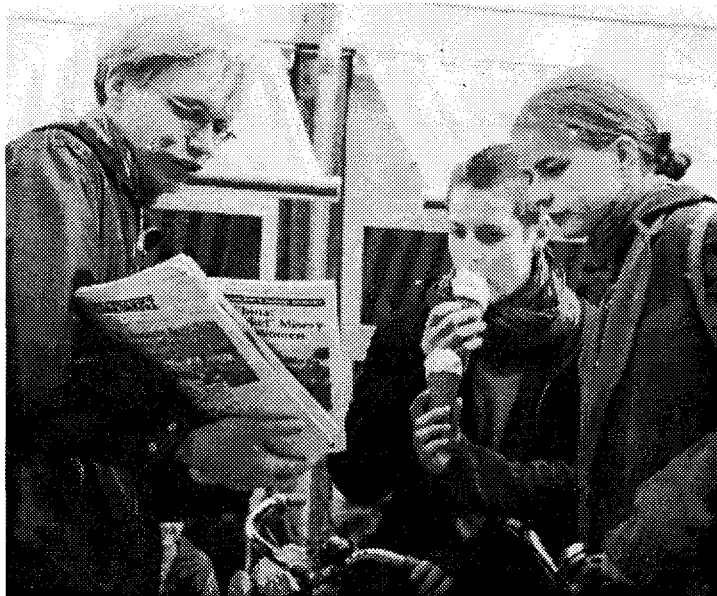
„Einem solchen Sieg stehen die nationalistischen sozialdemokratischen Handlanger der Bosse im Wege: mit ihren Regelwerken über ‚legale‘ Streiks und ihrer chauvinistischen protektionistischen Unterstützung von Bullenrazzien gegen ‚illegale‘ ausländische Arbeiter. Sie versuchen, deutsche Arbeiter gegen ihre Klassenbrüder aus

Fortgesetzt auf Seite 4

Spartakist-Abokampagne

Abonniert jetzt!

- Jahresabo (6 Ausgaben): DM 10,-
 - Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
- Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)



Spartakist

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Quoten der Abokampagne 1997 28. September bis 2. November

Berlin	125
Hamburg	80
Auf Entfernung	30
Gesamt	235

Gratis: Ein Abogeschenk eurer Wahl

- Spartakist*-Paket: Eine proletarische Strategie zum Kampf gegen den Faschismus
- Marxismus kontra Anarchismus: Von 1848 bis zur bolschewistischen Revolution (*Spartakist*-Serie, Teil 1-5)
- Spartakist*-Paket: Türkei, Kurdistan und permanente Revolution
- Women and Revolution*, englischsprachige Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S.

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Baustreik...

Fortsetzung von Seite 3

anderen Ländern auszuspielen, genauso wie sie alle, die Arbeit haben, gegen die 40 000 *arbeitslosen* Bauarbeiter ausspielen wollen. Damit lenken sie den Widerstand gegen den Kahlschlag der Bosse, den die SPD mitverwaltet, auf Chauvinismus und rassistische Reaktion hin.“

In unserem Flugblatt sowie bei Diskussionen am Streikzelt der IG BAU am Wittenbergplatz und bei der Großbaustelle am Potsdamer Platz riefen wir dazu auf: „Verwandelt die morgendlichen Korsos in fliegende Streikposten, die jede Baustelle in Berlin dichtmachen! Ein bestreiktes Gelände ist ein bestreiktes Gelände. Wenn einer rausgeht, gehen alle raus! Für Streikposten, die von *allen* Gewerkschaften anerkannt werden!“ Und das SpAD-Flugblatt betonte:

- Organisiert die Unorganisierten!
- Kämpft für gleichen Lohn für gleiche Arbeit!
- Tarifröhne für ausländische Arbeiter!
- Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und Flüchtlinge!

Eine solche Mobilisierung, die die eingewanderten und ausländischen Arbeiter einbezieht und ihre enorme soziale Macht auf der Baustelle Berlin entfesselt, würde der Teile- und herrsche-Politik der Kapitalisten einen mächtigen Schlag versetzen.

Wie weit die reformistische und die zentristische Linke nach rechts gegangen sind, die der SPD/DGB-Spitze hinterherlaufen, kann man daran sehen, daß sie sich bestenfalls als militante Verteidiger des erbärmlichen Status quo aus der Zeit präsentieren, bevor die kapitalistischen Herrscher die Axt an den „Sozialstaat“ anlegten. Mit der Losung „Kohl muß weg!“ schüren sie Illusionen in die SPD. Linksruck fordert „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ und behauptet: „Das ist keine Utopie, sondern geltendes Tarifrecht“ (*Linksruck*, 30. Mai). Im Schlepptau der Gewerkschaftsbürokratie bejubelt Linksruck die staatlichen „Mindestlöhne“, die gerade das Gegenteil von „gleichem Lohn für gleiche Arbeit“ sind. In Wirklichkeit bedeuten sie eine drastische Senkung der Löhne, die inzwischen sogar noch weiter gedrückt wurden. Dieses Gesetz ist ein Ergebnis der Klassenkollaboration, das der Zerschlagung der Tarifröhne dient. Es schafft einen, zwei

SPARTAKIST
Macht die Baustelle Berlin dicht!
Gewerkschaften: Organisiert die eingewanderten, ausländischen und alle unorganisierten Arbeiter!

SPARTAKIST
Zamknąć wielki plac budowy — Berlin!
Związki zawodowe: zorganizujcie robotników imigrantów, z zagranicy i wszystkich niezorganizowanych!

SPARTAKIST
Shut down construction site Berlin!
Unions: organise immigrant, foreign and all unorganised workers!

Flugblätter auf deutsch, englisch und polnisch, die von der SpAD beim Streik verteilt wurden

oder drei Stundenlöhne, indem ausländische und eingewanderte Arbeiter zu Menschen zweiter Klasse (oder sogar dritter Klasse, wenn sie im Osten arbeiten) verurteilt werden.

Am Bau, wo die Rolle des bürgerlichen Staates als ausführendes Organ der Kapitalistenklasse nicht deutlicher sein könnte, zeigt sich der Reformismus von Linksruck besonders kraß. So erklärt der Linksruck-Führer Jürgen Ehlers in einem „Leserbrief“ (*Linksruck*, 26. Juni), daß „in der gegenwärtigen Situation keine verschärften Kontrollen“ helfen. Aber wenn erst die „rechtliche Gleichstellung von deutschen und ausländischen Arbeitern“ und „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchgesetzt ist, „machen Kontrollen auf Baustellen einen Sinn, weil nur so zu gewährleisten ist, daß die Unternehmer sich an die Vereinbarungen halten“. Und das angesichts der täglichen Polizeirazzien und des Abschiebungsterrors, die von der Gewerkschaftsbürokratie unterstützt werden! Unabhängig davon, wie Ehlers seine „Kontrollen“ haben will, laufen diese immer darauf hinaus, Razzien auf Baustellen zu unterstützen und damit die Arbeit der Ausländerpolizei auszuführen: und das heißt Abschiebung von Immigranten. Es zeigt sich wieder, daß Linksruck den kapitalistischen Staat als ein „klassen-neutrales“ Instrument sieht, das durch Druck dazu gebracht werden kann, den Interessen der Arbeiter zu dienen. Marxisten dagegen lehnen grundsätzlich jede Kollaboration zwischen der Arbeiterbewegung und dem Repressionsapparat des bürgerlichen Staates ab.

Die Position von Linksruck zeigt sich auch in ihrem Artikel zu Polizei, „streiks“ in Brasilien (*Linksruck*, 7. August). Obwohl Linksruck anerkennt, daß die Polizei „der eine Arm des Staatsapparates“ ist, sagt Linksruck *keinen Ton* über deren berüchtigte blutrünstige Rolle. Statt dessen stellt Linksruck die Bullen mit deren Opfern in eine Reihe: „Die Polizisten sind nicht die Einzigen, die jetzt anfangen zu protestieren. In den letzten Wochen gab es massenhaft Proteste von LKW-Fahrern, Landlosen und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegen die Sparpolitik der Regierung.“

Fortgesetzt auf Seite 30



Ausweitung des Streiks durch IG-BAU-Führung verhindert

Für gewerkschaftliche Verteidigung gegen Nazi-Terror!

Als mitten im Baustreik bekannt wurde, daß 100 Nazis am 26. Juli durch Hellersdorf marschiert waren, um einen Rassisten zu feiern, der nach einem Angriff auf einen türkischen Imbiß gestorben war, gab das Komitee für soziale Verteidigung, das mit der SpAD verbunden ist, ein Flugblatt für gewerkschaftliche Verteidigungsaktionen gegen den Nazi-Terror heraus.

Doch als wir das KfsV-Flugblatt beim Streikzelt verteilten und auf Resonanz stießen, erklärten IG-BAU-Bürokraten, der tote Rassist sei ein IG-BAU-Mitglied gewesen. Tatsächlich drückten sie damit die Komplizenschaft der Gewerkschaftsbürokratie und der SPD aus, die den Rassismus in die Arbeiterbewegung hineinbringen. Im März organisierte die IG BAU eine „Aktionswoche“ in Berlin, die in einer pogromähnlichen Stimmung bei einer Demonstration vor dem Reichstag gipfelte: Skinheads jagten ausländische Arbeiter, und Republikaner-Nazis verteilten Hetzpropaganda. Die Mobilisierung des Proletariats in seinem eigenen Interesse erfordert einen politischen Kampf gegen diese Arbeiterleutnants des Kapitals und einen Kampf für eine revolutionäre Führung, die der Enteignung der Bourgeoisie und dem Aufbau einer egalitären sozialistischen Gesellschaft verpflichtet ist. Nachfolgend drucken wir das KfsV-Flugblatt vom 31. Juli 1997 ab.

Um 5.30 Uhr griffen am Morgen des 9. Juli betrunkene Rassisten die rund um die Uhr geöffnete türkische Imbißstube am U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord in Berlin-Hellersdorf an und bedrohten einen der türkischen Angestellten lebensgefährlich. Die Rassisten waren so aggressiv, daß sogar die Bullen sich genötigt sahen, sie von der Imbißstube wegzuschleppen. Einer dieser Schläger erhielt bei dem rassistischen Angriff einen Schlag auf den Kopf und starb am selben Tag in seiner Wohnung. Die Nazis fingen sofort an, für den toten Rassisten „Gedenkkundgebungen“ in Hellersdorf zu organisieren. Sie versuchen, ihn zu einem „Märtyrer“ zu machen, um dies als Vorwand für ihre faschistische Terror-Kampagne zu benutzen. Am 26. Juli marschierten 100 Nazis unter starkem Polizeischutz bedrohlich durch die Straßen von Hellersdorf zu der Imbißstube.

Heute setzen die Bosse und ihr Staat rassistischen und faschistischen Terror gegen Immigranten ein, die als die Verwundbarsten gesehen werden, um damit die Arbeiterklasse zu spalten. Morgen werden die Nazis ausgeschickt werden, um Streiks zu brechen, und am Tag darauf, um die Gewerkschaften zu zerschlagen, wie sie es 1933 gemacht haben. Der Holocaust und Hitlers Krieg gegen die Sowjetunion konnten nur stattfinden, weil das Dritte Reich zuerst die Arbeiterbewegung zerstört hat. *Es ist dringend notwendig, vereinte Arbeiterverteidigungsaktionen zu organisieren, um die Nazis im Keim zu zerschlagen.*

Das wäre im direkten Interesse der über 1000 streikenden IG-BAU-Gewerkschafter in Berlin. Wenn der Streik auf die polnischen, irischen und anderen Arbeiter ausgeweitet wird, die den Potsdamer Platz und die massiven Bauprojekte der Bundesregierung entlang der Spree aufbauen, hätte er das Potential, die Hauptstadt dichtzumachen und der giftigen, rassistischen Teile-und-herrsche-Taktik, die die Bosse bei ihren Angriffen auf die Arbeiterklasse und die Immigranten in ganz Europa einsetzen, einen mächtigen Schlag zu versetzen. Aber der Streik ist in großer Gefahr aufgrund der Niederlagenstrategie seiner sozialdemokratischen Irreführer, die mit ihrer chauvinistischen, protek-

tionistischen Unterstützung von Bullenrazzias gegen „illegale“ ausländische Arbeiter den Bossen direkt in die Hände arbeiten, und deren Vorstellung von einer „Ausweitung des Streiks“ darin besteht, *Haustarifverträge* auszuhandeln – genau, was die Bosse wollen!

Die Streikpostenkette ist die erste Verteidigungslinie der Arbeiter im Klassenkampf. Eng verbunden mit Streikposten und genauso notwendig sind Arbeiter/Immigranten-Verteidigungsgruppen, um alle Kollegen gegen die Nazi-Mörderbanden zu verteidigen. Als ein Schritt im Aufbau *geschlossener Massenstreikpostenketten, die niemand überquert*, und als ein machtvoller Impuls, *um die Unorganisierten zu organisieren* und den Streik auf die Zehntausenden ausländischen Arbeiter auszuweiten, die auf der „größten Baustelle Europas“ arbeiten und immer wieder faschistischen Überfällen ausgesetzt sind, sollten alle Kämpfer für die Interessen der Arbeiterklasse und der Unterdrückten sofort eine Einheitsfrontverteidigung der türkischen Imbißstube am U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord organisieren. *Eine Einheitsfront-Verteidigungsaktion in Hellersdorf könnte die Stärke und Autorität der IG BAU gewaltig steigern, Tausende neue Mitglieder in die Gewerkschaft bringen und die Basis für Massenstreikpostenketten legen, die nötig sind, um die Bosse in die Knie zu zwingen.*

Von der Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit für Jugendliche hart getroffen – die direkte Ergebnisse der kapitalistischen Wiedervereinigung sind –, war Hellersdorf schon oft Schauplatz rassistischer Angriffe und wird von den Nazis offensichtlich als Rekrutierungsfeld für faschistischen Terror und Pogrome gesehen. Am 15. Februar dieses Jahres versuchten die faschistischen „Jungen Nationaldemokraten“, am S-Bahnhof Wuhletal eine Provokation unter der Losung „Arbeit zuerst für Deutsche“ zu starten. Diese Provokation wurde durch eine entschlossene Aktion der trotzkistischen Spartakisten gestoppt, die antifaschistische Jugendliche in einer Einheitsfrontmobilisierung führten. Diese Einheitsfront wurde im politischen Kampf gegen die ohnmächtigen Abwiegeleien der Sozialdemokraten von SPD und PDS organisiert.

Genau diese Art von entschlossener Aktion ist in Hellersdorf wieder notwendig. Deshalb schlagen wir eine Einheitsfrontkundgebung an der türkischen Imbißstube bei Kaulsdorf-Nord vor, organisiert mit den streikenden Bauarbeitern der IG BAU, zusammen mit anderen Gewerkschaftern, die die militanten eingewanderten Arbeiter aus der Türkei und Kurdistan genauso einbeziehen wie unsere Klassenbrüder aus Polen, England, Irland, Italien, Portugal und anderen Ländern, sowie alle anderen, die den faschistischen Terror stoppen wollen. Die Sozialdemokraten predigen Vertrauen in den Staat der Bosse und seine Bullen, um die Faschisten zu stoppen. Aber es ist der gleiche Innensenator Schönbohm, der im Februar als Pressesprecher für die Faschisten auftrat, der sie mit Polizei-Hundertschaften und Wasserwerfern schützt, wo immer sie aufmarschieren (wie am 14. Juni am Brandenburger Tor), und der jetzt gedroht hat, die IG-Bau-Streikposten mit Polizeigewalt zu vertreiben. Eine Einheitsfront-Verteidigungsaktion, die sich auf die streikenden Bauarbeiter stützt, würde an die Nazis und den kapitalistischen Staat, der sie schützt, eine machtvolle Botschaft senden und würde massiv zum Aufbau der Streikposten beitragen, die notwendig sind, um diesen Streik zu gewinnen! ■

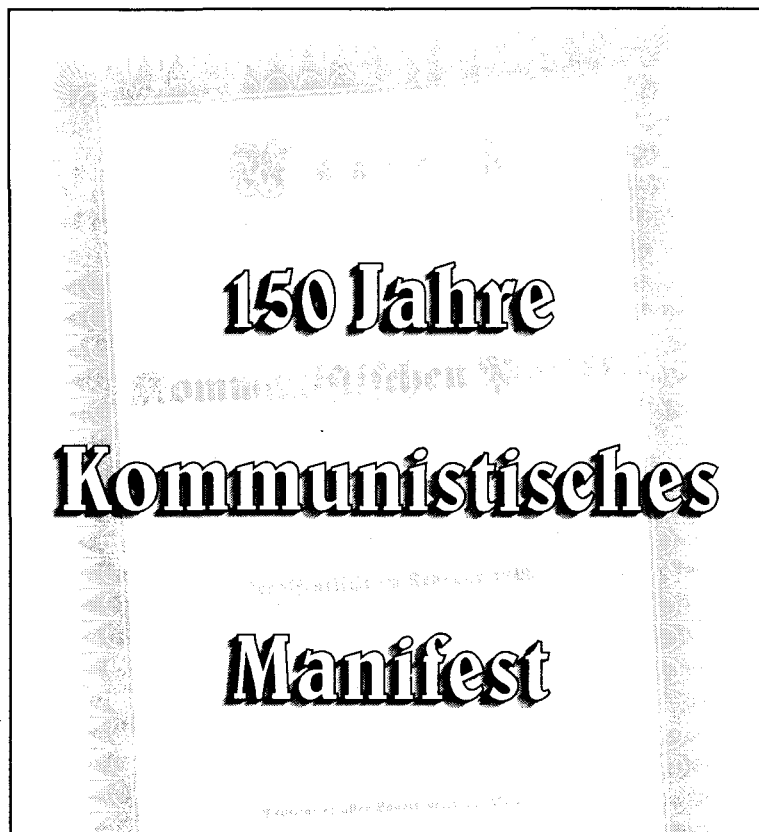
Nachstehend drucken wir eine redigierte Abschrift einer Präsentation von George Foster, Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, bei einer regionalen Jugend-Schulung Anfang des Jahres in New York.

Das *Kommunistische Manifest* von 1848 fängt mit der Erklärung an: Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Kommunismus. Heute wollen die Bourgeoisien international glauben machen, daß der Kommunismus tot sei und die Menschheit am „Ende der Geschichte“ stehe. Natürlich feiern die Imperialisten noch die kürzliche Zerstörung der Sowjetunion, die ihnen schändlicherweise vom Stalinismus ausgeliefert wurde. Aber wenn wir ihren ideologischen Humbug abstreifen und ihre Taten anschauen, sehen wir, daß die kapitalistischen Herrscher immer noch von der Oktoberrevolution 1917 verfolgt werden, von demselben alten Gespenst von 1848. Denn die schlagendste Bestätigung des *Manifests* war gerade die Russische Revolution von 1917, eine Revolution, die die Losung am Schluß des *Manifests* auf ihr Banner schrieb: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Der Kommunismus ist alles andere als tot. Man muß nur die Krankheit des jetzigen Kapitalismus durch das Prisma des *Kommunistischen Manifests* untersuchen, und man sieht die großartige Voraussicht dieses Dokuments, das die programmatische Begründung des modernen Kommunismus darstellte.

So führt in dieser angeblichen Periode vom „Tod des Kommunismus“ die Polizei von Chicago eine aktive Kampagne, um die Sondereinheit gegen Rote wiederaufzubauen, eine Einheit, die vor einigen Jahren formal aufgelöst wurde. Das Beispiel ist trivial, aber doch charakteristisch für die heutige Zeit. Seit der Zerstörung der Sowjetunion laufen überall die Kapitalisten Amok, in dem Gefühl, daß sie nichts zurückhalten kann. Als Ausdruck der gesteigerten imperialistischen Rivalität und Konkurrenz sind die Bourgeoisien dabei, die Ausbeutungsrate der Arbeiterklasse in ganz Europa, Nordamerika, Asien und Lateinamerika höherzuschrauben. Dies hat zur beschleunigten Verarmung der Werktätigen international geführt, während wenige noch reicher werden.

Hand in Hand mit dieser sich häufenden gesellschaftlichen Spannung sehen wir ein weiteres Merkmal des gegenwärtigen Kapitalismus: die massive Zunahme der Kräfte der staatlichen Repression. In den Vereinigten Staaten ist dieser ungeheuerlich ausgeferte Polizeiapparat erwiesenermaßen zu einer parasitären selbstbewußten Schicht geworden, Teil eines immensen Systems der kapitalistischen Ungerechtigkeit, das eine ganze Generation Jugendlicher von Minderheiten und Einwanderern zur Hölle der Gefängnisse verdammt hat. Zunehmend kultiviert die Bourgeoisie Chauvinismus und Rassismus, um die Arbeiterklasse zu schwächen und zu spalten und um ihren revolutionären Willen zu unter-



minieren. Damit einher geht ein ominöser Wiederaufstieg der extremen Reaktion in Form von faschistischen Banden, die letzte Verteidigungslinie des Kapitalismus. Der wirkliche Schlachtruf der Bourgeoisie ist nicht: „Der Kommunismus ist tot“, sondern: „Nie wieder Oktober 1917!“

Ursprünge des *Kommunistischen Manifests*

Das *Kommunistische Manifest* gehört zu den ersten beiden ausgereiften Werken des Marxismus und ist das Gründungsdokument der kommunistischen Bewegung. Es wurde im November 1847 vom Bund der Kommunisten, einer kleinen internationalen Organisation von kommunistischen Handwerker-Proletariern als ih-

re Grundsatzerklärung in Auftrag gegeben. Der berühmteste Bericht über die Entstehung des *Manifests* wurde 1885 von Friedrich Engels verfaßt, der mit Marx sein Leben lang als Genosse zusammen arbeitete und kämpfte. Der Bolschewik David Rjasanow, Gründer des Marx-Engels-Instituts in Moskau, schrieb in seinem kurzen Buch *Marx und Engels* von 1927 eine amüsante Zusammenfassung dieses Berichts:

„Von Engels mit leichter Hand aufs Papier geworfen, stellt sich die Sache so dar: Es waren einmal Marx und Engels, zwei deutsche Philosophen und Politiker, die gezwungen waren, Deutschland zu verlassen; sie lebten in Frankreich, sie lebten in Deutschland, und sie schrieben gelehrte Bücher, die die Aufmerksamkeit der Intelligenz auf sich zogen und später in die Hände von Arbeitern fielen. Und da, eines schönen Tages, wandten sich die Arbeiter an diese beiden Gelehrten, die in ihrer Studierstube saßen und sich nicht in die ganze schmutzige praktische Arbeit einmischten, sondern zu Hause darauf warteten – wie es sich auch für die Hüter des wissenschaftlichen Denkens gehört –, daß die Arbeiter zu ihnen kämen. Und sie warteten bis zu diesem Tag: Die Arbeiter kamen und luden Marx und Engels ein, ihrem Bund beizutreten. Diese erklärten, daß sie nur unter der Bedingung beitreten würden, daß man ihr Programm annähme. Die Arbeiter stimmten zu, organisierten den Bund der Kommunisten und beauftragten als erstes Marx und Engels mit der Abfassung des ‚Manifests der kommunistischen Partei‘.“

Rjasanow stößt sich in Engels' Bericht daran, daß er die sehr beharrlichen organisatorischen Bemühungen seit 1845 übersieht, die, besonders von Marx, unternommen wurden, um proletarische Kommunisten für seine und Engels' Konzeptionen zu gewinnen. Marx und Engels waren nicht nur sehr vorausschauende Denker, sondern sie waren beide aktive Revolutionäre, die schon früh Verbindungen mit der Vorläuferorganisation des Bundes der Kommunisten, dem Bund der Gerechten, hatten. Engels hatte auch in Britannien, wo er eine bahnbrechende Arbeit über die Lebensbedingungen des Proletariats unter dem modernen Kapitalismus geleistet hatte, Verbindungen zu militanten Arbeitern

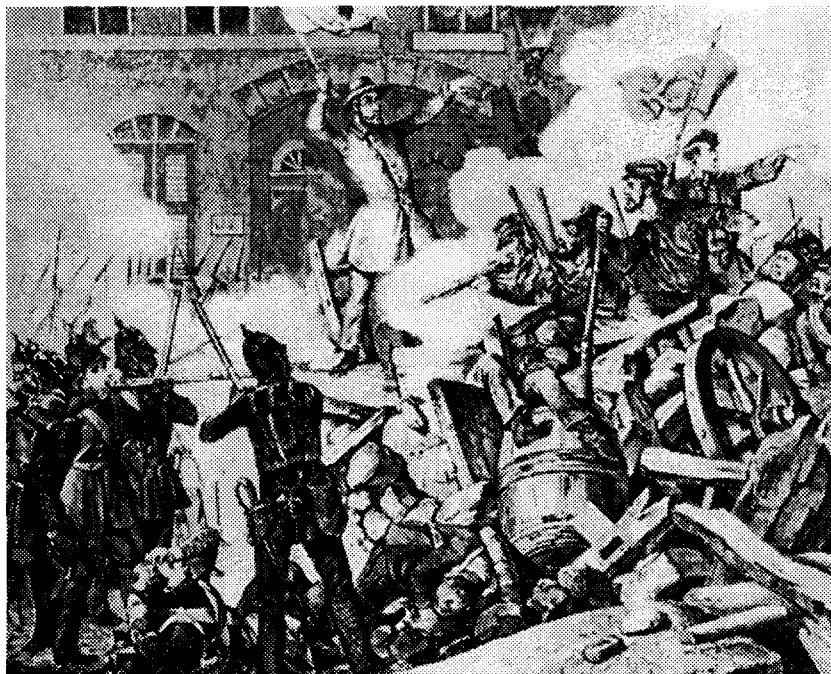
gesucht, die sich in der Bewegung der Chartisten gesammelt hatten.

Besonders als sich ihre Auffassungen 1845/46 festigten, suchten Marx und Engels proletarische Kommunisten mit dem Ziel, eine Organisation auf diesen Auffassungen zu schmieden, eine Organisation, die von Anfang an auf einer internationalen Grundlage aufgebaut werden sollte. Man muß verstehen, daß es damals eine klare Unterscheidung zwischen Kommunismus und Sozialismus gab. Der Sozialismus wurde als eine bürgerliche Doktrin angesehen, die mit den diversen experimentellen/utopischen und reformistischen Rezepten von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologen identifiziert wurde. Die Kommunisten definierten sich klar und deutlich als diejenigen, die für den revolutionären Sturz der bestehenden Gesellschaftsordnung und für die Errichtung einer egalitären Gesellschaft waren. Der Kommunismus jener Zeit hatte seine Ursprünge in der Abspaltung der äußersten Linken vom französischen Jakobinertum, die durch Gracchus Babeuf und Filippo Buonarroti verkörpert wurde.

Der Bund der Gerechten bestand aus Arbeitern, hauptsächlich deutschen Handwerkern im Exil, und war in London, Brüssel, Paris und einigen Vorposten in Deutschland vertreten. Dies waren nicht in erster Linie moderne Proletarier, die in mechanisierten Großfabriken arbeiteten. Trotzdem wurden sie für Marx' und Engels' Auffassungen von der modernen kapitalistischen Gesellschaft gewonnen, und das spricht für sie. Der Bund der Gerechten hatte die Losung „Alle Menschen sind Brüder!“ auf sein Banner geschrieben. Als er den Standpunkt von Marx annahm und zum Bund der Kommunisten wurde, machte er sich den Aufruf des *Manifests* zu eigen: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Als das *Manifest* im November 1847 in Auftrag gegeben wurde, erwartete jeder, daß die Revolution in Europa sehr bald ausbrechen würde. Das Gefühl, daß die Zeit drängte, war weitverbreitet, aber trotzdem ließ sich Marx beim Schreiben dieses Dokuments Zeit, wie es offenbar seine Gewohnheit war. Er lebte damals im Exil in Brüssel, während die Führung des Bundes der Kommunisten in London war. Genervt und ungeduldig, schickten sie Marx Ende Januar den folgenden Brief:

„Die Zentralbehörde beauftragt hiermit die Kreisbehörde Brüssel, dem K. Marx anzuzeigen, daß, wenn das ‚Manifest der K[ommunistischen] Partei‘, dessen Abfassung er auf *letztem* Kongreß übernommen, nicht bis Dienstag, 1. Februar d. J., in London angekommen ist, weitere Maßregeln gegen ihn ergriffen werden. In dem



Dietz Verlag

Das *Manifest* wurde veröffentlicht, als in ganz Europa die Revolutionen von 1848 ausbrachen. Arbeiter verteidigten Barrikaden in Frankfurt

Fall, daß K. Marx das *Manifest* nicht abfaßt, verlangt die Zentralbehörde augenblickliche Zurücksendung der ihm vom Kongreß gestellten Dokumente.“

Der Brief und das *Manifest* kreuzten sich in der Post; letzteres kam gerade rechtzeitig zum Ausbruch der erwarteten Revolution an. Sie brach zuerst in der Schweiz aus und breitete sich rasch nach Italien und Paris aus, von dort nach dem Rheinland, dann nach Preußen und daraufhin nach Österreich und Ungarn.

Das Warten auf das *Manifest* hatte sich gelohnt. Es ist eigentlich die erste systematische Darlegung des wissenschaftlichen Sozialismus: das, wofür der moderne Kommunismus steht. Engels erklärte 1883, im Todesjahr von Marx, daß der Grundgedanke des *Manifests*, „der seinen Kern bildet, Marx angehört“:

„Dieser Gedanke besteht darin: daß in jeder geschichtlichen Epoche die vorherrschende wirtschaftliche Produktions- und Austauschweise und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung die Grundlage bildet, auf der die politische und die intellektuelle Geschichte dieser Epoche sich aufbaut und aus der allein sie erklärt werden kann; daß demgemäß die ganze Geschichte der Menschheit (seit Aufhebung der primiti-

Fortgesetzt auf Seite 8

Veranstaltungen der SpAD

China am Scheideweg:

Proletarisch-politische Revolution oder kapitalistische Versklavung?

HAMBURG

Samstag, 1. November 1997

16.00 Uhr

Gaststätte Zorba (gegenüber Kampnagel)
Jarrestraße 27, Bus 171/172

Weitere Informationen unter: (0 40) 32 36 44

BERLIN

Mittwoch, 5. November 1997

18.30 Uhr

Humboldt-Universität
Unter den Linden 6, Raum auf Anfrage

Weitere Informationen unter: (0 30) 4 43 94 00

Kommunistisches Manifest...

Fortsetzung von Seite 7

ven Gentilordnung mit ihrem Gemeinbesitz an Grund und Boden) eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist. Kämpfen zwischen ausbeutenden und ausgebeuteten, herrschenden und unterdrückten Klassen; daß die Geschichte dieser Klassenkämpfe eine Entwicklungsreihe darstellt, in der gegenwärtig eine Stufe erreicht ist, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse – das Proletariat – ihre Befreiung vom Joch der ausbeutenden und herrschenden Klasse – der Bourgeoisie – nicht erreichen kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft ein für allemal von aller Ausbeutung und Unterdrückung, von allen Klassenunterschieden und Klassenkämpfen zu befreien.“

Die vorhergehenden Systeme des Egalitarismus, des primitiven auf der Verteilung basierenden Kommunismus, der diversen utopischen und Reformrezepte der verschiedenen Ideologen in den frühen Jahren des 19. Jahrhundert waren überholt worden. Das ganze Verständnis der Gesellschaft wurde von Marx auf eine materialistische Basis gestellt.

Der Aufstieg des modernen Industriekapitalismus

Marx' Auffassungen entsprangen nicht fertig seinem Gehirn, sondern waren das Ergebnis des Studiums, des Kampfes und der historischen Erfahrung. Wie der russische Revolutionsführer W. I. Lenin bemerkte, waren die drei Bestandteile des Marxismus die klassische deutsche Philosophie, die klassische englische politische Ökonomie und der französische Sozialismus, wie er sich bis dahin entwickelt hatte, einschließlich seiner organisatorischen Lehren. Das heißt: Der Marxismus als ein System von Ideen hätte nicht zu einem beliebigen früheren Zeitpunkt in der Geschichte entstehen

können, sondern erst entstand sowohl aus seinen damaligen historischen Vorläufern als auch aus den damaligen realen materiellen Bedingungen und Kämpfen, einschließlich derjenigen des sehr jungen Industrieproletariats.

Der Kapitalismus existierte in seiner merkantilen Form schon über zwei Jahrhunderte, bevor das *Manifest* geschrieben wurde; aber damals fing er gerade erst an, sich außerhalb von Britan-

Während der Revolutionen von 1848 benutzten Marx und Engels die *Neue Rheinische Zeitung* als Plattform für revolutionäre Politik

nien in eine moderne industrielle Großproduktion auszuweiten und umzuwandeln (von Manufaktur zur „Maschinenfabrik“), indem er Hilfsmittel wie die Dampfkraft für die Massenproduktion von Gütern im Fabriksystem einsetzte. 1847 gab es in Britannien 1350 Kilometer Eisenbahnlinien. Das sollte sich in den nächsten 25 Jahren um mehrere Größenordnungen erhöhen.

Das *Manifest* weist darauf hin, daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften die Geschichte von Klassenkämpfen ist. Die Anerkennung der Rolle des Klassenkampfes war

nicht eine Entdeckung von Marx. Bürgerliche Historiker der Großen Französischen Revolution hatten schon angefangen, den Klassenkampf als wichtig in der Geschichte anzusehen. In einem Brief an seinen Genossen Joseph Weydemeyer erklärte Marx 1852, worin sein Beitrag bestanden hatte: „Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die *Existenz der Klassen* bloß an *bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion* gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur *Diktatur des Proletariats* führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur *Aufhebung aller Klassen* und zu einer *klassenlosen Gesellschaft* bildet.“

Das ist kurz und bündig eine Zusammenfassung des *Manifests*. Lenin bemerkte über diese Erklärung, daß die Theorie des Klassenkampfes tatsächlich akzeptabel für die Bourgeoisie ist, daß diejenigen, die nur den Klassenkampf anerkennen, keine Marxisten sind, sondern sich immer noch in den Grenzen des bürgerlichen Denkens und der bürgerlichen Politik bewegen. Was für die Bourgeoisie unakzeptabel ist, das ist die Erkenntnis von Marx, daß dieser Klassenkampf zur Diktatur des Proletariats führen muß und von dort zur Abschaffung der Klassengesellschaft. Das ist der Hauptunterschied zwischen den Lehren von Marx und denjenigen der Reformisten und der diversen Strömungen bürgerlicher Geschichtsschreibung.

Dialektischer Materialismus kontra Idealismus

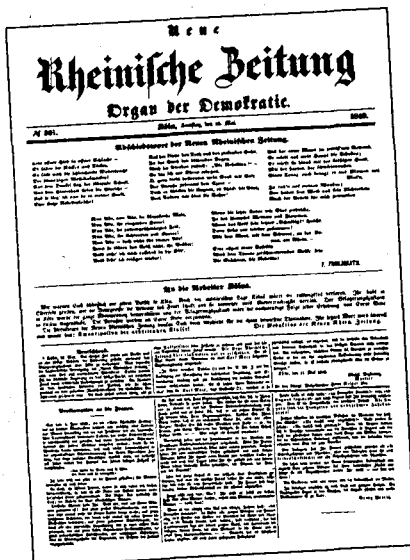
Nach der Veröffentlichung des *Manifests* befaßte sich Marx in seinem weiteren Leben mit der Ausarbeitung und Verbesserung und, wo nötig, der Korrektur der von ihm schon entwickelten Konzeptionen aufgrund seiner späteren Erfahrungen, Kämpfe und Studien. Der Kern des Marxismus ist der Materialismus. Marx wies alle Formen des Idealismus zurück, nämlich die Lehre, daß der Gedanke die Hauptsache sei und daß die Welt bloß eine Widerspiegelung des Gedankens sei. Die Religion, der metaphysische Idealismus, der Sozialdarwinismus usw. sind alle auf verschiedene Weise Ausdruck des falschen Bewußtseins der herrschenden Klasse und ihrer verschiedenen Schichten.

Engels faßte den antimetaphysischen, dialektisch-materialistischen Standpunkt des Marxismus knapp zusammen: „Der große Grundgedanke, daß die Welt nicht als ein Komplex von fertigen *Dingen* zu fassen ist, sondern als ein Komplex von *Prozessen*, worin die scheinbar stabilen Dinge nicht minder wie ihre Gedankenabbilder in unserem Kopf, die Begriffe, eine ununterbrochene Veränderung des Werdens und Vergehens durchmachen...“

Engels führt weiter aus: „Aber ihn in der Phrase anerkennen und ihn in der Wirklichkeit im einzelnen auf jedem zur Untersuchung kommenden Gebiet durchführen, ist zweierlei.“ Lenin hat es ein bißchen kerniger ausgedrückt, als er bemerkte, daß das formale Wissen der Dialektik einem so viel dabei hilft, über die Welt nachzudenken, wie das Wissen über die Physiologie einem bei der Verdauung des Essens hilft.

Um Phänomene zu verstehen, müssen sie in ihren konkreten Bindegliedern, in ihren Wechselbeziehungen, in ihren Widersprüchen und in ihrer Entwicklung, in ihrer Totalität, untersucht werden. So akzeptiert die dialektische Philosophie, die Marx und Engels von Hegel hatten und fest im Materialismus verankerten, nichts als abgeschlossen, absolut oder heilig. Über den revolutionären Kern, den die Hegelsche Philosophie enthält, bemerkte Engels: Diese dialektische Philosophie „weist von allem und an allem die Vergänglichkeit auf, und nichts besteht vor ihr als der ununterbrochene Prozeß des Werdens und Vergehens, des Aufsteigens ohne Ende vom Niedern zum Höhern, dessen bloße Widerspiegelung im denkenden Hirn sie selbst ist“.

Was Marx erreichen wollte – und erreichte –, war, die Gesellschaftswissenschaft mit ihren materialistischen Grund-



lagen in Einklang zu bringen. Die Bourgeoisie, besonders in ihrem gegenwärtigen Zustand der Verfaulung und Verzweiflung, tut alles, um diesen Tatbestand zu vernebeln.

Es ist undenkbar, daß es den Marxismus ohne gewisse wesentliche Entwicklungen in den modernen Naturwissenschaften und der modernen Produktion geben könnte. Das Proletariat ist eine historisch bedingte Klasse, die es in seiner modernen Form in früheren historischen Zeiten nicht gab. Wie Marx schrieb:

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen.“

Marx erklärte, daß die Summe der Produktionsverhältnisse die ökonomische Struktur einer Gesellschaft ausmacht. Auf dieser Grundlage entstehen ein juristischer und politischer Überbau sowie entsprechende Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins.

Das ist die grundlegende Entdeckung von Marx. Man kann die moderne Gesellschaft, oder eine beliebige Gesellschaft, nicht wirklich verstehen, ohne einen solchen Standpunkt einzunehmen. Der Marxismus stellt einen riesigen Sprung im menschlichen Verständnis dar. Früher konzentrierte sich das Studium der Geschichte auf die Rolle von Einzelpersonen oder Ideologien oder Religionen. Aber ein solches Studium legte die Dynamik und die Prozesse nicht wirklich bloß. Zum ersten Mal gab der Marxismus der Arbeiterklasse das Werkzeug in die Hand, die Gesellschaft verstehen und verändern zu können.

So erklärt Marx im *Manifest* auf verständliche Weise, was der Kapitalismus ist, wie dieses neue System entstand, und warum und wie es dabei war, die Produktionsverhältnisse zu revolutionieren, die Verhältnisse zwischen Menschen zu revolutionieren, den Planeten zu revolutionieren. Das *Manifest* konzentriert sich auf die kapitalistische Organisierung der Produktion, in der die Arbeitskraft wie eine Ware auf dem Markt behandelt wird. Die Arbeiter haben nichts als ihre Arbeitskraft zu verkaufen; die Kapitalisten haben Kapital. Marx zeigt, daß die Quelle des Mehrwerts (des Profits) in Wirklichkeit darin besteht, daß sich die Kapitalisten einen Teil der von dieser Arbeitskraft geleisteten Arbeit aneignen.

Der Warenaustausch an sich produziert keinen Mehrwert. Eine Ware wird gegen Geld getauscht, das in Wirklichkeit vergegenständlichte Arbeit ist. Aber der Profit, der aus dem Verkauf dieser Ware gemacht wird, kommt nicht aus dem Austausch selbst, sondern vom Wert der Arbeit, die in ihre Produktion investiert wurde. Ein Arbeiter, der 12 Stunden am Tag arbeitet, muß vielleicht sechs Stunden arbeiten, in denen er Güter produziert, die, wenn sie auf dem Markt ausgetauscht werden, die Kosten der Reproduktion seiner Arbeitskraft decken. Die restlichen sechs Stunden seiner Arbeit nutzen einzig und allein dem Kapitalisten, der sich diesen Mehrwert aneignet.

Die Revolutionen von 1848

Wie ich schon sagte, erschien das *Manifest* gleichzeitig mit dem Ausbruch der großen Welle der Revolutionen 1848 in ganz Europa, aber dennoch zu spät, als daß es viel Einfluß auf den tatsächlichen Verlauf der Ereignisse haben konnte. Als die Revolution Ende Februar in Paris ausbrach, wies die



Bibliothèque Nationale

Die Große Französische Revolution von 1789: Werk tätige Frauen von Paris führen den Marsch auf Versailles an

aufgeschreckte belgische Regierung die in Brüssel im Exil lebenden Kommunisten aus. Marx und seine Genossen zogen nach Paris und begannen mit aktiven Vorbereitungen für die Intervention in die revolutionären Ereignisse, die rasch auf Deutschland übergeschwappt waren.

Inzwischen gab es in Paris eine Menge deutsche Arbeiter, und sie führten intensive Auseinandersetzungen darüber, wie man in die sich entfaltende deutsche Revolution intervenieren soll. Eine Gruppe, die von Georg Herwegh und dem russischen Anarchisten Michail Bakunin angeführt wurde, organisierte eine revolutionäre Legion, um nach Deutschland zu marschieren. Marx trat statt dessen dafür ein, daß Revolutionäre einzeln nach Deutschland gehen sollten, damit sie sich an der Umwälzung beteiligen konnten. Herwegh und Bakunin preschten mit ihrer Legion vor, die dann an der Grenze von preußischen Truppen klar besiegt wurde. Inzwischen waren Marx, Engels und ihre Genossen wie geplant vorgegangen, wobei Marx und Engels in Köln landeten.

Köln wurde aus mehreren Gründen ausgewählt. Die revolutionäre Erhebung wurde von der dortigen lokalen Bourgeoisie toleriert, die immerhin an die preußische Selbstherrschaft in Berlin eine Petition gerichtet hatte, um
Fortgesetzt auf Seite 10

Neu!
Spartacist
(englische Ausgabe)
Nr. 53
Sommer 1997
(56 Seiten)
DM 3,-
zzgl. Porto DM 1,50

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 555,
10127 Berlin
Postbank
Frankfurt/Main,
Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60



Dietz Verlag



Dietz Verlag

**Kommunistische Revolutionäre
Karl Marx und Friedrich Engels,
Begründer des wissenschaftlichen
Sozialismus**

Kommunistisches Manifest...

Fortsetzung von Seite 9

Zugeständnisse zu erlangen. Köln gehörte zu dem Teil Deutschlands, der am weitesten entwickelt war. Dort war auch 1842 das erste radikale politische Organ der deutschen Bourgeoisie erschienen, die von Marx redigierte *Rheinische Zeitung*. Insgesamt versprach Köln mehr Handlungsfreiheit sowie mehr Spielraum für Propaganda und Agitation.

Statt zu versuchen, sofort eine kommunistische Partei zu organisieren, hatten Marx und Engels vor, die radikalen bürgerlich-demokratischen Organisationen als Mittel zu benutzen, um Arbeiterzirkel zusammenzuschließen. So gingen Marx und Engels während der ersten Phase der Deutschen Revolution von 1848 einen Block mit dem äußersten linken Flügel der bürgerlichen Demokratie ein und traten diesem bei. Sie agierten offen als Kommunisten und schafften es, das Zentralorgan der radikalen Bourgeoisie, die *Neue Rheinische Zeitung*, zu erobern, das sie in ein Organ des deutschen Proletariats verwandelten – ein Tatbestand, der den bürgerlichen Demokraten nicht entging. Innerhalb weniger Monate ließen alle ursprünglichen Teilhaber die Zeitung im Stich.

Mit ihrer Orientierung standen Marx und Engels in organisatorischer Hinsicht konträr zu den Zielen des Kölner Arbeitervereins, der die meisten Arbeiter der Stadt umfaßte. Dieser wurde von einem Arzt namens Gottschalk geführt, der jede Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie ablehnte, auch wenn er kein Kommunist war. Gleichzeitig waren Marx' Anhänger auch als Fraktion innerhalb dieser Formation aktiv.

Marx und Engels erwarteten, daß die deutsche bürgerliche Revolution das unmittelbare Vorspiel zu einer proletarischen Revolution sein würde. Es war ihre Perspektive, wie dies im *Manifest* umrissen wird, in der ersten Phase gemeinsam mit dem revolutionären Flügel der deutschen Bourgeoisie „gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei“ zu kämpfen.

Die Revolutionäre jener Zeit, auch Marx, stützten sich auf die Erfahrung der Großen Französischen Revolution von 1789. Die Französische Revolution hatte sich ganz schön in die Länge gezogen. Von 1789 an, als die Pariser Massen die Bastille stürmten, durchlief die Revolution eine Reihe immer radikalerer Etappen. 1792 brachte die Gefahr einer Invasion durch eine konterrevolutionäre Koalition europäischer Mächte die Bevölkerung auf die Beine, was zur Ausrufung der Republik führte. Im Jahr darauf wurde der König hingerichtet, und die linken Jakobiner kamen unter den Bedingungen des revolutionären Krieges an die Macht. Marx und Engels waren überzeugt, daß eine demokratische Revolution und das allgemeine Wahlrecht unter den Bedin-

gungen von 1848 rasch zur Herrschaft des Proletariats und zur Enteignung der Bourgeoisie führen würde.

Die 1848er Revolutionen verliefen in Wirklichkeit ganz anders. In Frankreich wählte die Bauernschaft eine reaktionäre Regierung, die das Pariser Proletariat in den sogenannten „Juni-Tagen“ provozierte und dann niederschlug. Mehrere tausend Arbeiter wurden getötet, viele weitere wurden inhaftiert oder in weit entfernte Strafkolonien deportiert. Die Angst vor dem Proletariat sollte die französische Bourgeoisie kurzerhand in die Arme von Louis Napoleon treiben, der im Anschluß an die Revolution ein rechtes diktatorisches Regime etablierte.

Wie Marx in seinem Artikel „Die Bourgeoisie und die Konterrevolution“ vom Dezember 1848 bemerkte, führte in Deutschland die gleiche Angst dazu, daß die schwache Bourgeoisie – die verspätet auf der Bühne erschienen war und ihre Wurzeln hauptsächlich in den alten aristokratischen Klassen hatte – einen Kompromiß mit der monarchistischen Reaktion schloß. Von da an agierte die deutsche Bourgeoisie im Rahmen der Monarchie und versuchte, von oben die Reformen einzuführen, die notwendig waren, um die Fesseln für eine kapitalistische Entwicklung loszuwerden.

Rußland, zu der Zeit die größte reaktionäre Macht auf dem Kontinent, bot dem preußischen König Geld und Truppen an, um die Revolution in Berlin zu unterdrücken. Der König lehnte die Truppen ab – davon hatte er reichlich –, aber er nahm das Geld und schlug die Revolution nieder. In Ungarn wurden die russischen Truppen angenommen, und die Revolution wurde auch dort niedergeschlagen.

Das ganze Jahr 1848 hindurch nutzte Marx die Seiten der *Neuen Rheinischen Zeitung*, um für einen Krieg gegen das zaristische Rußland einzutreten. Er hatte die Hoffnung, daß ein solcher Krieg die gleiche Wirkung haben würde wie der Krieg des revolutionären Frankreichs gegen die europäische konterrevolutionäre Koalition 1793, nämlich die Revolution mitzureißen und sie dadurch zu retten. Aber 1848 war nicht 1793: Überall in Europa fürchtete die Bourgeoisie die revolutionäre Welle, weil sie dahinter das Proletariat sah.

Zwar wiesen Marx und Engels die Unterstützung durch bürgerliche Demokraten nicht zurück und brachen auch ihre Verbindungen mit demokratischen Organisationen nicht ab, doch im Herbst 1848 verschob sich ihr Fokus, und sie konzentrierten nun ihre Energie auf die direkte und unabhängige Organisierung des Proletariats. Noch im Februar 1849 argumentierte Marx dafür, daß die Arbeiter für bürgerliche Demokraten stimmen sollten, wo sie keine Chance hatten, eigene Vertreter aufzustellen. Aber schon zwei Monate später traten Marx und seine Anhänger aus dem Kreisausschuß der rheinischen demokratischen Vereine aus. Marx' anschließende Versuche, eine Arbeiterpartei zu organisieren, wurden durch den Sieg der

Konterrevolution vorzeitig abgeschnitten, und er mußte aus Deutschland fliehen.

Die Lehren aus den Niederlagen 1848

Anfang 1850 versammelte sich die zentrale Führung des Bundes der Kommunisten – Marx, Engels, Schapper, Willich und Wolff – wieder im Londoner Exil. Trotz der triumphierenden Konterrevolution waren sie immer noch überzeugt, daß die revolutionäre Welle nicht abgeebbt war, und hofften auf einen neuen Ausbruch des revolutionären Kampfes. Als Vorbereitung darauf wurde versucht, den Bund der Kommunisten besonders in Deutschland zu reorganisieren und wiederzubeleben.

Eine Bilanz der Aktivitäten des Bundes der Kommunisten während der Deutschen Revolution von 1848 wurde im März 1850 in London ausgearbeitet, in zwei Rundschreiben von Marx und Engels, beide mit dem Titel „Ansprache der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten“. Dies sind äußerst wichtige und interessante Dokumente in der Geschichte des Kommunismus. Laut Rjasanow mochte Lenin diese Dokumente sehr, kannte sie auswendig und zitierte gerne daraus.

Das erste Rundschreiben vom März 1850 warf den Gedanken der permanenten Revolution auf. Der Ausdruck „Revolution in Permanenz“ stammte aus französischen blanquistischen Kreisen in den 1840er Jahren – er bezog sich auf die stufenweise Radikalisierung der Revolution vom Sturz des monarchistischen Regimes bis zur Errichtung des Kommunismus –, auch wenn die zugrundeliegende Konzeption auf Buonarroti zurückging. Es war aber das Rundschreiben von 1850, das später für Trotzki den Anstoß gab, die Theorie der permanenten Revolution auszuweiten und zu entwickeln. Deutlich kritisch gegenüber den Fehlern, die Marx und Engels 1848 begangen hatten, heißt es im Rundschreiben:

„Ein großer Teil der Mitglieder, in der revolutionären Bewegung direkt beteiligt, glaubte die Zeit der geheimen Gesellschaften vorüber und das öffentliche Wirken allein hinreichend. Die einzelnen Kreise und Gemeinden ließen ihre Verbindung mit der Zentralbehörde erschaffen und allmählich einschlafen. Während also die demokratische Partei, die Partei der Kleinbürgerschaft sich in Deutschland immer mehr organisierte, verlor die Arbeiterpartei ihren einzigen festen Halt, blieb höchstens in einzelnen Lokalitäten zu Lokalzwecken organisiert und geriet dadurch in der allgemeinen Bewegung vollständig unter die Herrschaft und Leitung der kleinbürgerlichen Demokraten. Diesem Zustande muß ein Ende gemacht werden, die Selbständigkeit der Arbeiter muß hergestellt werden.“

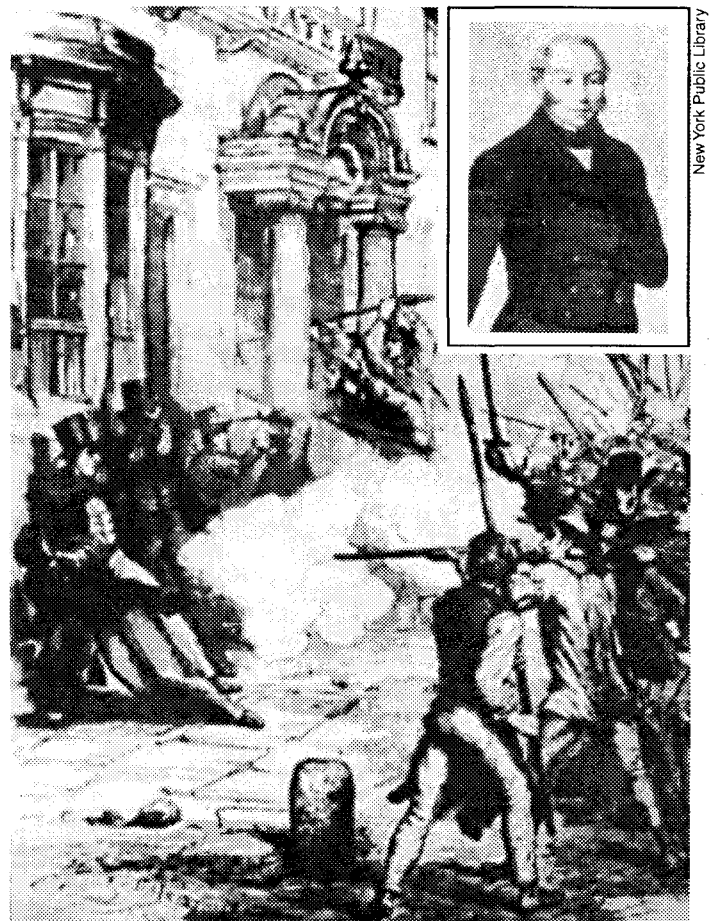
Das Dokument betonte: „Und die Rolle, die die deutschen liberalen Bourgeois 1848 gegenüber dem Volke gespielt haben, die so verräterische Rolle wird in der bevorstehenden Revolution übernommen von den demokratischen Kleinbürgern, die jetzt in der Opposition dieselbe Stellung einnehmen wie die liberale Bourgeoisie von 1848.“ Daraus wird die Schlußfolgerung gezogen: „Das Verhältnis der revolutionären Arbeiterpartei geht mit ihr zusammen gegen die Fraktion, deren Sturz sie bezweckt; sie tritt ihnen gegenüber in allem, wodurch sie sich für sich selbst festsetzen wollen.“

Im Hinblick auf die Forderungen der demokratischen Kleinbourgeoisie, das Los der Arbeiter durch Wohltätigkeit und erweiterte staatliche Beschäftigung zu erleichtern, schrieben Marx und Engels:

„Während die demokratischen Kleinbürger die Revolution möglichst rasch und unter Durchführung höchstens der obigen Ansprüche zum Abschlusse bringen wollen, ist es unser Interesse und unsere Aufgabe, die Revolution permanent zu machen, so lange bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die

Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der Welt so weit fortgeschritten ist, daß die Konkurrenz der Proletarier dieser Länder aufgehört hat und wenigstens die entscheidenden Produktivkräfte in den Händen der assoziierten Proletarier konzentriert sind.“

Marx und Engels brandmarkten die Predigten der kleinbürgerlichen Demokraten über „Einigung und Versöhnung“; diese „streben danach, die Arbeiter in eine Parteiorganisation zu verwickeln, in der die allgemein sozial-demokratischen Phrasen allein vorherrschend sind, hinter welchen ihre besonderen Interessen sich verstecken, und in der die bestimmten Forderungen des Proletariats um des lieben Friedens willen nicht vorgebracht werden dürfen“. Mehr als 80 Jahre später, in den 30er Jahren, setzten die Stalinisten die gleichen Tricks ein, und zwar unter der Rubrik „Volksfront“,



Rechts: Fergus O'Connor, Führer der Chartisten. Aufstand der Chartisten in Wales 1839, von britischen Truppen blutig niedergeschlagen

um Arbeiterrevolutionen in Spanien und Frankreich abzuwehren. Was Marx und Engels über die Einheit mit den kleinbürgerlichen Demokraten ihrer Zeit schrieben, galt mit gleicher Schärfe für den späteren Volksfront-Verrat der Stalinisten:

„Eine solche Vereinigung wird allein zu ihrem Vorteile und ganz zum Nachteile des Proletariates ausfallen. Das Proletariat wird seine ganze selbständige, mühsam erkaufte Stellung verlieren und wieder zum Anhängsel der offiziellen bürgerlichen Demokratie herabsinken.“

Marx und Engels forderten im Gegensatz dazu die Schaffung unabhängiger Arbeiterorganisationen – geheime und öffentliche – neben den offiziellen Demokraten, und sie fügten hinzu: „Für den Fall eines Kampfes gegen einen gemein-

Fortgesetzt auf Seite 12

Kommunistisches Manifest...

Fortsetzung von Seite 11

samen Gegner braucht es keiner besonderen Vereinigung. Sobald ein solcher Gegner direkt zu bekämpfen ist, fallen die Interessen beider Parteien für den Moment zusammen, und, wie bisher, wird sich auch in Zukunft diese nur für den Augenblick berechnete Verbindung von selbst herstellen.“

Das ist ein maßgebliches Dokument. Und daß Lenin die Rundschreiben von 1850 so sehr mochte, ist nicht überraschend, denn sie sind durchdrungen von revolutionärem Geist und revolutionärer Unnachgiebigkeit. So erinnern sie mich an Lenins eigene Schriften über die Lehren des Moskauer Aufstands 1905, die viel zu wenig bekannt sind. Dort weist er darauf hin, daß die Russische Revolution von 1905 nicht in den Sowjets oder im Generalstreik gipfelte, sondern darin, daß die Moskauer Arbeiter zum Aufstand gegen die zaristische Selbstherrschaft übergangen. Das war die wirkliche Generalprobe für 1917.

Im ersten Teil der Märzansprache wiesen Marx und Engels auf die Notwendigkeit hin, die Arbeiter zu bewaffnen. In einer deutlichen Änderung ihrer Position gegenüber der vor einem Jahr betonten sie auch die Notwendigkeit, daß die Arbeiter bei Wahlen eigene Kandidaten aufstellen – selbst wo es keine Aussicht gab zu gewinnen –, um die Klassenunabhängigkeit des Proletariats zu bewahren, um die eigenen



Rosspen

David Rjasanow gab eine bemerkenswerte, mit Anmerkungen versehene Ausgabe des Kommunistischen Manifests heraus

Kräfte zu zählen und um die revolutionäre Position und den Parteistandpunkt vor die Öffentlichkeit zu bringen. „Wenn die deutschen Arbeiter nicht zur Herrschaft und zur Durchsetzung ihrer Klasseninteressen kommen können, ohne einen längeren revolutionären Entwicklungsgang durchzumachen“, schrieben Marx und Engels, „so haben sie diesmal wenigstens die Gewißheit, daß der erste Akt dieses bevorstehenden revolutionären Schauspiels mit dem direkten Siege ihrer eigenen Klasse in Frankreich zusammenfällt und dadurch sehr beschleunigt wird“. Das Dokument schließt: „Ihr Schlachtruf muß sein: Die Revolution in Permanenz!“

Es ist entlarvend, daß es zwei politische Tendenzen gibt, die diese zwei Dokumente wirklich nicht mögen. Die eine sind die Menschewiki, die nie über Marx' anfängliche Taktiken 1848 hinausgingen – nämlich als der äußerste linke Flügel der bürgerlich-demokratischen Revolution zu agieren –, was mit ihrem späteren Schema der Revolution in Etappen sehr gut harmonierte. Die andere Tendenz sind die Stalinisten, Menschewiki der zweiten Mobilisierung, die Marx' Darlegung der permanenten Revolution als Verfluchung ihrer anti-internationalistischen Doktrin des „Sozialismus in einem Lande“ empfanden.

So schreibt der bekannte menschewistische Archivar Boris Nikolajewski als Kommentar über die Märzansprache in

Karl Marx: Man and Fighter [Karl Marx als Mensch und Kämpfer]: „Ob das Dokument in allen Einzelheiten Marx' Ideen wirklich repräsentiert, ist schwierig zu entscheiden.“ Im Grunde genommen sieht Nikolajewski das Dokument als eine Verirrung an, die von einer unrealistischen Einschätzung der revolutionären Möglichkeiten 1850 in Deutschland herrührte, und er bemerkt, daß Marx' optimistische Vorhersagen über einen erneuten Aufschwung der Revolution ihn dazu brachte, einen politischen Block mit „linken“ Kommunisten wie August Willich einzugehen. Um sein Argument zu stützen, bemerkt Nikolajewski, daß Marx gleichzeitig die Société Universelle des Communistes Révolutionnaires gründete, die nicht nur den Bund der Kommunisten und die britischen Chartisten umfaßte, sondern auch die Anhänger des französischen Insurgenten Auguste Blanqui. Laut Nikolajewski, für den der Blanquismus fast mit Bolschewismus gleichbedeutend war:

„Die Tatsache, daß Marx diese Art von Revolutionismus akzeptierte, den er vorher wie nachher so heftig verurteilt hatte und der dem Grundcharakter der proletarischen Revolution in jeder Weise so äußerst fremd war, und die Tatsache, daß er ein Bündnis mit den Blanquisten bildete, beweisen besser als alles andere, in welchem Ausmaß seine Urteilsfähigkeit durch den Zusammenbruch seiner maßlosen Hoffnungen in Mitleidenschaft gezogen worden war.“

Was diese Bemerkung eigentlich anschaulich demonstriert, ist der Abgrund zwischen Marx, dem Revolutionär, und Nikolajewski, dem menschewistischen Reformisten.

Von 1848 zur Pariser Kommune

Es ist wichtig, daß Genossen einschätzen können, unter welchen historischen Bedingungen das *Manifest* geschrieben wurde und daß seine Autoren ihre Analyse ausweiteten, gestützt auf die spätere Erfahrung und Entwicklung des Klassenkampfes. So kam Marx, als er sich mit den Ereignissen nach der Französischen Revolution von 1848 auseinandersetzte, zu einem genaueren Verständnis des bürgerlichen Staates im Vergleich zu dem, was im *Manifest* steht. In der Schrift *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, die 1852 fertiggestellt wurde, schrieb Marx:

„Diese Exekutivgewalt mit ihrer ungeheuern bürokratischen und militärischen Organisation, mit ihrer weit-schichtigen und künstlichen Staatsmaschinerie, ein Beamtenheer von einer halben Million neben einer Armee von einer andern halben Million, dieser fürchterliche Parasitenkörper, der sich wie eine Netzhaut um den Leib der französischen Gesellschaft schlingt und ihr alle Poren verstopft, entstand in der Zeit der absoluten Monarchie, beim Verfall des Feudalwesens, den er beschleunigen half... Die erste französische Revolution mit ihrer Aufgabe, alle lokalen, territorialen, städtischen und provinziellen Sondergewalten zu brechen, um die bürgerliche Einheit der Nation zu schaffen, mußte entwickeln, was die absolute Monarchie begonnen hatte: die Zentralisation... Die parlamentarische Republik endlich sah sich in ihrem Kampfe wider die Revolution gezwungen, mit den Repressivmaßregeln die Mittel und die Zentralisation der Regierungsgewalt zu verstärken. Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine statt sie zu brechen.“

Lenin schrieb in bezug auf diese Passage: „In diesen großartigen Ausführungen macht der Marxismus im Vergleich zum ‚Kommunistischen Manifest‘ einen gewaltigen Schritt vorwärts. Dort wird die Frage des Staates noch äußerst abstrakt, in ganz allgemeinen Begriffen und Wendungen behandelt. Hier wird die Frage konkret gestellt, und es wird eine äußerst genaue, bestimmte, praktisch-greifbare Schlußfolgerung gezogen: Alle früheren Revolutionen haben die Staatsmaschinerie vervollkommnet, man muß sie

aber zerschlagen, zerbrechen.“ Marx hatte denselben Punkt 1871 gemacht:

„Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire‘ nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andre zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent. Dies ist auch der Versuch unserer heroischen Pariser Parteigenossen.“

Doch immer noch hatte Marx keine klare Idee, was den bürgerlichen Staat, der zerschlagen werden mußte, ersetzen würde. Diese Frage wurde durch die Erfahrung der Pariser Kommune 1871 beantwortet.

1870 ließ sich die französische Bourgeoisie, geführt vom Louis Bonaparte des Achtzehnten Brumaire, zu einem Krieg mit Preußen provozieren. Die recht verhaltenen Forderungen der französischen Bona-

partisten der zweiten Mobilisierung nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit wurden durch die Artillerie, Kavallerie und Infanterie der Preußen beantwortet. Nach der entscheidenden französischen Niederlage in der Schlacht von Sedan verhandelte eine schwache republikanische Regierung mit den Preußen. Marx mahnte zur Vorsicht vor einem revolutionären Aufstand durch die Massen von Paris als Reaktion auf diese Niederlage und warnte, dieser könne nur ein tollkühnes Abenteuer sein.

Aber während die deutschen Armeen vor den Stadttoren standen und die Regierung kapituliert, erhob sich das Proletariat von Paris in einem heroischen Akt, warf die ganz schwachen Reste der Bourgeoisie raus und errichtete die erste Arbeiterregierung in der Geschichte. Die Pariser Kommune dauerte nur einige Monate, doch lange genug, um zu beweisen, daß die Arbeiter nicht einfach die fertige Staatsmaschinerie übernehmen und sie für die eigenen Zwecke benutzen können, sondern daß sie diese statt dessen zerschlagen und durch eine Regierung eines neuen Typs ersetzen müssen, eine Regierung der kollektiv organisierten Werktätigen.

So gibt uns das *Manifest* eine allgemeine Zusammenfassung der Geschichte, die uns lehrt, den Staat als ein Organ der Klassenherrschaft anzusehen, und dies führt zum unausweichlichen Schluß, daß das Proletariat die Bourgeoisie nur stürzen kann, wenn es zuerst die politische Macht erobert. Aber viele der konkreten Antworten mußten durch die konkreten Erfahrungen des proletarischen Kampfes gegeben werden.

Marxismus: Eine Anleitung zum Handeln

In seinem Aufsatz „90 Jahre ‚Kommunistisches Manifest‘“ (1937) bemerkt Trotzki: „Dies genialste aller Manifeste der Weltliteratur erstaunt noch heute durch seine Frische.“ Er zählte eine Reihe von Punkten auf, die „bis zum heutigen Tag voll gültig blieben“: die materialistische Geschichtsauffassung, die Theorie des Klassenkampfes, das Verständnis des Kapitalismus als eine spezifische Stufe in der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft, die Tendenz zur Verelendung des Proletariats, die Krisen des Kapitals (nicht nur zyklische ökonomische Verwerfungen, sondern auch politische Krisen und interimperialistische Kriege).

Durch das *Manifest* lernten die Arbeiter zum ersten Mal, daß der kapitalistische Staat nichts anderes ist als „ein Ausschluß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen



Cusinier

Der Aufstand vom März 1871 führte zur Pariser Kommune, von Marx begrüßt als die erste „Arbeiterregierung“

Bourgeoisie verwaltet“. Es lehrte, daß jeder Klassenkampf ein politischer Kampf ist, im Gegensatz zu den Konzeptionen der Anarchisten und Syndikalisten. Es behauptete, im Gegensatz zu den Argumenten des Reformismus, daß das Proletariat innerhalb des von der Bourgeoisie etablierten juristischen Rahmens die Macht nicht erobern kann. Es erklärte kühn, daß die Arbeiter kein Vaterland haben und daß Kommunisten für den gewaltsamen Umsturz aller bestehenden Verhältnisse eintreten, für die sozialistische Umwandlung der Gesellschaft, für den Internationalismus und für das Absterben des Staates. Der Gegensatz zwischen dem Aufruf des *Manifests*: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ und der stalinistischen Doktrin vom „Sozialismus in einem Lande“ könnte nicht krasser sein.

Für Revolutionäre ist der Marxismus eine lebendige Wissenschaft und eine Anleitung zum Handeln, nicht ein Satz von verknöcherten Dogmen, die man auswendig herunterleiert. So spricht Trotzki auch darüber, was am *Manifest* aufgrund der Erfahrung modifiziert werden mußte, und er wies auch auf bestimmte Auslassungen hin. Im Gegensatz zu Marx' damaliger Vorhersage gab es nur eine relative Ver-

Fortgesetzt auf Seite 14

Spartakist-Jugend Berlin

SCHULUNGSREIHE
im Wintersemester 1997/98

- 18. September 150 Jahre
Kommunistisches Manifest
- 16. Oktober Lenins *Was Tun?* und
Klassenkampf heute
- 13. November Die Bolschewistische
Revolution

Alle Veranstaltungen donnerstags,
18.00 Uhr, Raum 307,
Seminargebäude am Hegelplatz (Humboldt-Uni)

Weitere Informationen: (0 30) 4 43 94 00

Kommunistisches Manifest...

Fortsetzung von Seite 13

langsamung der Produktivkräfte in der kapitalistischen Entwicklung. Die Revolutionen von 1848 konsolidierten schließlich die ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie, wenn auch auf eine kombinierte und ungleichmäßige Weise. Aber es gab eine ungeheure Expansion der Produktivkräfte bis zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. So gab es im *Manifest* eine verkürzte Darstellung der historischen Entwicklung des Kapitalismus.

Durch die Erfahrung der Pariser Kommune wurde ebenfalls klar, daß ohne die Führung einer revolutionären Partei die Arbeiterklasse letzten Endes unfähig ist, der Bourgeoisie die Macht zu entreißen. (Ein Kritikpunkt von Marx an der Kommune war, daß sie nicht sofort energische Maßnahmen ergriff, um die bürgerliche Macht zu zerschlagen und zu unterdrücken.)

Das *Manifest* setzte sich auch nicht mit den miteinander verbundenen Fragen der kapitalistischen Entwicklung und der Degenerierung von Teilen der Arbeiterklasse zu einer Arbeiteraristokratie auseinander. Gewiß wurde sich Marx später dieses Phänomens bewußt im Falle der englischen Arbeiterklasse. Aber das Verhältnis der revolutionären Partei zu den Gewerkschaften sowie deren Platz im Kampf für die Revolution herauszuarbeiten erforderte die Erfahrungen der Arbeiterbewegung bis zur Oktoberrevolution und darüber hinaus.

Das *Manifest* setzt einen Kapitalismus der freien Konkurrenz voraus. Als Marx später *Das Kapital* schrieb, skizzierte er die Tendenz der kapitalistischen freien Konkurrenz, sich in ihr Gegenteil zu verwandeln, nämlich ins Monopolkapital, das gegenwärtig seinen Ausdruck im imperialistischen Finanzkapital findet.

Trotzki bemerkt außerdem, daß die Liquidierung der Mittelklassen, die vom *Manifest* vorausgesagt wurde, nicht stattfand. Er weist darauf hin, daß der Kapitalismus größere Teile der Kleinbourgeoisie ruinierte, als ins Proletariat absorbiert werden konnten. Und der kapitalistische Staat selber, ein parasitärer Auswuchs, erhielt aus Eigennutz und auf künstliche Weise eine beträchtliche kleinbürgerliche Schicht aufrecht. Über die unüberschaubaren Schichten der kleinen Staatsbeamten und Techniker hinaus sind andere Beispiele erwähnenswert. Die japanische Bourgeoisie hat jahrzehntlang eine große Bauernschaft künstlich aufrechterhalten. In den USA wurden von der Bourgeoisie die großen Programme für die Wasserversorgung im Westen mit dem Ziel durchgeführt, Farmer in der Region anzusiedeln, als bewußte Alternative zum Aufbau einer städtischen proletarischen Bevölkerung.

Trotzki betont, daß Legionen von Technikern, Verwaltern, Handelsangestellten – eine ganze neue Mittelklasse – in einer Situation entstanden sind, wo sich die Existenz des Kapitalismus weiter hinzieht. Er warnt, daß dadurch tiefgehende gesellschaftliche Widersprüche geschaffen werden, und zwar am schärfsten, wenn diese Schicht, die wegen der ökonomischen Sackgasse des Kapitals vor dem Ruin steht, zu einer bereitwilligen Basis für den Faschismus wird.

Diejenigen von euch, die das *Manifest* gelesen haben, wissen, daß es einen Abschnitt mit zehn Forderungen enthält – Forderungen, die Marx und Engels ein Vierteljahrhundert später als „veraltet“ und revisionsbedürftig kritisieren soll-

ten. Aber wie Trotzki betont, stellen diese Forderungen ein revolutionäres „Übergangsprogramm“ für die damalige Zeit dar, das im Gegensatz zu der späteren sozialdemokratischen Konzeption eines „Minimalprogramms“ steht. Wie auch bei Trotzki's Übergangsprogramm von 1938 war das Ziel, eine Reihe von Forderungen aufzustellen, die auf der objektiven Notwendigkeit für das Proletariat basieren, die Arbeiter im Kampf zu mobilisieren und ihnen die einzige Schlußfolgerung zu vermitteln: daß die erfolgreiche Verwirklichung dieser Forderungen und die einzige Hoffnung der Arbeiterklasse auf ein wirkliches Leben von einer Arbeiterrevolution abhängt.

Trotzki schreibt auch über die permanente Revolution. Von 1848 an hat sich die Bourgeoisie als unfähig erwiesen,



Arbeiter und Soldaten tauschen am Vorabend der bolschewistischen Revolution von 1917 in Petrograd Banner aus

die Erfahrung der Französischen Revolution von 1789 zu wiederholen. Heute ist es die Aufgabe der Arbeiterklasse, den feudalen Schutt vollständig wegzufegen und die historischen Aufgaben der bürgerlichen Revolution in den kolonialen und halbkolonialen Ländern zu erfüllen. Dies war die Schlußfolgerung, die Trotzki im zaristischen Rußland zog, wo es eine schwache und servile Bourgeoisie gab und eine überwiegend bäuerliche Bevölkerung. Während die Menschewiki für die Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Bourgeoisie eintraten, erkannte Trotzki, daß die riesige Bauernschaft hinter dem kleinen, aber gesellschaftlich konzentrierten und kohärenten Proletariat mobilisiert werden mußte – der einzigen gesellschaftlichen Kraft, um auch nur die Agrarrevolution durchzuführen. Marx kam Mitte des 19. Jahrhunderts, als das Proletariat in Deutschland eine Minderheit der Bevölkerung war, zu einem ähnlichen Schluß und argumentierte, daß eine sozialistische Revolution von einer Art zweiten Auflage des Bauernkriegs unterstützt werden müßte.

Eine weitere Schwäche des *Manifests* ist die nationale Frage, besonders in seiner Anwendung auf die rückständigen kolonialen und halbkolonialen Länder – bemerkenswerterweise kommt sie gar nicht vor. Anfangs dachten Marx und Engels – fälschlicherweise, wie sich herausstellte –, daß die entwickelteren kapitalistischen Länder eine progressive Rolle in Ländern wie Mexiko oder Algerien spielen könnten. Sie änderten allmählich ihre Position aufgrund der Irlandfrage; sie erkannten, daß die Arbeiterrevolution in Britannien nicht stattfinden konnte, solange Irland unterjocht wurde.

Teil III des *Manifests*, unter der Überschrift „Sozialistische und kommunistische Literatur“, ist für Leser heute zweifellos exotisch, denn er bezieht sich auf Organisationen, die schon lange von der Bühne der Geschichte abgetreten sind. Aber es ist nützlich, zurückzugehen und dieses Material zu lesen. Nach der endgültigen Zerstörung der Okto-

berrevolution befinden wir uns gegenwärtig in der Periode eines großen Rückschritts für das internationale Proletariat. Deshalb gibt es die Tendenz, daß das Proletariat auf primitivere Konzepte des sozialen Kampfes zurückgeworfen wird. Und mit Sicherheit haben einige Schichten der Jugend – wenn sie auch aufgrund der krassen Auswüchse des Kapitalismus diesem entfremdet sind – kein Verständnis vom Marxismus und neigen zu vagen utopischen anarchoiden Ideen, die sich nicht grundsätzlich von dem unterscheiden, was von den Vorgängern und den frühen Opponenten des Marxismus entwickelt wurde.

Kämpf für neue Oktoberrevolutionen!

Die Oktoberrevolution 1917 setzte in gewisser Weise den i-Punkt auf viele Konzeptionen des *Kommunistischen Manifests* und war deren Realisierung. Und dafür gibt es einen Grund. Lenins bolschewistische Partei wuchs und entwickelte sich unter sehr ungewöhnlichen Bedingungen. Hier gab es eine Partei, die sich breit gefächerten und sehr schnell wechselnden Herausforderungen stellen mußte, von gewerkschaftlichen Kämpfen bis zum Kampf gegen die Selbstherrschaft, und die die nationale Frage in einem großen multinationalen Reich beantworten mußte. Zeiten des offenen revolutionären Kampfes, Zeiten des Exils, der Untergrundarbeit, der parlamentarischen Arbeit gaben der bolschewistischen Partei einen Erfahrungsschatz, der weit reichhaltiger war als der in Westeuropa.

Genau wie Marx nicht als Marxist geboren wurde, wurde Lenin nicht über Nacht zum Leninisten; genauso tauchte die bolschewistische Partei nicht plötzlich voll entwickelt und getestet auf der Bühne auf. Wenn man die Geschichte der bolschewistischen Partei studiert, sieht man eine Entwicklung. Lenin erarbeitete sich seinen Weg durch Konzeptionen, die ein Erbe von Karl Kautsky und der deutschen Sozialdemokratie waren, hin zur Konzeption der leninistischen Kampfpartei. Und jede Etappe war von scharfen Kämpfen begleitet, intern und extern, in Verteidigung des Programms des Marxismus.

Dieser Prozeß gipfelte in der Oktoberrevolution 1917, die gegen Ende des Ersten Weltkriegs in Rußland stattfand, dem schwächsten Glied der Kette des internationalen Imperialismus. Und die Lehren dieser Revolution wurden in den ersten Weltkongressen der Kommunistischen Internationale festgeschrieben. Wir sind entschieden die Partei der Russischen Revolution, aber wir sind auch sehr viel mehr als das, weil Genosse Trotzki und die Kräfte um ihn tatsächlich weitergingen und gegen ein neues Phänomen kämpften, gegen die Entartung der Oktoberrevolution. Die Linke Opposition wurde im Kampf gegen die Konsolidierung der stalinistischen Bürokratie geschmiedet, welche wiederum selbst eine direkte Folge der wirtschaftlichen Rückständigkeit Rußlands war sowie eine Folge davon, daß die Oktoberrevolution nicht international ausgeweitet wurde.

Wir sind also sowohl die Partei der Russischen Revolution als auch die Partei derjenigen, die für ihre Verteidigung gegen die stalinistische Degeneration kämpften. Trotzki's nachfolgende Kämpfe – seine Verallgemeinerung der Theorie der permanenten Revolution, basierend auf der Niederlage der Chinesischen Revolution in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts; seine Hervorhebung der Taktik der Einheitsfront im Kampf gegen den Faschismus in Deutschland; seine Kämpfe gegen den Verrat der Volksfront in Frankreich und Spanien in den 30er Jahren – aus diesen Kämpfen haben wir theoretisch und programmatisch äußerst wertvolle Bereicherungen gewonnen. Marxismus ist eine lebendige Wissenschaft. Das Beachtliche am *Manifest* ist, daß es so viel von seiner lebendigen Relevanz heute noch bewahrt hat. Das ist wirklich beachtlich, denn es wurde beim Anbruch der Ära des modernen Industriekapitalismus geschrieben.

Heute gibt es die Sowjetunion nicht mehr, und ich denke, daß es in China abwärts geht. Die Frage, die sich hier stellt, ist, wer siegreich hervorgehen wird: das Proletariat, das die stalinistische Bürokratie abwirft, welche sich immer weiter in Richtung kapitalistische Restauration bewegt, oder die Konterrevolution, die von den Imperialisten unterstützt wird. Trotzki sprach in *Die Dritte Internationale nach Lenin* etwas an, was er als unwahrscheinliche Möglichkeit ansah, die aber leider heute in wichtigen Aspekten vor uns steht. Er schrieb: „Theoretisch ist natürlich auch ein neues Kapitel eines *allgemeinen* kapitalistischen Wachstums in den besonders mächtigen, herrschenden und führenden Ländern nicht ausgeschlossen. Dazu müßte jedoch der Kapitalismus erst ungeheure Barrieren sowohl klassenmäßigen als auch internationalen Charakters überwinden. Er müßte für lange Zeit die proletarische Revolution abwürgen, er müßte China endgültig unterjochen, er müßte die Sowjetrepublik stürzen usw. Dies alles liegt jedoch nicht auf der Hand.“ Nun aber doch. Und damit ist die Gefahr eines interimperialistischen Krieges noch akuter.

Aber so sehr die bürgerlichen Herrscher sich Mut machen wollen mit ihrem Gerede über den Tod des Kommunismus, so glaube ich ihnen keinen Augenblick, denn die weitsichtigeren unter ihnen glauben es selber keinen Augenblick. Wenn ihre Linie „Nie wieder – Oktober 1917!“ ist, dann ist unsere: „Immer und immer wieder – eine, zwei, viele Oktoberrevolutionen.“ Als revolutionäre Marxisten ist es nicht einfach unser Ziel, die Welt zu verstehen, sondern sie zu verändern. Aber um sie verändern zu können, müssen wir einen wirklichen Hebel haben, mit dem wir eine Revolution durchführen können, die dieses verfaulte Gesellschaftssystem in Stücke reißt, das immer gravierendere Zerstörung bedeutet, wenn nicht sogar die Auslöschung der Menschheit droht. Dieser Hebel ist eine revolutionäre Arbeiterpartei des leninistischen Typs, organisiert in einer demokratisch-zentralistischen Vierten Internationale. Solche Parteien können nicht einfach verkündet werden, sondern sie müssen im Kampf geschmiedet werden.

Und dazu ist ein Kampf notwendig, auch gegen diejeni-
Fortgesetzt auf Seite 30

Hamburg

Spartakist-Veranstaltung

Nein zu den sozialdemokratischen
Handlangern der kapitalistischen Austerität!

**Für ein Arbeitereuropa –
Für sozialistische Revolution!**

22. Oktober 1997, 19.00 Uhr

Ort erfragen unter (0 40) 32 36 44

Schulungsreihe

Einführung in den Marxismus: Der Staat

15. November, 16.00 Uhr

Werkstatt 3, Nernstweg 32–34, 1. Etage, Klubraum
(S-Bahn Altona)

Weitere Informationen: (0 40) 32 36 44

Der folgende Teil 5 dieser Artikelserie ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 646, 24. Mai 1996. Die Teile 1 bis 3 dieser Artikelserie, erschienen in Spartakist Nr. 124 (September/Oktober 1996), Nr. 125 (November/Dezember 1996) und Nr. 126 (Januar/Februar 1997), beschäftigten sich mit den Ursprüngen des Anarchismus und dessen führenden Köpfen wie Proudhon und Bakunin bis zur Pariser Kommune 1871 und der Spaltung in der Ersten Internationale. Teil 4 (Spartakist Nr. 127, April 1997) behandelte die Ansichten von Kropotkin und setzte sich auch mit dem Anarcho-Terrorismus des späten 19. Jahrhunderts auseinander.

In den ersten Jahren dieses Jahrhunderts konnte man das Anwachsen des Syndikalismus miterleben, besonders in den romanischen Ländern Europas. Die Confédération Générale du Travail (Allgemeiner Gewerkschaftsbund – CGT) wurde zur vorherrschenden Arbeiterorganisation in Frankreich. Die Confederación Nacional del Trabajo (Nationaler Gewerkschaftsbund – CNT), die 1911 von Anarcho-Syndikalisten in Barcelona gegründet worden war, wurde bald zur mächtigsten Gewerkschaftsorganisation in Spanien und war in Kata-

von Joseph Seymour

lonien, der am stärksten industrialisierten Region des Landes, vorherrschend. Die Unione Sindacale Italiana war eine mitgliederstarke Organisation, die eine Position links vom wichtigsten italienischen Gewerkschaftsverband einnahm, der von reformistischen Sozialisten geführt wurde. In den Vereinigten Staaten waren die Industrial Workers of the World (IWW) im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg ein bedeutender Faktor in der amerikanischen Linken.

Das Anwachsen des Syndikalismus in dieser Periode war zum Teil eine Reaktion auf den parlamentarischen Reformismus, der in den Parteien der Zweiten (Sozialistischen) Internationale vorherrschend war, und zum Teil (besonders in Frankreich) entwickelte und definierte er sich in Abgrenzung zum anarchistischen Propagandismus, der in dieser Periode am klarsten von Peter Kropotkin repräsentiert wurde. Bei einer Rede vor einem internationalen anarchistischen Kongreß 1907 in Amsterdam erklärte der prominente französische Syndikalist Pierre Monatte, daß ein Jahrzehnt vorher „eine Reihe von Anarchisten, die schließlich erkannt haben, daß Philosophie nicht ausreicht, um eine Revolution zu machen, in die Arbeiterbewegung hineingegangen sind“ (in Woodcock, Hrsg., *The Anarchist Reader* [Das anarchistische Handbuch], 1977).

Die ursprüngliche bakunistische Bewegung der frühen 1870er Jahre hatte eine unmittelbar bevorstehende europaweite Revolution vor Augen, die zu einer neuen befreiten Welt führen würde, ohne Klassen und ohne Staaten. Mitte der 1880er Jahre hielt jedoch kein ernsthafter und intelligenter

Marxismus kontra Anarchismus

Von 1848 bis zur bolschewistischen Revolution

Teil 5 Die Syndikalisten

gruppen darzulegen und zu verteidigen. Die Theoretiker des Syndikalismus – Fernand Pelloutier, Emile Pouget, Monatte und andere – vertraten die Position, daß das Haupthindernis für eine soziale Revolution in der organisatorischen Schwäche der anarchistischen Bewegung und in der Desorganisation der Arbeiterklasse im allgemeinen liege. Sie machten es sich deshalb zur Aufgabe, eine Massengewerkschaftsbewegung zu organisieren und um deren Führung zu kämpfen.

Die Stärke des Syndikalismus lag in seinem Verständnis, daß die organisierte Industriearbeiterklasse die zentrale treibende Kraft für den Sturz des kapitalistischen Systems ist. Wie die Führer der amerikanischen IWW unverblümt formulierten: „Anarchismus leugnet den Klassenkampf, während die I.W.W. ihn lehrt.“ Viele syndikalistische Aktivisten – Monatte und Alfred Rosmer in Frankreich, Andrés Nin und Joaquín Maurín in Spanien, James P. Cannon und William Z. Foster in den USA – sollten führende Köpfe der Kommunistischen Internationale von Lenin und Trotzki werden. In diesem Sinne nimmt der Syndikalismus der Zeit vor 1914 eine Zwischenposition zwischen klassischem Anarchismus und heutigem Kommunismus ein.

Die Hauptschwäche des Syndikalismus lag in seiner Tendenz, die Organisation der Arbeiterklasse für wichtiger zu halten als die *Hebung ihres politischen Bewußtseins*. Die Tatsache, daß eine Gewerkschaft eine Führung hat, die sich als revolutionär versteht, und ein entsprechendes formales Programm, ist an sich nicht ausreichend, um sie *in der Praxis* zu einer revolutionären Organisation zu machen. Um ihre Positionen als offizielle Gewerkschaftsführer behalten zu können, standen die revolutionären Syndikalisten ständig unter dem Druck, ihre Politik an die rückständigen Vorurteile der Gewerkschaftsmitglieder anzupassen, vor allem an den nationalen Chauvinismus. So kam es, daß beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs die zentrale Führung der französischen CGT um Léon Jouhaux dabei half, die Arbeiterklasse für den französischen imperialistischen Staat zu mobilisieren. Am Ende seiner Laufbahn war Jouhaux ein Strohmann für die amerikanische CIA beim Aufbau einer antikommunistischen Gewerkschaftsbewegung in Frank-

ter Linker in Europa eine soziale Revolution irgendwo in Europa für eine in der nahen Zukunft liegende Perspektive. Anarchistische Aktivisten fragten sich deshalb: Was ist das Haupthindernis für eine soziale Revolution, und wie könnte man dieses überwinden? Sie kamen zu zwei grundlegend verschiedenen Antworten (wenn man die anarcho-terroristischen Randgruppen außer acht läßt).

Kropotkin, Errico Malatesta, Elisée Reclus und ihre Gesinnungsgenossen behaupteten weiterhin, daß die Massen die Prinzipien und das Programm des Anarchismus nicht verstehen und daher nicht unterstützen würden. Sie machten es sich deshalb zur Aufgabe, die anarchistische Doktrin in Büchern und Broschüren, durch Reden und Versammlungen kleiner Propaganda-

reich nach dem Zweiten Weltkrieg. In diesem Sinne nimmt der Syndikalismus in der Zeit vor 1914 eine Zwischenposition zwischen klassischem Anarchismus und heutigem Gewerkschaftsreformismus ein.

Syndikalismus vor 1914: die französische CGT

Es gab eine Reihe von Faktoren – wirtschaftliche, politische und ideologische –, die dem Anwachsen des Syndikalismus in der französischen Arbeiterbewegung in dieser Periode zugrunde lagen. Der relativ langsame Verlauf der Industrialisierung in Frankreich ließ viele kleine Werkstätten weiterbestehen, besonders bei Luxusgütern wie Seide, Spitzenstickereien, Porzellan und Schmuck. Teilweise aus diesem Grund entwickelte sich die französische Gewerkschaftsbewegung eher nach geographischen Kriterien statt entlang der Linien von Industriezweigen und Berufen. Eine Schlüsselinstitution war die lokale Bourse du Travail, die die Funktionen einer Arbeitsvermittlung (die wörtliche Bedeutung des Begriffes), eines sozialen und kulturellen Arbeitervereins und später eines zentralisierten Gewerkschaftsgremiums vereinte. Die meisten größeren Streiks wurden stadtweit durchgeführt und bezogen die gesamte Arbeiterschaft ein. Deshalb konnten französische Anarchisten wie Pouget problemlos das alte bakunistische Programm einer Gesellschaft, die auf autonomen Kommunen basiert, umwandeln in ein Programm, das auf autonomen lokalen Gewerkschaften basiert, die die ganze Arbeiterschaft vertreten.

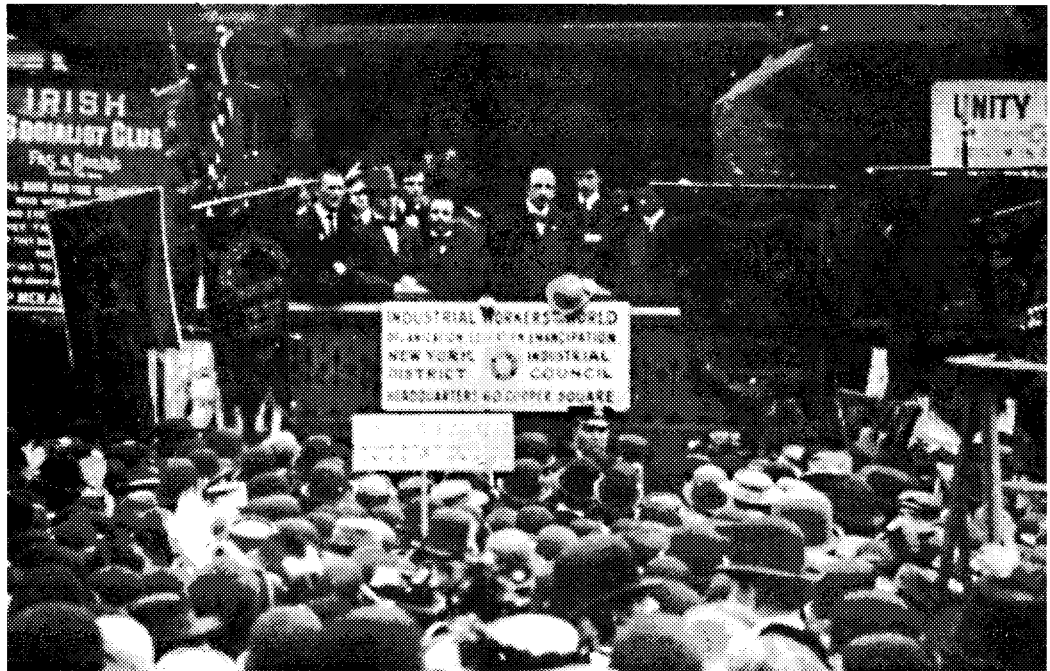
Auf der politischen Ebene war der französische Syndikalismus davon geprägt, daß es in diesem Land eine Vielzahl von sozialistischen Parteien gab. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts entwickelten sich in Belgien, Deutschland, Österreich-Ungarn und den skandinavischen Ländern einheitliche sozialdemokratische Massenparteien mit dem Anspruch, die gesamte Arbeiterklasse zu vertreten. Es war daher für die Gewerkschaftsbewegungen in diesen Ländern normal, daß sie mit diesen Parteien eng verbunden waren. In Frankreich jedoch gab es in den 1890er Jahren ein halbes Dutzend größerer sozialistischer Parteien, die miteinander konkurrierten und sich ständig spalteten und vereinigten.

Jede schlagkräftige Gewerkschaft (Syndikat) mußte daher nicht nur Arbeiter, sondern auch Organisatoren und Funktionäre einbeziehen, die zu unterschiedlichen politischen Tendenzen gehörten. Als die CGT 1895 gegründet wurde, gab es in ihrer Führung prominente Anarchisten wie Pouget, erklärte reformistische Sozialisten (Possibilisten) und jakobinische Kommunisten alten Stils (Blanquisten). Die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von politischen Parteien war anfänglich eine empirische Anpassung an die spezifischen französischen Bedingungen, und erst nach und nach fand dies Eingang in die syndikalistische Doktrin. Mit anderen Worten: Die Syndikate entstanden vor dem Syndikalismus.

Allgemein wird Fernand Pelloutier als Gründungsvater des französischen Syndikalismus angesehen. In eine wohlhabende Familie hineingeboren, war Pelloutier ein Intellek-

tueller mit Universitätsausbildung, der schnell vom bürgerlichen Radikalismus zum reformistischen Sozialismus und zur offiziellen marxistischen Parti Ouvrier Français (Französische Arbeiterpartei) von Jules Guesde und Paul Lafargue (Marx' Schwiegersohn) weiterging. Aber er verlor bald seine Illusionen über die parlamentarischen Manöver und den Fraktionismus zwischen der Parti Ouvrier und ihren Rivalen. Pelloutier wandte sich dann den örtlichen Bourses du Travail zu und organisierte sie in einem landesweiten Verband, der bis zur Jahrhundertwende zur größten Organisation der Arbeiterbewegung in Frankreich wurde. Auch nachdem Pelloutier 1901 im Alter von 33 Jahren an Tuberkulose gestorben war, hielten viele französische Arbeiter sein Andenken in Ehren.

Pelloutiers Ziel war es, die französische Arbeiterbewegung zu befreien *sowohl* von „den parlamentarischen Dokto-



Library of Congress

Massenversammlung der Industrial Workers of the World in New York City. Revolutionäre Syndikalisten der IWW schrieben ein heroisches Kapitel in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung

ren, die gelehrt haben, daß jede gesellschaftliche Umwandlung der Eroberung der politischen Macht untergeordnet sei“, *als auch* von „den revolutionären Doktoren, die gelehrt haben, daß keine sozialistischen Aktivitäten möglich sind vor der erlösenden Umwälzung“ (Fernand Pelloutier: *Histoire des bourses du travail* 1901). Der Spott über die „revolutionären Doktoren“ richtete sich hauptsächlich gegen die Blanquisten, die führenden Verfechter eines Aufstands unter der Losung „Auf die Barrikaden“, die allgemein mit der Pariser Kommune von 1871 identifiziert wurden, sogar mehr noch als die Marxisten. Pelloutier und seine syndikalistischen Mitstreiter boten den französischen Arbeitern einen Weg zur sozialistischen Umwandlung an, der angeblich das Risiko einer weiteren „Blutwoche“ des Mai 1871 vermeiden würde, als die Armee bei der Zerschlagung der „Roten Kommune“ 20 000 Menschen massakrierte.

Aber wenn eine soziale Revolution nicht durch parlamentarische Mittel erreicht werden konnte und ein Aufstand angeblich ausgeschlossen war, was blieb dann übrig? Die revolutionären Syndikalisten antworteten: der Generalstreik. Der führende intellektuelle Vertreter des französischen Syndikalismus, George Sorel, schrieb 1908 in seinen berühmten Überlegungen *Über die Gewalt* über den Generalstreik,

Fortgesetzt auf Seite 18

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 17

dieser verkörpere „den Krieg, den der Sozialismus gegen die moderne Gesellschaft führt. Die Syndikalisten lösen dieses Problem perfekt, indem sie das ganze Wesen des Sozialismus im Drama des Generalstreiks konzentrieren...“ Die CGT-Charta von Amiens aus dem Jahre 1906 erklärte: „Die Gewerkschaftsbewegung bereitet auch die volle Befreiung der Arbeiter vor, die nur durch die Enteignung der Kapitalisten herbeigeführt werden kann. Sie zählt den Generalstreik zu ihren Aktionsmitteln...“ (abgedruckt in Wilfried Röhrich, *Revolutionärer Syndikalismus*, 1977).

Während Sozialisten, sowohl Marxisten als auch Nichtmarxisten, politische und wirtschaftliche Generalstreiks propagiert und angeführt haben, identifizierten die Syndikalisten den Generalstreik mit der Revolution und stellten ihn als Alternative zum Aufstand dar. Die Syndikalisten argu-



Wayne State University

IWW-Generalsekretär Vincent St. John, hervorragender amerikanischer Arbeiterführer

mentierten, daß ein Streik in einer Stadt oder einem Industriezweig durch staatliche Repression unterdrückt werden könnte, indem streikende Arbeiter durch Streikbrecher ersetzt werden, die unter dem Schutz der Polizei stehen, oder manchmal auch durch Soldaten. Aber wie könnte die Armee alle wichtigen Eisenbahnlinien am Laufen halten, lebenswichtige Importgüter an den Docks entladen, Lebensmittel an Tausende von Läden in allen Groß- und Kleinstädten verteilen usw.? Wenn alle Arbeiter zur gleichen Zeit die Arbeit niederlegen würden, so wurde behauptet, würde die Wirtschaft zusammenbrechen und die Bourgeoisie würde machtlos werden.

Aber, so könnte man argumentieren, was ist, wenn die Regierung damit droht, die streikenden Arbeiter zu verhaften oder sogar zu erschießen? Ein Jahrzehnt vorher hatte Engels in einem Brief (3. November 1893) an Karl Kautsky hervorgehoben, „der politische Strike muß entweder sofort siegen – bloß durch die Drohung (wie in Belgien, wo die Armee *sehr wacklig* war) – oder aber in einer kolossalen Blamage endigen oder schließlich direkt *auf die Barrikaden führen*“ (Hervorhebung im Original). Engels' Auffassung von der Dynamik einer Revolution wurde durch die Russische Revolution von 1905 bestätigt, die mit einer Reihe von Massenstreiks begann. Es wurde schnell deutlich, daß nur ein Aufstand die zaristische Selbstherrschaft stürzen könnte. Wie W. I. Lenin schrieb: „Über den Kopf der Organisationen hinweg ging der proletarische Massenkampf vom

Streik zum Aufstand über. Darin liegt die allergrößte geschichtliche Errungenschaft der russischen Revolution, die im Dezember 1905 erreicht wurde...“ („Die Lehren des Moskauer Aufstands“, August 1906).

Obwohl die Unterdrückung der Pariser Kommune noch in lebendiger Erinnerung war, nahmen die Syndikalisten der CGT implizit an, daß die französische Bourgeoisie „zu zivilisiert“ geworden sei, als daß sie wieder zum Massenterror gegen die Arbeiterklasse greifen würde, um ihr Eigentum zu verteidigen. Trotz aller Verurteilungen des Parlamentarismus beruhte die syndikalistische Doktrin, auf ihre Art, auf Illusionen in bürgerliche Demokratie.

Außerdem war eine Vorbedingung für einen revolutionären Generalstreik die Organisierung der großen Mehrheit der Arbeiter in der von Syndikalisten geführten Arbeiterbewegung. Die syndikalistische Strategie beinhaltete daher, daß die soziale Revolution eine Perspektive in relativ *ferner Zukunft* sei. Pelloutiers grundlegende Botschaft war, daß die Arbeiter „aktiver, methodischer und hartnäckiger die Arbeit der moralischen, administrativen und technischen Erziehung betreiben [müssen], um eine Gesellschaft freier Menschen lebensfähig zu machen“. Als dies 1901 geschrieben wurde, waren nur zehn Prozent der französischen Arbeiter in irgendeiner Art von Gewerkschaft. Ein Jahrzehnt später war nur einer von sechs Industriearbeitern gewerkschaftlich organisiert und nur einer von zehn in der CGT. Selbst auf dem Höhepunkt ihrer Macht und ihres Einflusses hatten die französischen Syndikalisten nicht die organisatorische Kapazität, um ihr Maximalprogramm eines Generalstreiks zur „Enteignung der Kapitalistenklasse“ umzusetzen.

Wie schon weiter oben erwähnt, entwickelte sich der französische Syndikalismus zum Teil als Ergebnis der Existenz mehrerer konkurrierender sozialistischer Parteien. 1905 jedoch schlossen sich die wichtigsten sozialistischen Fraktionen zusammen und bildeten die französische Sektion der Arbeiterinternationale (SFIO), üblicherweise Sozialistische Partei genannt. Die Syndikalisten der CGT mußten deshalb ihre Beziehung zu einer Partei definieren, die den Anspruch erhob, der politische Repräsentant der gesamten Arbeiterklasse zu sein. Die Antwort war die Charta von Amiens von 1906, eine Erklärung für die Unabhängigkeit der Gewerkschaft von *allen* politischen Parteien, unabhängig von deren Charakter. Die sich daraufhin ergebende Beziehung zwischen der CGT und der SFIO war die einer friedlichen Koexistenz – teils in frostiger, teils in harmonischer Atmosphäre – bei einem stillschweigenden Einverständnis über eine Arbeitsteilung.

Dem Parlamentarismus der Sozialistischen Partei setzten die Syndikalisten der CGT die „direkte Aktion“ entgegen. Was dieser Begriff konkret bedeutete, wurde 1905 in *Le Syndicat* von Emile Pouget ausgeführt:

„Wenn die von ihnen verlangte Verbesserung etwas ist, das die Regierung tun muß, dann verfolgen die Gewerkschaften dieses Ziel durch den Druck der Massen auf die Behörden, nicht dadurch, daß sie versuchen, ihnen wohlgesinnte Abgeordnete ins Parlament zu bekommen. Wenn die angestrebte Verbesserung direkt den Kapitalisten abgerungen werden muß, ... dann haben sie unterschiedliche Methoden, auch wenn sie immer das Prinzip der direkten Aktion befolgen. Je nach Situation greifen sie zum Streik, zur Sabotage, zum Boykott, zur gewerkschaftlichen Kennzeichnung.“

Es sollte hier betont werden, daß man im Grunde die „direkte Aktion“ im Vergleich zum parlamentarischen Druck für ein wirkungsvolleres Mittel ansah, um von den Kapitalisten und der Regierung Zugeständnisse zu erreichen, und als solches auch motivierte.



Musée Social

Syndikalistische Arbeiter in Frankreich treffen sich 1909 unter dem Banner von *La Vie Ouvrière* (Arbeiterleben), herausgegeben von Pierre Monatte (oben). Monatte wurde später eine führende Persönlichkeit in der frühen Kommunistischen Partei Frankreichs und der Dritten Internationale



CFF Archive

Einige der Kämpfe, die die CGT durchführte, störten die bürgerliche Ordnung und bedrohten sie potentiell, besonders der Eisenbahnerstreik von 1910, den die Regierung schnell zerschlug, indem sie die streikenden Arbeiter als Soldaten einberief und die Eisenbahnen dem Militär unterstellte. Alle Streiks der CGT und andere Aktionen in der Industrie hatten jedoch das unmittelbare und direkte Ziel, den Unternehmern Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen oder bessere Arbeitsbedingungen abzutrotzen. Die revolutionären Syndikalisten in Frankreich organisierten keine Streiks – nicht einmal Proteststreiks – für politische Ziele und vermieden dadurch, die Autorität der Regierung auf dieser Ebene herauszufordern. In der Praxis funktionierte die CGT auf eine Art und Weise, die sich nicht grundlegend vom britischen Trades Union Congress (Gewerkschaftsdachverband) unterschied, dessen Führer damals noch nicht einmal behaupteten, Sozialisten zu sein, geschweige denn Revolutionäre.

Der „Antimilitarismus“ der CGT und der August 1914

Der Aufstieg des Syndikalismus in der französischen Arbeiterbewegung fiel zusammen mit der sich abzeichnenden Gefahr eines europaweiten imperialistischen Krieges, die schließlich 1914 zur Explosion führte. Daher war „Antimilitarismus“ ein Schlüsselement der französischen syndikalistischen Doktrin, so hat der Kongreß der CGT 1908 in Marseille folgende Resolution angenommen:

„Der Kongreß wiederholt die Formulierung der [Ersten] Internationale: ‚Die Werktätigen haben kein Vaterland‘; und fügt hinzu:

In Erwägung, daß konsequenterweise jeder Krieg nichts anderes als ein Verbrechen gegen die Werktätigen ist; daß er eine blutige und schreckliche Art ist, sie von ihren Forderungen abzulenken, erklärt der Kongreß, daß es vom internationalen Standpunkt aus notwendig ist, die Werktätigen aufzuklären, damit sie im Falle eines Krieges auf die Kriegserklärung antworten mögen mit einer Erklärung eines revolutionären Generalstreiks.“ (abgedruckt in: Louis Levine, *The Labor Movement in France* [Die Arbeiterbewegung in Frankreich], 1912)

Das waren vortreffliche Worte, aber es stellte sich heraus, daß sie eben nur ... Worte waren. Als im August 1914 die Stunde der Wahrheit kam, tat die CGT nichts. Kein Aufruf zum Generalstreik, nicht einmal eine Antikriegsdemonstration. Eine Reihe von CGT-Führern, besonders der Generalsekretär Léon Jouhaux, verkündeten sofort ihre Unterstützung für den Krieg und arbeiteten danach eng mit der bürgerlichen Regierung zusammen, um die Arbeiterklasse für das vier Jahre dauernde imperialistische Gemetzel zu mobilisieren. Diejenigen syndikalistischen Aktivisten, wie Pierre Monatte und Alfred Rosmer, die den Prinzipien des proletarischen Internationalismus treu blieben, fanden sich als isolierte Minderheit in einer Organisation wieder, in der sie erst gestern noch angesehene Führungspersönlichkeiten gewesen waren.

Im nachhinein betrachtet, war der Zusammenbruch der CGT beim Ausbruch des Krieges schon in ihrer ganzen Geschichte angelegt. Während der Marokko-Krise von 1905 – ein innerimperialistischer Streit um den Einfluß in Nordafrika – dachte jeder in Frankreich, daß ein Krieg mit Deutschland jederzeit ausbrechen könnte, was tatsächlich möglich war. Doch in dieser und in den folgenden internationalen Krisen haben die Führer der CGT nicht mehr gemacht, als zu Demonstrationen aufzurufen, Manifeste herauszugeben usw. Es wurden keine Schritte unternommen, um Proteststreiks zu organisieren. Als die französische Regierung 1913 die Wehrpflicht von zwei auf drei Jahre verlängerte, überlegten die CGT-Führer zwar, gegen diese Maßnahme, die weithin unpopulär war, zum Generalstreik aufzurufen, lehnten es aber ab.

Außerdem war der „Antimilitarismus“ der CGT beinahe ausschließlich als Opposition gegen einen drohenden Krieg mit Deutschland definiert. Französische Syndikalisten interessierten sich kaum für die Rolle der französischen Armee bei der Erzwingung der kolonialen Versklavung der Völker Afrikas, des Nahen Ostens und Indochinas. 1911 unterdrückten französische Truppen einen Aufstand in Marokko gegen das dortige monarchische Marionetten-Regime, und im folgenden Jahr wurde Marokko formal zu einem französischen Protektorat erklärt. Bei ihren Aktionen war

Fortgesetzt auf Seite 20



Nouvelle Librairie de France



Bibliothèque Nationale

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 19

die CGT-Führung praktisch gleichgültig gegenüber solchen kolonialen Eroberungen durch den französischen imperialistischen Staat.

Warum begrenzten die revolutionären Syndikalisten die „direkten Aktionen“, für die sie eintraten, auf den Bereich der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital? Ein Faktor ist zweifellos, daß sich syndikalistische Aktivisten sehr wohl darüber bewußt waren, daß viele Arbeiter in der CGT, wahrscheinlich die meisten, in gewissem Maße von nationalen chauvinistischen Vorurteilen durchdrungen waren. Wenn zum Beispiel die CGT-Führer zu einer Massendemonstration oder einem eintägigen Proteststreik gegen die französische Militärintervention in Marokko aufgerufen hätten, wären sie auf eine bedeutende rechte Opposition in ihren eigenen Reihen gestoßen, was vielleicht sogar zu einer Spaltung geführt hätte.

Die französischen Syndikalisten organisierten und führten eine Organisation der Arbeiterbewegung in erster Linie auf der Basis von *militantem Gewerkschaftertum*. Die französischen Syndikalisten bereiteten die Arbeiter, die sie führten und beeinflussten, niemals auf eine entscheidende Konfrontation mit dem bürgerlichen Staat vor, sondern paßten sich statt dessen zunehmend an das politische Bewußtsein ihrer Basis an. Wie Trotzki 1929 in seinem Artikel „Kommunismus und Syndikalismus“ schrieb: „Die Epigonen des Syndikalismus möchten uns weismachen, daß die Gewerkschaften an sich genügen. Theoretisch bedeutet das nichts, aber praktisch heißt das die Auflösung der Avantgarde in den rückständigen Massen, d. h. in den Gewerkschaften.“

Syndikalismus in Italien und Spanien

Die syndikalistische Bewegung in Frankreich war einerseits die Wiege des europäischen Syndikalismus und hatte andererseits hier ihre gemäßigte Ausprägung. Nach Italien und Spanien exportiert, nahmen die Doktrinen des revolutionären Syndikalismus radikalere Ausdrucksformen an. Dort wurden mehr als einmal Aufrufe zum Generalstreik in die Tat umgesetzt. Aber auch dort brach die syndikalistische Bewegung zusammen, als sie mit dem endgültigen Test von Krieg und Revolution konfrontiert wurde. Denn diese Strömung war zwar ursprünglich eine Revolte gegen den reformistischen parlamentarischen Sozialismus und dessen Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie, sie war aber unfähig, ein Pro-

Linkes und rechtes Gesicht des Syndikalismus: Anarchistischer Aktivist Emile Pouget (ganz links) wurde ein Führer der syndikalistischen Bewegung in Frankreich, propagierte „direkte Aktion“. 1914 unterstützte CGT-Führer Léon Jouhaux die französische Bourgeoisie im imperialistischen Gemetzel des Ersten Weltkriegs

gramm und eine Theorie hervorzu- bringen, die in der Lage gewesen wären, die Reformisten politisch zu besiegen und eine sozialistische Revolution durchzuführen. Schlimmer noch, angesichts dieser Sackgasse entwickelten sich Teile der sozialistischen Bewegung in die Richtung des imperialistischen Nationalismus, besonders in Richtung Faschismus, symbolisiert durch Mussolini.

In Italien hatte die syndikalistische Bewegung ihren Ursprung in der Sozialistischen Partei (PSI) und wurde anfänglich von Männern geführt, die sich selber für orthodoxe Marxisten hielten. Das erste Sprachrohr des italienischen revolutionären Syndikalismus war die Zeitung *Avanguardia Socialista*, gegründet 1902 von dem marxistischen

Theoretiker Antonio Labriola. Der italienische kommunistische Führer Antonio Gramsci beschrieb den frühen italienischen Syndikalismus später als „den instinktiven, elementaren, primitiven, aber gesunden Ausdruck der Reaktion der Arbeiterklasse gegen einen Block mit der Bourgeoisie und für einen Block mit den Bauern“ (aus seinem Aufsatz über „La questione meridionale“ [Die Frage des Südens], 1926).

Bei einer Regionalkonferenz der PSI 1904 in Brescia verabschiedete die syndikalistische Strömung einen Antrag, in dem erklärt wurde:

„Als Bestätigung des permanenten und unerschütterlichen revolutionären Charakters der proletarischen Aktion, die sich gegen den bürgerlichen Staat richtet, erklärt der Kongreß, daß die Umwandlung der politischen Organisation der proletarischen Klasse in eine hauptsächlich parlamentarische, opportunistische, verfassungstreue und monarchistische Possibilisten-Partei eine Degeneration des sozialistischen Kampfgeistes ist.

Er lehnt daher ein Bündnis mit der Bourgeoisie, ob durch Teilnahme von Parteimitgliedern in irgendeiner monarchischen oder republikanischen Regierung oder durch eine irgendwie geartete Unterstützung für eine Regierung der bürgerlichen Klasse, als unvereinbar mit dem Prinzip des Klassenkampfes und dem wahren Kern der proletarischen Eroberung der Staatsmacht ab.“

Labriola und seine Anhänger machten unermüdlich Propaganda für einen Generalstreik. Kaum fünf Monate nachdem der Antrag von Brescia angenommen worden war und nur Wochen nachdem der Amsterdamer Kongreß der Zweiten Internationale die Anwendbarkeit des Generalstreiks abgelehnt hatte, fegte ein solcher Streik im September 1904 durch Italien als Protest gegen die gewaltsame Unterdrückung von Arbeiterdemonstrationen durch die Regierung. Fünf Tage lang wurde die Halbinsel durch eine riesige nationale Mobilisierung erschüttert, aber die Aktion der Arbeiter ging nie über einen gigantischen Protest hinaus und wurde nie zu einem Kampf um die Macht. Von Mai bis Juli 1908 führten die Syndikalisten noch einen weiteren großen Streik durch, und zwar von Landarbeitern in der Region von Parma, was in Bernardo Bertoluccis *Leinwandepos 1900* geschildert wird. Angesichts brutaler Unterdrückung durch die Armee, die auch Kavallerie und Legionen von Streikbrechern einsetzte, wurde der Streik nach einem drei Tage dauernden erbitterten Kampf gebrochen.

Eines der immer wiederkehrenden Themen der syndikalistischen Propaganda war ein antimilitaristischer „General-

streik gegen den Krieg“. In Italien gab es im September 1911 einen Versuch, dies umzusetzen, und zwar gegen den italienischen Kolonialkrieg zur Eroberung von Libyen. Doch auch wenn der Streik von der PSI und dem Gewerkschaftsverband CGL (halbherzig) unterstützt wurde, so gelang es ihm nicht, irgend etwas zu ändern. Und außerdem wurde er durch die Tatsache untergraben, daß wichtige syndikalistische Führer (darunter Labriola) den Krieg in Libyen unterstützten. Bei ihrem Versuch, Syndikalismus mit Nationalismus zu verbinden, folgten sie dem Beispiel von Georges Sorel, der in dieser gleichen Periode mit der reaktionären nationalistisch-monarchistischen Bewegung Action Française zusammenarbeitete.

Kurz vor Ausbruch des imperialistischen Weltkriegs brach ein landesweiter Generalstreik aus als Reaktion auf die Erschießung von antimilitaristischen syndikalistischen Demonstranten in Ancona. Während der „Roten Woche“ vom 7.–14. Juni 1914 dachten viele Syndikalisten, der Augenblick sei gekommen für die allgemeine Revolte, für die sie so lange eingetreten waren, um die Regierung, die Monarchie und die Herrschaft der Bourgeoisie zu Fall zu bringen. Doch ohne einen Aktionsplan für einen die Entscheidung bringenden revolutionären Kampf und ohne eine gestählte Führung, die ihn durchführen kann, verlief der Streik bald im Sande.

In Spanien wuchsen die Syndikalisten in der Zwischenzeit ebenfalls zu einer beträchtlichen Kraft heran. Die Gründung der Confederación Nacional del Trabajo 1911 war Ausdruck einer Annäherung zwischen der anarchistischen und der syndikalistischen Strömung. Innerhalb eines Monats nach Gründung der CNT hatte diese einen Generalstreik unterstützt und war von der Regierung verboten worden. Da Spanien während des ganzen Krieges neutral blieb, blieb die Forderung der Syndikalisten nach einem „Generalstreik gegen den Krieg“ rein abstrakt. Aber als die imperialistischen Mächte sich zunehmend erschöpften und die Arbeiter vom Sturz des Zaren in Rußland inspiriert wurden, ergab sich in Spanien im August 1917 eine revolutionäre Gelegenheit.

Die anarcho-syndikalistische CNT war seit Monaten für einen unbegrenzten landesweiten Generalstreik eingetreten, und der Druck der Massen zwang auch den von den Sozialisten geführten Gewerkschaftsverband UGT dazu, sich an den Planungen für den Streik zu beteiligen. Parallel dazu agitierten die republikanische Bourgeoisie und katalanische Regionalisten für den Sturz der Monarchie, wobei sie auf Unterstützung in der Armee zählten. Als der Streik schließlich ausgerufen wurde, war sein Ziel darauf beschränkt, der liberalen Bourgeoisie dabei zu helfen, die Macht zu erobern, statt einen Kampf für die soziale Revolution zu entfesseln. Als Ergebnis dieses begrenzten Ziels mobilisierte die Arbeiterklasse nicht einheitlich, und nach einer Woche blutiger Repression war der Streik erstickt. Wie es auch wieder 1936–37 während des Spanischen Bürgerkriegs geschehen sollte, wurden die Anarchisten zum Anhängsel der bürgerlichen Kräfte.

Die IWW: Revolutionärer Syndikalismus in den USA

In den Vereinigten Staaten entstand während des Jahrzehnts vor dem Ersten Weltkrieg eine syndikalistische Bewegung – die Industrial Workers of the World (IWW) –, die sich von ihren Pendants in den romanischen Ländern Europas merklich unterschied. Die besondere und in mancherlei Hinsicht einzigartige Natur der IWW beruhte auf der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft und deren Auswirkungen auf den Charakter und das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse in den USA wurde zum größten Teil durch die aufeinander folgenden Wellen der Einwanderung aus verschiedenen europäischen Ländern geformt. Dies brachte ein Industrieproletariat hervor, das von tiefgehenden ethnischen Trennungslinien und Antagonismen zerrissen war, zum Beispiel zwischen den in den USA geborenen Arbeitern mit angelsächsisch-protestantischer Abstammung und den irischen, italienischen und osteuropäischen katholischen Einwanderern. Diese ethnischen Trennungen, die durch die amerikanische herrschende Klasse geschickt manipuliert wurden, verhinderten nicht nur die Bildung einer Arbeitermassenpartei, so wie in Europa sich solche Parteien in dieser Periode entwickelten, sondern verhinderten auch, daß sich die Masse des Industrieproletariats, besonders die nicht-englischsprachigen Immigranten, in Gewerkschaften organisierte. Um die Jahrhundertwende waren in den USA nur 5 Prozent der Arbeiter überhaupt organisiert, und zwar auf der Basis von berufsständisch organisierten Gewerkschaften in der offenen prokapitalistischen American Federation of Labor (AFL).

Die Organisation der Industrial Workers of the World wurde 1905 als eine breite Front der amerikanischen Linken gegründet. Bei der Gründung bestand die Führung aus revolutionären Syndikalisten wie William Trautmann und Vincent St. John, dem „orthodoxen“ Marxisten Daniel De Leon und seinen Anhängern und den kämpferischen Gewerkschaftlern der Western Federation of Miners (Westlicher Verband der Bergarbeiter). Die Gründung der IWW wurde von Eugene V. Debs, der populärsten und sogar am meisten verehrten Persönlichkeit in Amerikas damaliger sozialistischer Bewegung, begeistert unterstützt.

Im Gegensatz zur konservativen AFL, die sich nur um Facharbeiter kümmerte, versuchte die IWW aktiv, ungelernete männliche protestantische Arbeiter über ethnische und die Hautfarbe betreffende Trennungslinien hinweg zu organisieren, einschließlich solcher unterdrückter Schichten wie die eingewanderten Landarbeiter. Durch ihren Kampf gegen den mörderischen gewerkschaftsfeindlichen Terror von Streikbrechern sowie gegen die Repressionsmaßnahmen der Regierung in Form von arbeiterfeindlichen Gesetzen und Abschiebungen von Organisatoren und Aktivisten, die im Ausland geboren waren, hat die IWW ein heroisches Kapitel in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung geschrieben.

Die Führer und Aktivisten der IWW – die „Eine große Gewerkschaft“ zu ihrer Losung machte – erwarteten, in relativ kurzer Zeit die Masse der Industriearbeiter organisieren zu können, die Mehrheit der Mitgliedschaft der AFL zu gewinnen und die verbleibenden rechten nach Berufsständen organisierten Gewerkschaften zu einem unbedeutenden Element in der amerikanischen Arbeiterbewegung zu reduzieren. Die Presse der IWW brachte häufig Berichte über die Kämpfe und Aktivitäten der französischen CGT unter der Überschrift: „Le Syndicalisme in Frankreich ist Industrialismus in Amerika. Seine Prinzipien sind im wesentlichen die der I.W.W. in Amerika“ (zitiert in Philip S. Foner, *The Industrial Workers of the World, 1905–1917*, 1965). Aber die amerikanischen Syndikalisten waren nicht in der Lage, den organisatorischen Erfolg ihrer französischen Gesinnungsgenossen nachzuahmen. Die Gründe lagen in dem ganz anderen politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse in den beiden Ländern. Die meisten französischen Arbeiter wollten den Sozialismus in irgendeiner Form und hielten es für selbstverständlich, einer Gewerkschaft beizutreten, deren Endziel die „vollständige Emanzipation ... durch die Enteignung der Kapitalistenklasse“ war.

Anders die amerikanischen Arbeiter. Bei Streiks schlo-

Fortgesetzt auf Seite 22

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 21

sen sich die meisten der daran beteiligten Arbeiter der IWW an, traten aber genauso schnell wieder aus, wenn das normale alltägliche Arbeitsleben zurückkehrte. Die IWW wurde tatsächlich eine Organisation revolutionärer Kämpfer in der Form einer sich auf breite Schichten stützenden Gewerkschaftsbewegung, auch wenn das beileibe nicht das bewußte Programm oder die Absicht ihrer syndikalistischen Führer war. James P. Cannon war ein junger aktivistischer IWW-Organisator, der später eines der Gründungsmitglieder der amerikanischen Kommunistischen Partei wurde und danach der bedeutendste Führer des amerikanischen Trotzkismus. Als Cannon in den 50er Jahren auf die IWW zurückblickte, erklärte er ihren widersprüchlichen Doppelcharakter:

„Die IWW bezeichnete sich selbst als eine Gewerkschaft für alle Arbeiter; und jeder Arbeiter, der zu einer Mitgliedschaft auf der Basis der Alltagsarbeit der Gewerkschaft bereit war, wurde aufgefordert einzutreten, unabhängig von seinen Ansichten und Meinungen zu allen anderen Fragen. In vielen Fällen, bei Organisierungskampagnen und Streiks an unterschiedlichen Orten, wurde eine solche alle Arbeiter umfassende Mitgliedschaft erreicht, wenn auch nur für kurze Perioden. Aber das hielt die IWW-Agitatoren nicht davon ab, auf jeder Streikversammlung den revolutionären Sturz des Kapitalismus zu propagieren...

Die IWW handelte immer, selbst bei Streiks, an denen sich normale konservative Arbeiter, die zur Kirche gehen, massenhaft beteiligten, als eine Organisation von Revolutionären. Die ‚echten IWWler‘, die ganzjährigen Aktivisten, hatten den Spitznamen Wobblies – ab wann und warum, weiß niemand – und das Kriterium für den Wobbly war seine Haltung zum Prinzip des Klassenkampfes und dessen revolutionärem Ziel; und seine Bereitschaft, diesem sein ganzes Leben zu widmen.

In Wahrheit war die IWW in ihrer Glanzzeit weder eine Gewerkschaft noch eine Partei in der vollen Bedeutung dieser Begriffe, sondern etwas von beidem, wobei einige Teile fehlten.“ („The IWW: The Great Anticipation“ [Die IWW: Die große Erwartung] in „The First Ten Years of American Communism“ [Die ersten zehn Jahre des amerikanischen Kommunismus], 1962)

Als klar wurde, daß die IWW die AFL als wichtigste Gewerkschaftsorganisation in den USA nicht ablösen würde, geschweige denn zu „einzigen großen Gewerkschaft“ werden würde, sahen sich die Wobblies zunehmend als eine „militante Minderheit“, die ein Beispiel setzt für die rückständigere Masse der Arbeiter. Die Existenz einer sich als revolutionär verstehenden Gewerkschaftsbewegung in Konkurrenz zu prokapitalistischen Gewerkschaften, was *anfänglich* als ungünstiger und vorübergehender Zustand angesehen wurde, entwickelte sich zu einem politischen Prinzip. Das Programm der revolutionären zweigleisigen Gewerkschaftspolitik wurde so zu einem zentralen Grundsatz der amerikanischen extremen Linken in der Periode unmittelbar vor und während des Ersten Weltkriegs.

Die Wobblies bezogen eine kämpferische Position gegen den Krieg, als 1917 der US-Imperialismus in den europäischen Konflikt eintrat (ein klares Zeichen dafür, daß die IWW eine ganz andere Art von Organisation war als die französische CGT trotz der gemeinsamen syndikalistischen Doktrin). Während die US-Regierung allgemeinen Chauvinismus mobilisierte, zerschlug sie praktisch die IWW durch massive Polizeirepression unter Beihilfe von außerhalb des Gesetzes stehenden Bürgerwehren. Frank Little, ein India-

ner und Organisator der IWW in den Kupferminen, wurde 1917 in Butte, Montana, gelyncht. 1918 wurden Tausende von mexikanischen Bergarbeitern in Arizona und New Mexico, die in der IWW organisiert waren, in Eisenbahnwaggons verfrachtet und in der Wüste ausgesetzt. Zur gleichen Zeit führte der durch den Krieg erzeugte wirtschaftliche Boom zu einem beträchtlichen Wachstum der AFL-Gewerkschaften, und in der Zeit unmittelbar nach dem Krieg erfaßte eine Welle von Arbeitermilitanz diese Gewerkschaften.

Dennoch stellten sich ehemalige IWW-Aktivisten und IWW-Sympathisanten wie John Reed, die einen wichtigen Teil der Kader und Führer der frühen kommunistischen Bewegung in den USA bildeten, aus Prinzip gegen eine Arbeit in den prokapitalistischen AFL-Gewerkschaften, obwohl diese inzwischen nahezu die Gesamtheit der organisierten Arbeiterbewegung in den USA darstellten. Eine der wichtigeren Auseinandersetzungen in der Gründungsperiode der Kommunistischen Internationale ging um die Frage der revolutionären zweigleisigen Gewerkschaftspolitik in den Vereinigten Staaten und anderswo. Lenins Broschüre „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ von 1920 beschäftigte sich mit dieser Doktrin:

„Gerade die absurde ‚Theorie‘, wonach sich die Kommunisten an den reaktionären Gewerkschaften nicht beteiligen dürfen, zeigt am deutlichsten, wie leichtfertig sich diese ‚linken‘ Kommunisten zur Frage der Beeinflussung der ‚Massen‘ verhalten und wie sie mit ihrem Geschrei von den ‚Massen‘ Mißbrauch treiben. Will man der ‚Masse‘ helfen und sich die Sympathien, die Zuneigung, die Unterstützung der ‚Masse‘ erwerben, so darf man sich nicht fürchten vor Schwierigkeiten, darf man sich nicht fürchten vor den Schikanen, den Fußangeln, den Beleidigungen und Verfolgungen seitens der ‚Führer‘ (die als Opportunisten und Sozialchauvinisten in den meisten Fällen direkt oder indirekt mit der Bourgeoisie und der Polizei in Verbindung stehen) und muß unbedingt *dort arbeiten, wo die Massen sind.*“ (Hervorhebung im Original)

Die Gewerkschaftsfrage: Anarchismus, Syndikalismus und Leninismus

Bei einer anarchistischen Konferenz im Jahre 1907 warnte der alte italienische Bakunist Errico Malatesta vor dem, was er als die Gefahren des Syndikalismus für die anarchistische Bewegung ansah:

„Man kann nicht leugnen, daß syndikalistische Aktionen uns gewissen Gefahren aussetzen. Die größte dieser Gefahren liegt zweifellos darin, daß der Aktivist einen Posten in den Syndikaten annimmt, vor allem wenn es ein bezahlter Posten ist. Laßt es uns als eine allgemeine Regel festhalten: Der Anarchist, der auf Dauer ein bezahlter Funktionär in einem Syndikat wird, ist verloren für die Propaganda, ist verloren für den Anarchismus! Von da an ist er denjenigen gegenüber in der Pflicht, die ihn bezahlen, und weil diese nicht alle Anarchisten sind, muß der bezahlte Funktionär – zwischen seinem Gewissen und seinen Interessen stehend – entweder seinem Gewissen folgen und seine Stellung verlieren oder seinen Interessen folgen – und dann Anarchismus ade!“ (abgedruckt als „Syndicalism: A Critique“ [Syndikalismus: Eine Kritik] in George Woodcock, Hrsg., *The Anarchist Reader* [Das anarchistische Handbuch])

Deshalb bestand Malatesta darauf, daß anarchistische Aktivisten, sei es in den Gewerkschaften oder außerhalb, sich darauf beschränken sollten, die Prinzipien und das Programm des Anarchismus zu erklären und zu verteidigen. Wenn die große Mehrheit der Werktätigen für die anarchistische Vision der Zukunft gewonnen wäre ... dann, voilà, gibt es die Revolution.

Angesichts der weiteren Entwicklung der französischen CGT war Malatestas Besorgnis, daß syndikalistische Aktivisten ihre revolutionären Prinzipien aufgeben würden, um ihre Gewerkschaftsposten zu behalten, sicherlich berechtigt. Aber das alte bakunistische vorbeugende Heilmittel gegen die bürokratische Degeneration von Revolutionären ist allerdings genauso schlimm wie die Krankheit. Wenn Revolutionäre sich aus Prinzip weigern, jemals Gewerkschaftsfunktionär zu werden, bedeutet das, die Führung der wirtschaftlichen Massenorganisation der Arbeiterklasse den (verhärteten und sonstigen) Opportunisten, (offenen und versteckten) Reformisten und sogar Reaktionären zu überlassen. Dies wird sicherstellen, daß es niemals eine proletarische Revolution geben wird und daß die Gewerkschaften noch nicht einmal die Interessen der Arbeiterklasse so gut, wie es im Rahmen des Kapitalismus überhaupt möglich ist, vertreten werden. Eine Voraussetzung für eine sozialistische Revolution ist eine starke Arbeiterbewegung mit Massengewerkschaften, Fabrikkomitees usw. Der Schlüssel ist die Führung einer revolutionären Avantgardepartei.

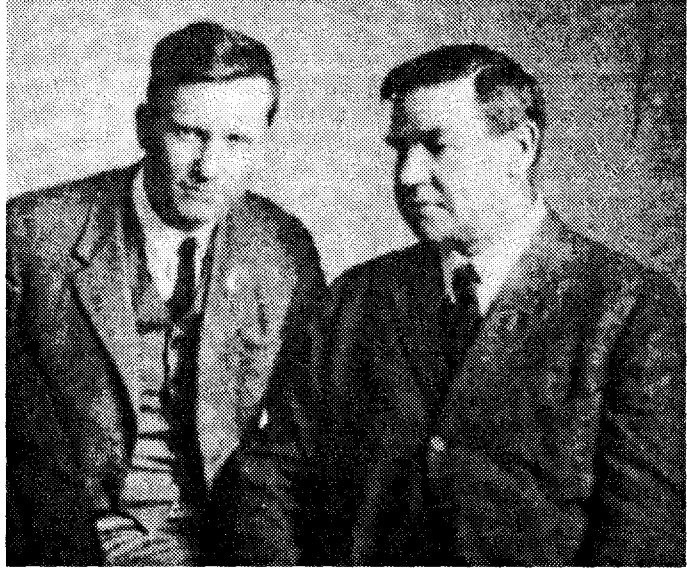
Während des Ersten Weltkriegs griffen die russischen Bolschewiki den Verrat und die allgemeine Erbärmlichkeit des Parlamentarismus der Sozialdemokratie und ihrer Gewerkschafts- und Parteifunktionäre genauso scharf an, wie es die Anarchisten taten, wenn nicht noch schärfer. Aber sie haben daraus nicht die Schlußfolgerung gezogen, daß die Arbeiter ohne Massengewerkschaften und politische Parteien auskommen sollten. Wie der bolschewistische Führer Grigori Sinowjew 1916 in *Der Krieg und die Krise des Sozialismus* schrieb:

„Zum Zeitpunkt der Krise wegen des Krieges spielte die Arbeiterbürokratie die Rolle eines reaktionären Faktors ... Aber das bedeutet nicht, daß die Arbeiterbewegung ohne einen großen organisatorischen Apparat auskommen kann; ohne ein ganzes Spektrum von Menschen, die sich besonders der Aufgabe verpflichtet haben, der proletarischen Organisation zu dienen. Wir wollen nicht zu der Zeit zurückgehen, als die Arbeiterbewegung so schwach war, daß sie ohne eigene Angestellte und Funktionäre auskommen konnte, sondern wir wollen vorwärtsgehen zu der Zeit, in der die Arbeiterbewegung etwas anderes sein wird, in der die starke Bewegung des Proletariats sich die Schicht der Funktionäre unterordnet, in der die Routine zerstört wird, bürokratische Aushöhlung ausgelöscht wird; die neue Menschen an die Oberfläche bringt, ihnen Kampfesmut einflößt, sie mit einem neuen Kampfgeist erfüllt.“ (Übersetzt aus *New International, „The War and the Crisis of Socialism“*, New York, März–Juni 1942)

Eine leninistische Partei ist ein Gegengewicht zu dem unvermeidlichen Druck auf revolutionäre Aktivisten, die um die Führung in Massenorganisationen kämpfen. Anders als bei einer Gewerkschaft oder einem Fabrikkomitee beruht die Mitgliedschaft in und die Unterstützung für eine politische Partei darauf, daß man ihr Programm akzeptiert und den ihm zugrundeliegenden Prinzipien zustimmt. Bei seiner Argumentation für die Notwendigkeit einer eigenständigen Partei der revolutionären proletarischen Avantgarde betonte Lenin, daß es in der Arbeiterklasse verschiedene Niveaus von Bewußtsein gibt. Viele Arbeiter haben reformistische Illusionen und sind durchdrungen von nationalem Chauvinismus, Rassismus und anderen Ausdrucksformen der sozialen Reaktion, von Religiosität und dem Wunsch, einen kleinen Laden aufzumachen, bis zum Verprügeln der Ehefrau. Durch ihre Zeitung, durch Demonstrationen und andere Aktionen, durch die Intervention in soziale Protestbewegungen der Unterdrückten und den Kampf um die Führung dieser Bewegungen – und, wo

angemessen, durch Teilnahme an Parlaments- und anderen Wahlen – kann eine kommunistische Partei diejenigen Arbeiter anziehen und organisieren, die den revolutionären Sturz des kapitalistischen Systems unterstützen, was sie von denjenigen Arbeitern *unterscheidet*, die nicht über kämpferisches Gewerkschaftertum hinausgegangen sind.

An dieser Stelle kann man die französischen Syndikalistinnen in der Zeit vor 1914 den russischen Bolschewiki in der



kein Bildnachweis

Wobbly-Führer „Big Bill“ Haywood (rechts) in Moskau 1922, zusammen mit früherem IWW-Organisator James P. Cannon, der später der Begründer und Führer des amerikanischen Trotzismus wurde

gleichen Periode gegenüberstellen. Der Antiparlamentarismus der CGT-Führung verhinderte tatsächlich, daß französische Arbeiter eine klare Entscheidung zwischen revolutionärer und reformistischer Politik treffen konnten. Statt dessen führten klassenbewußte französische Arbeiter ein gespaltenes Leben: Sie waren Syndikalistinnen in ökonomischen Kämpfen gegen die Unternehmer, und sie waren Sozialisten, wenn es um die Wahl von Parlamentsabgeordneten oder örtlichen Regierungsbeamten ging. Außerdem hatte die französische Sozialistische Partei sowohl offen reformistische als auch vorgeblich marxistische Fraktionen in ihren Reihen.

Die politische Landschaft der russischen Arbeiterbewegung in dem Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg war ganz anders. Dort hatte sich die Organisation der revolutionären Aktivisten (die Partei der Bolschewiki) sowohl von den Gewerkschaften, Fabrikkomitees usw. als auch den reformistischen/zentristischen Sozialisten (den Menschewiki) klar abgegrenzt. Ein russischer Arbeiter, der die Bolschewiki aktiv und direkt unterstützte (der z. B. die illegale Literatur der Partei verbreitete), war durch ein höheres Niveau von politischem Bewußtsein motiviert als einer, der einfach für einen bolschewistischen Kollegen als Führer eines Streikkomitees stimmte. Die Bolschewiki stellten auch Kandidaten (eine Reihe von ihnen haben gewonnen) bei Wahlen zur Arbeitersektion der zaristischen Duma (Parlament) auf und stellten sich damit nicht nur gegen die liberalen und reaktionären Parteien, sondern auch gegen die volkstümlichen Sozialrevolutionäre und die Menschewiki. Die Bolschewiki organisierten die *revolutionäre Avantgarde* der russischen Arbeiterklasse, was es ihnen später ermöglichte, im Oktober 1917 die erste erfolgreiche proletarische Revolution in der Weltgeschichte anzuführen.

[WIRD FORTGESETZT]

IKL-Erklärung...

Fortsetzung von Seite 1

verheerenden Verluste der russischen Arbeiterklasse im Bürgerkrieg sowie das Scheitern und die Niederlagen der proletarischen Revolutionen in anderen Ländern – zum großen Teil aufgrund des Verrats der westeuropäischen Sozialdemokratie – bahnten der politischen Konterrevolution von 1923/24 den Weg. Dieser sowjetische Thermidor führte zur jahrzehntelangen Mißwirtschaft und Unterdrückung durch eine nationalistische, parasitäre Kaste unter Stalin und seinen Erben. Das Endergebnis der stalinistischen Verratspolitik – gerechtfertigt durch die Lüge über den „Aufbau des Sozialismus in einem Land“, wonach international die Arbeiterrevolution den Zugeständnissen an den Imperialismus untergeordnet wurde – bestand in der kapitalistischen Konterrevolution, die den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat in den Jahren 1991/92 zerstörte. Wir Trotzisten haben die Oktobererrungenschaften immer gegen Imperialismus und Konterrevolution verteidigt und für die proletarisch-politische Revolution gekämpft, um die stalinistischen Usurpatoren hinwegzufegen. Heute kämpfen wir für neue Oktoberrevolutionen als einzige Antwort auf die sich verschärfende kapitalistische Reaktion.

Die Zerstörung der Sowjetunion hat zu verschärften interimperialistischen Konflikten über die Neuaufteilung der Weltmärkte und Ausbeutungsmöglichkeiten geführt, was letztlich die Gefahr eines dritten Weltkrieges bedeutet. Das globale System des „Freihandels“ – der wirtschaftliche Kitt, der das von den USA dominierte antisowjetische Bündnis zusammenhielt – bröckelt auseinander, da die wichtigsten kapitalistischen Mächte rivalisierende Handelsblöcke bilden: eine von Deutschland geführte Europäische Union mit Osteuropa als Hinterland; eine von Japan geführte „Ostasiatische Wohlstandssphäre“ mit Südostasien als Niedriglohn-Werkstatt; und ein von den USA dominiertes Nordamerikanisches Handelsabkommen zum Nutzen der amerikanischen Bourgeoisie, ihres kanadischen Juniorpartners und ihrer Lakaien in der herrschenden Klasse Mexikos. Wie wir in einer gemeinsamen Erklärung der Spartacist League/U.S., der Grupo Espartaquista de México und der Trotskyist League of Canada unter dem Titel „Stoppt die Plünderung Mexikos durch den US-„Freihandel““ (*Workers Vanguard*, 5. Juli 1991) schrieben:

„Schon zur Zeit des Ersten Weltkriegs stellte Lenin fest, daß die engen Grenzen des kapitalistischen Nationalstaates eine Fessel für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden waren und einen Kampf über die Neuaufteilung der Welt ausgelöst hatten. Die verschiedenen ‚Gemeinsamen Märkte‘ werden dies nicht überwinden, sondern im Gegenteil interimperialistische Rivalitäten vertiefen. Wir Trotzisten, wir Kommunisten kämpfen für die wirtschaftliche Integration der Welt auf einer sozialistischen Grundlage.“

Die Bourgeoisien müssen die Ausbeutungsrate drastisch erhöhen und ihre Arbeitskosten senken, um international konkurrieren zu können. Die Sozialleistungen, die zur Zeit in Westeuropa unter Beschuß stehen, wurden im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg gewährt, um das abzuwenden, was die Kapitalisten als „kommunistische Gefahr“ sahen. Seit der Zerstörung der Sowjetunion sind die imperialistischen Bourgeoisien daran gegangen, den „Sozialstaat“ zu demontieren. Dieser Kahlschlagkurs hat defensive Arbeiterkämpfe hervorgerufen, insbesondere in Italien, Frankreich, Spanien und Deutschland – oftmals in einem seit Jahrzehnten nicht gesehenen Ausmaß. In Belgien, Spanien und Frankreich haben Renault-Arbeiter international koordinierte Protestversammlungen und Fabrikbesetzungen gegen Betriebs-schließungen, die Tausende Arbeitsplätze gefährden, durch-

geführt. In Deutschland haben im März 85 000 Bergleute im Ruhrgebiet und im Saarland gegen Zechenschließungen und Entlassungen die Arbeit niedergelegt. Jedesmal haben die reformistischen Massenparteien diese Kämpfe verraten und versucht, sie so weit wie möglich in die Sackgasse des Parlamentarismus abzulenken. Damit stellt sich die dringende Aufgabe, eine revolutionäre Führung der Arbeiterklasse zu schmieden. Die IKL kämpft dafür, bolschewistische Parteien aufzubauen, die das Proletariat gegen das gesamte kapitalistische System bis hin zur Eroberung der proletarischen Staatsmacht führen.

Eine Anzahl von Organisationen, darunter zentral das pseudotrotzkistische Vereinigte Sekretariat (VS) des verstorbenen Ernest Mandel, versucht sich die anwachsende und massenhafte Opposition gegen die mit Maastricht verbundene Austeritätspolitik zunutze zu machen und veranstaltet am 14. Juni in Amsterdam einen „Euromarsch '97“, der zeitgleich mit einer EU-Konferenz stattfindet, wo über die Bedingungen von „Maastricht II“ verhandelt werden soll. Die offiziellen Forderungen des Marsches sind: für Vollbeschäftigung, Verteidigung der Sozialleistungen und gegen soziale „Ausgrenzung“. Es gibt *keinen Aufruf*, den Rassismus oder Faschismus zu bekämpfen, und die aufgestellten Forderungen sind alle auf einen Rahmen zugeschnitten, der das kapitalistische System *akzeptiert*.

Die Absicht der Organisatoren dieses Marsches, die bei den Wahlen in Frankreich die Sozialistische Partei (PS) und die Kommunistische Partei (KPF) unterstützten, besteht einfach darin, auf die reformistischen Irreführer Druck auszuüben. Vor größeren klassenfremden Kräften auf dem Bauch zu liegen ist für die Pseudolinke nichts Neues. Während des ganzen zweiten Kalten Krieges, der mit der wutentbrannten Reaktion der Imperialisten auf den Einmarsch der sowjetischen Armee in Afghanistan 1979 begann, haben solche Gruppen wie das VS, die überwiegend in Britannien existierende Gruppe Workers Power (in Deutschland Gruppe Arbeitermacht) und die Socialist Workers Party von Tony Cliff (in Deutschland Linksruck-Jusos und Internationale Sozialistische Organisation) ihrer eigenen herrschenden Klasse und deren Lakaien in der Arbeiterbewegung nachgeplappert, wenn es darum ging, jeden möglichen konterrevolutionären Abschaum in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa zu unterstützen. So unterstützten sie die mit Nazis verseuchten baltischen Nationalisten; die Solidarność von Lech Walesa (die einzige „Gewerkschaft“ auf der Welt, die vom Vatikan, Reagan und Thatcher unterstützt wurde); und Jelzins Putsch in Rußland im August 1991. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion spielen jetzt Gruppen wie die Ligue communiste révolutionnaire (LCR), die französische Gruppe des VS, eine offenere Rolle als linkssozialdemokratische Pressure-groups gegenüber den reformistischen Arbeitermassenparteien und als Ratgeber für die Spitzenbürokraten der Gewerkschaften.

Die Sozialisten unter Lionel Jospin haben auf zynische Weise versucht, die starken Abneigungen der Arbeiterklasse gegen Maastricht auszunutzen, während sie gleichzeitig dem Maastricht-Programm verpflichtet bleiben. Mit dem Ziel der Besänftigung der Arbeiterunruhen, die Frankreich erschüttert haben, verbreiten sie leere liberale Plattheiten über eine „Neuorientierung für den Aufbau Europas“ im Zusammenhang mit einer Politik, die „im Dienste der Menschen“ stehen würde. Aber Mitterrands Erben sind nicht weniger den Interessen der Pariser Börse verpflichtet als die letzte sozialistisch geführte Regierung, deren Wirtschaftsprogramm sich als „*le franc fort*“ (starker Franc) und Maastricht zusammenfassen ließ. Die neue „Kohabitation“ genannte Regierung von Chirac und Jospin, einschließlich KPF, wird die brutalen Angriffe auf die Arbeiterklasse und die Armen fortsetzen; der Polizeiterrror gegen ethnische Minderheiten im Inland

und die imperialistische Ausplünderung in den afrikanischen und anderen französischen Kolonien und Neokolonien wird weitergehen. Tatsächlich hat der Faschist Le Pen starke Andeutungen gemacht, daß seine Unterstützer in der zweiten Runde der Wahl die Kandidaten der Volksfront gegen Chirac & Co. wählen sollten.

Im Kielwasser von Jospins PS erklären die Euromarsch-Organisatoren in einem Brief an die aufrufenden Organisationen, daß ihr Hauptziel darin besteht, „die ganze Ausrichtung der Europäischen Union und die Wirtschafts- und Sozialpolitik der nationalen Regierungen umzukehren“. Tatsächlich richtet sich das Programm des Euromarsches nicht einmal gegen die Europäische Union oder den

Maastrichter Vertrag. Gleichzeitig prahlen die VS-Organisatoren damit, daß die Unterstützer des Euromarschs „diejenigen [umfassen], die aus Prinzip gegen den Vertrag sind, und diejenigen, die es nicht sind“ (*Socialist Outlook*, März 1997). Während einige der Teilnehmer Lippenbekenntnisse für ein „Arbeitereuropa“ oder für ein „Vereinigtes Sozialistisches Europa“ ablegen, unterstützen sie alle die sozialdemokratischen und exstalinistischen Arbeiterleutnants des Kapitals – die Partei der Demokratischen Linken und Rifondazione Comunista (RC), die in Italiens kapitalistischer Kahlschlag- und Volksfront-Regierung sitzt beziehungsweise diese stützt; die PS und KPF in Frankreich; Blairs New Labour Party in Britannien. So haben die am Euromarsch teilnehmenden britischen Gruppen in ihren Zeitungen den Aufruf „Wählt Labour“ zu Riesenbuchstaben aufgeblasen.

Im Gegensatz dazu vertritt die IKL die Meinung, daß wirksamer Widerstand gegen die aktuelle kapitalistische Offensive eine revolutionäre internationalistische Perspektive und ein ebensolches Programm erfordert. Die Bourgeoisien in Europa sind fest entschlossen, schonungslos gegen die Arbeiterklasse vorzugehen, Arbeitsplätze zu vernichten, Löhne zu senken, Sozialleistungen zu streichen, und sie treffen damit am härtesten die schwächsten Teile der Gesellschaft. Immigranten, Asylsuchende und ethnische Minderheiten werden zu Sündenböcken gemacht von den kapitalistischen Herrschern, die Rassismus benutzen, um die werktätigen Massen zu spalten und das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu vergiften. In dem Maße, wie die Restauration des Kapitalismus Osteuropa verwüstet und die imperialistische Ausdehnung die Massen der neokolonialen „Dritten Welt“ in immer drückendere Armut treibt, steigt die Zahl der Flüchtlinge, die mit Einreiseverbot oder mit Abschiebung aus der „Festung Europa“ bedroht werden – ebenso nimmt der tödliche rassistische Terror von Bullen und Nazibanden zu, die in Frankreich, Italien, Deutschland und Österreich dramatisch angewachsen sind.

Der Faschismus nährt sich aus der Massenarbeitslosigkeit und Verzweiflung, und in ganz Europa ist der rassistische Terror gegen Immigranten und Roma der Rammbock für die kapitalistischen Angriffe auf den Lebensstandard der gesamten Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse und Minderheiten müssen gemeinsam ihre Interessen durchsetzen, oder sie werden getrennt geschlagen werden. Daher ist die Verteidigung von Immigrantengemeinden – basierend auf der Forderung *Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und*



Bergarbeiter stürmen Bonn. Nur internationale sozialistische Planwirtschaft kann ihnen eine Perspektive bieten

Asylsuchende – gegen Angriffe der Regierung und der Faschisten der Schlüssel dafür, den Kampf der Arbeiterklasse in Westeuropa weiter voranzubringen.

Außerdem, wie wir im *Spartakist*, November/Dezember 1996, schrieben:

„Wie schwarze Amerikaner sind auch die dunkelhäutigen Proletarier Westeuropas nicht einfach schutzlose Opfer, sondern ein sehr wichtiger Bestandteil der Kräfte, die in der Lage sind, das rassistische kapitalistische System zu zerstören. Westindische Transportarbeiter und südasianische Krankenschwestern in Britannien, nordafrikanische arabische und berberische Autoarbeiter in Frankreich, türkische Bergarbeiter und kurdische Chemiearbeiter in Deutschland werden in einer europäischen proletarischen Revolution eine wichtige Rolle spielen. Diese Arbeiter bilden eine Brücke zu den proletarischen und bäuerlichen Massen in der neokolonialen ‚Dritten Welt‘, ein lebendiges Verbindungsglied einer internationalen sozialistischen Perspektive. Diese Perspektive zu verwirklichen erfordert vor allem den Aufbau revolutionärer Parteien, die Wiederschmiedung der Vierten Internationale auf den Grundsätzen von Lenin und Trotzki.“

Für proletarischen Kampf gegen die Europäische Union

Jetzt befürchten die westeuropäischen Mächte, daß das Hauptziel des Maastrichter Vertrages von 1992, nämlich die Einführung der „Währungsunion“, möglicherweise vertagt oder gestrichen wird. Die Wahlen in Frankreich wurden von Chirac angesetzt, um ein Mandat für weitere Angriffe auf die Arbeiterklasse zu erhalten, das notwendig ist, um die Kriterien der Währungsunion fristgemäß zu erfüllen. Doch die Proteststimmen gegen die staatlichen Kürzungen, die im Dezember 1995 zu massiven Streiks im öffentlichen Dienst führten, ermöglichten den Sieg der von den Sozialisten geführten Koalition. Es ist jetzt wenig wahrscheinlich, daß selbst das imperialistische Deutschland die wirtschaftlichen Kriterien für die Währungsunion erfüllen kann.

Wie die Ligue trotskyste de France, Sektion der IKL, in ihrer Erklärung vom 15. Mai zu den Wahlen in Frankreich bemerkte:

„Falls morgen die ‚Währungsunion‘ gestrichen oder auf unbestimmte Zeit vertagt würde angesichts von Arbeiterkämpfen, wäre dies ein Sieg für die Arbeiter, die über-

Fortgesetzt auf Seite 26

IKL-Erklärung...

Fortsetzung von Seite 25

all in Europa einen harten Widerstand gegen die kapitalistische Offensive an den Tag gelegt haben...

Doch wäre ein solcher Sieg notwendigerweise zeitlich begrenzt und umkehrbar. Im Rahmen des kapitalistischen Systems ist es unmöglich, Arbeitslosigkeit, Austerität und Rassismus abzuschaffen.“

Manche reformistischen Organisationen, wie z. B. die Socialist Labour Party (SLP) von Arthur Scargill und die französische KP, stellen die EU und den Maastrichter Vertrag als den Hauptgrund für steigende Arbeitslosigkeit, Kürzung der Staatsausgaben und die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hin. Damit verschleiern sie die Tatsache, daß der Hauptfeind der Arbeiter in jedem Land ihre „eigene“ Bourgeoisie ist, mit oder ohne Maastrichter Vertrag. Dabei muß man daran denken, daß zuerst Britannien unter Thatcher den „Sozialstaat“ zerstörte, und zwar Jahre bevor von einer gemeinsamen europäischen Währung ernsthaft die Rede war. In den 80er Jahren verfolgte die französische Regierung unter dem sozialistischen Präsidenten François Mitterrand (unterstützt von der KPF) die meiste Zeit eine rigide monetaristische Austeritätspolitik. Als Ergebnis stieg die Arbeitslosigkeit ständig von 6 Prozent 1981, als die „Union de la Gauche“ an die Macht kam, auf das Doppelte vor zwei Jahren, als Chirac Mitterrand ablöste.

Unsere Opposition zu Maastricht und zur EU beruht auf einer Perspektive des proletarischen Internationalismus und steht im Gegensatz zum nationalistischen Protektionismus, den die KPF und SLP betreiben, die entweder dazu aufrufen: „Produziert Französisch“, oder: „Stoppt den Import von Kohle“ nach Britannien. 1992 traten Scargill, Führer der Bergarbeitergewerkschaft, und Winston Churchill Junior, ein berühmter Rassist, gemeinsam bei einer Kampagne zur „Rettung der britischen Kohle“ auf. Ähnlich forderte der deutsche IG-Metall-Führer Klaus Zwickel „Einwanderungsquoten“ zur „Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes“, und die deutsche Bauarbeitergewerkschaft organisierte eine Demonstration, die sich ausdrücklich gegen portugiesische, polnische und russische Arbeiter richtete. Nationalismus ist Gift für die Arbeiterklasse und schürt Rassismus dadurch, daß er Teile der Arbeiterklasse innerhalb eines jeden Landes und der verschiedenen Länder gegeneinander hetzt.

Die Macht der Arbeiterklasse muß dafür mobilisiert werden, für eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit ohne Lohnverzicht zu kämpfen, damit die Arbeit auf alle Hände verteilt und der Lebensstandard der Arbeiter aufrechterhalten wird. Der Versuch der Bosse, ein Zweiklassen-Lohnsystem zu schaffen, zielt auch darauf ab, Jugendliche und Immigranten gegen die Gewerkschaften aufzuhetzen. Jetzt müssen die Gewerkschaften mehr denn je dafür kämpfen, alle nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und die Arbeitslosen zu organisieren. Wir kämpfen für Industriegewerkschaften, die alle Arbeiter der gleichen Industrie umfassen. Die Massenarbeitslosigkeit und die Angriffe auf Sozialleistungen haben Arbeiterinnen am härtesten getroffen. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr. Um diese Forderungen zu erreichen, muß man die Massen systematisch zur proletarischen Revolution mobilisieren.

Die Arbeiterklasse muß rassistischen Terror bekämpfen

Die tödliche Gefahr eines derartigen Nationalismus war klar, als im Februar in Berlin-Hellersdorf die faschistischen „Jungen Nationaldemokraten“ eine mörderische rassistische Provokation unter der Parole „Arbeit zuerst für Deutsche“

durchzuführen versuchten. Aber die Nazi/Skinhead-Provokation wurde durch eine Einheitsfront-Mobilisierung von Hunderten antifaschistischen Demonstranten verhindert. Für diesen bescheidenen, aber politisch wichtigen Sieg über die Faschisten, die sich unter starkem Polizeischutz panikartig verkriechen mußten, war ein politischer Kampf gegen die Abwiegeleien der sozialdemokratischen Parteien SPD und PDS erforderlich. Diejenigen, die die Nazis *stoppen* wollten, wurden unter der Führung der Spartakist-Arbeiterpartei mobilisiert.

Im Grunde erwarten die Reformisten von den Kräften des rassistischen kapitalistischen Staates, daß diese mit den Faschisten fertig werden. Doch jedes Verbot oder jede andere Maßnahme des bürgerlichen Staates gegen die Faschisten – die bewaffneten Banden zur Verteidigung des Kapitals, die von den Herrschenden in Reserve gehalten werden, damit diese sie gegen das Proletariat einsetzen können – wird sich letzten Endes gegen die Arbeiterorganisationen richten. Im Gegensatz dazu wissen wir, daß zur Zerschlagung der faschistischen Banden die Mobilisierung der sozialen Macht des organisierten Proletariats – das an der Spitze aller Unterdrückten steht – erforderlich ist. Diese Perspektive zeigte sich bei Einheitsfront-Massenaktionen, die von der Spartacist League/U.S. initiiert wurden und die den Ku Klux Klan und Nazi-Provokationen in einer Reihe von Städten gestoppt haben.

Gerade die Politik der reformistischen Massenparteien – die als Teil des „Establishments“ gelten und eingeschworene Verteidiger des kapitalistischen Status quo sind, der immer unerträglicher wird – erzeugt in Wirklichkeit das Wachstum der faschistischen Gefahr. Diese Reformisten haben nichts anderes anzubieten als noch mehr Kahlschlag, Arbeitslosigkeit, Angriffe auf Sozialleistungen, Massenabschiebungen von „illegalen“ Immigranten. Die Faschisten haben es dann einfach, sich in den Augen des Kleinbürgertums und der rückständigsten Arbeiter als die einzige „radikale“ Alternative zur bestehenden Ordnung hinzustellen.

Man muß der chauvinistischen Demagogie von Le Pen oder Haider in Österreich, die ein Ende der Arbeitslosigkeit durch Massenabschiebungen von Immigranten versprechen, die sozialistische Neuorganisation der Wirtschaft der europäischen Länder entgegenstellen, die allein Arbeit für alle bei rasch steigendem Lebensstandard schaffen kann. Wie Trotzki 1930 schrieb, als unter der Auswirkung der Weltwirtschaftskrise die Nazi-Partei zur wirklichen Gefahr wurde und die Macht zu ergreifen drohte:

„Das Problem der Arbeitslosigkeit ist einer der wichtigsten Bestandteile der politischen Krise. Der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und für den Sieben-Stunden-Tag bleibt ganz und gar aktuell...“

Die Vereinigten Sowjetstaaten Europas, das ist die einzig richtige Losung, die einen Ausweg aus der Zerstückelung Europas zeigt, die nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa mit völligem wirtschaftlichen und kulturellen Niedergang bedroht.

Die Losung der proletarischen Vereinigung Europas bildet gleichzeitig eine sehr wichtige Waffe im Kampf gegen den niederträchtigen faschistischen Chauvinismus, gegen die Frankreichhetze usw.“ („Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland“, 26. September 1930)

Ein kapitalistischer „Superstaat“ Europa? Utopisch und reaktionär

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Vorläufer der Europäischen Union, wurde Mitte der 50er Jahre als ökonomisches Anhängsel zum NATO-Militärbündnis gegen den Sowjetblock gegründet. Ihr Vorgänger war der vom US-Imperialismus Ende der 40er Jahre durchgeführte Marshall-Plan des Kalten Kriegs. Doch seit der Konterrevolution in der ehemaligen UdSSR und Osteuropa ist das wiederver-

einigte Vierte Reich noch dominierender in der EU geworden, wobei die Bundesbank geradezu besessen die Austeritätspolitik vom Mittelmeer bis zur Ostsee diktiert. Deutschlands erneuter Drang zur Vorherrschaft in Europa hat innerhalb der herrschenden Klassen der anderen EU-Länder scharfe Trennungslinien hervorgerufen, besonders bei Britannien und Frankreich, Deutschlands Gegnern in zwei Weltkriegen. Der deutsche Außenminister Klaus Kinkel sagte der Amsterdamer Konferenz voraus, daß sie zu einer „Nacht der langen Messer“ werden könnte, was einen mit Schauern daran erinnert, daß das Vierte Reich der Nachfolgestaat von Hitlers Drittem Reich ist.

Die Kontrolle über die Geldmenge innerhalb der eigenen Grenzen ist eine wirtschaftliche Grundvoraussetzung für einen bürgerlichen Staat, die notwendigerweise eng verknüpft ist mit anderen Instrumenten der Wirtschaftspolitik. Ein stabiles Währungssystem auf der Basis des „Euro“ würde strenge und ständige Einschränkungen von Steuereinnahmen und Staatsausgaben in allen EU-Mitgliedsstaaten erfordern. Das ist genau das, was Kohl und die Bundesbank jetzt verlangen. Aber da der Kapitalismus auf der Grundlage einzelner Nationalstaaten organisiert ist, was die Ursache von wiederholten imperialistischen Kriegen zur Neuaufteilung der Welt ist, ist es unmöglich, einen stabilen alleuropäischen bürgerlichen Staat zustande zu bringen. Ein imperialistischer „Superstaat“ Europa kann nur durch die Methoden von Adolf Hitler erreicht werden, nicht durch die Methoden von Jacques Delors, dem französischen sozialdemokratischen Architekten von Maastricht. Sollte das Maastrichter Projekt einer gemeinsamen europäischen Währung zustande kommen, würde das nur auf eine kurze, konfliktreiche Episode hinauslaufen.



möglich als Abkommen der *europäischen* Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien *gegen* Japan und Amerika verteidigen könnte.“ („Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“, August 1915)

Im *Kommunistischen Manifest* von 1848 stellten Marx und Engels fest, daß das kapitalistische System einen Weltmarkt hervorgebracht und damit die Grundlage für proletarischen Internationalismus geschaffen hatte. Nur die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse und die Errichtung der Diktatur des Proletariats wenigstens in mehreren fortgeschrittenen Industrieländern wird eine rational geplante Wirtschaft ermöglichen und dabei die Produktionskapazität Europas in den Dienst der Werktätigen aller Länder stellen. Nur auf dieser Grundlage können wir von den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa sprechen.

Am linken Rand der europäischen Sozialdemokratie

Die gegenwärtigen Angriffe auf die Arbeiterklasse und Immigranten in Westeuropa wurden vorbereitet durch die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion. In Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion sind die verheerenden Folgen der kapitalistischen Restauration offenkundig: von interkommunalem Gemetzel bis zu weitverbreitetem Hunger und Obdachlosigkeit. In Polen und in anderen Ländern wurden Frauen aus dem Arbeitsprozeß vertrieben, und gleichzeitig wurde ihnen das Recht auf Abtreibung drastisch beschnitten. Die Auswirkung der Konterrevolution, sowohl in den ehemaligen degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten als auch international, unterstreicht, wie richtig die trotzkistische Position zur russischen Frage war: für

bedingungslose militärische Verteidigung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates und der deformierten Arbeiterstaaten gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution und für proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie. Das ist weiterhin unser Programm für die übriggebliebenen Arbeiterstaaten China, Vietnam, Nordkorea und Kuba.

1979 sagten wir „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“ und: „Für die Ausweitung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker!“ Wir stellten fest, daß die Rote Armee den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat gegen den Imperialismus verteidigte und auf der Seite des sozialen Fortschritts war, weil sie die Rechte der Frauen gegen die von der CIA unterstützten reaktionären Mudschaheddin verteidigte. Seit sich Solidarność in Polen im Herbst 1981 auf ein offen proimperialistisches Programm

festgelegt hatte, erhoben wir die Forderung: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarność!“ Acht Jahre später mobilisierten wir unsere Kräfte, um in der DDR der sich entfaltenden politischen Revolution, die vor der Öffnung der Berliner Mauer ausbrach, revolutionäre Führung zu geben. Während Gorbatschow der kapitalistischen Wiedervereinigung grünes Licht gab und die Stalinisten der SED-PDS die DDR ausverkauften, standen wir in bedingungsloser Opposition gegen den kapitalistischen Anschluß des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaates durch den deutschen Imperialismus. Wir kämpften für ein Rotes Rätendeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Fortgesetzt auf Seite 28

Massendemonstration in Brüssel: Von Belgien bis Spanien streikten Renault-Arbeiter gegen Austeritätspolitik der Kapitalisten

Die Vorstellung einer allmählichen Evolution hin zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ unter dem Kapitalismus ist eine utopische Phantasie. Lenins Verurteilung dieses Konzepts 1915 war eindeutig:

„Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitaleports und der Aufteilung der Welt durch die ‚fortgeschrittenen‘ und ‚zivilisierten‘ Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär...“

Natürlich sind *zeitweilige* Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa

IKL-Erklärung...

Fortsetzung von Seite 27

Heute, wo sich die westeuropäischen Bourgeoisien über den „Tod des Kommunismus“ ergötzen und die staatlichen Sozialleistungen zerschlagen, sind die eh' schon sehr zahmen sozialdemokratischen und exstalinistischen Massenparteien noch weiter nach rechts gegangen. An vorderster Stelle steht Tony Blairs New Labour in Britannien, deren Führer sie in eine ausgesprochen bürgerliche Partei nach dem Vorbild von Clintons Demokraten in den USA ummodellieren wollen. Blairs Partei hat ihre wenigen Punkte, mit denen sie noch vorgab, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, fallengelassen und beabsichtigt, die Verbindung von Labour zu den Gewerkschaften zu kappen.

Im Einklang mit dieser Rechtswende unterstützt eine Menge pseudotrotzkistischer Gruppen offen die Lüge, daß der Kapitalismus reformiert werden könne. Eine der kleineren an der Euromarsch-Kampagne beteiligten zentristischen Gruppen, die britische Gruppe Workers Power (WP) und ihre Liga für eine Revolutionär Kommunistische Internationale (LRKI), behauptet tatsächlich, daß die Europäische Union und eine gemeinsame europäische Währung etwas Fortschrittliches seien oder das Potential dazu haben. WP vertrat bei den Maastricht-Referenden 1992 die Position der Stimmhaltung. Im Kielwasser von Blairs Lobeshymnen auf eine EU-„Sozialcharta“ argumentierte WP, daß „die Bedingungen des Maastrichter Abkommens auch eine Basis für die Ausweitung von Rechten und Errungenschaften auf solche Staaten sein könnten, wo die Arbeiterklasse diese Errungenschaften nie gewonnen hatte oder wo sie sie verloren hat“, und fügte hinzu, daß „die europäischen Arbeiter nach der Inkraftsetzung der Maastrichter Bedingungen bis zu einem gewissen Grad besser gerüstet sein werden, um auf kontinentaler Ebene zurückzuschlagen“ (*Workers Power*, Juni 1992).

Heute halten diese EU-Sozialisten immer noch daran fest, daß Maastricht einem national „isolierten“ Kapitalismus vorzuziehen sei:

„Die Nationalstaaten würden genau dieselbe arbeiterfeindliche Politik durchführen, ob sie nun innerhalb oder außerhalb der EU sind. In dem Maße, wie sie auf kleinere Märkte zurückgeworfen und mit schärferen Konkurrenzbedingungen konfrontiert würden, müßten ihre Kapitalisten die Angriffe verdoppeln.“ („Build a United Socialist Europe!“ [Für den Aufbau eines Vereinigten Sozialistischen Europas!], *Workers Power*, Mai 1997)

Die LRKI gibt hier auf ihre Weise die Drohungen der Bundesbank und der internationalen Finanzwelt wieder, daß in den EU-Mitgliedsstaaten, die die gemeinsame Währung nicht akzeptieren, eine massive Kapitalflucht einsetzen würde und die ökonomischen Schwierigkeiten im Vergleich zu den Folgen der Maastrichter Konvergenzkriterien noch schlimmer wären. Genau diese Art von Argumenten wird sowohl von Kapitalisten als auch von Arbeiterbürokraten benutzt, die damit in Europa auf nationalstaatlicher Ebene gegen höhere Löhne und Sozialleistungen auftreten.

Die Antwort der LRKI auf Maastricht ist eine Parodie des parlamentarischen Kretinismus:

„Für die Auflösung des machtlosen Europaparlaments und für die Einberufung einer europaweiten Verfassungsgebenden Versammlung (organisiert und verteidigt durch die Arbeiterorganisationen), um das Maastrichter Abkommen zu zerreißen und einen neuen Arbeiterplan für ökonomische und politische Konvergenz zu entwerfen, der auf die Bedürfnisse der Arbeiter und nicht der herrschenden Klasse zugeschnitten ist.“ (*Workers Power*, Januar 1997)

Warum nicht gleich den NATO-Vertrag zerreißen, wenn sie schon mal dabei sind? Oder wie wär's mit „Öffnung der

Grenzen“ der bürgerlichen Staaten – eine andere utopische Forderung von Workers Power/Arbeitermacht? Der Maastrichter Vertrag ist ein Abkommen zwischen bürgerlichen Staaten. Wie Marx und Engels vor langer Zeit erklärt haben, gründen sich bürgerliche Staaten letztlich nicht auf Parlamente und Ministerien, sondern auf *Formationen bewaffneter Menschen*. Die Arbeiterklasse kann nur dann die Wirtschafts- und Militärabkommen des kapitalistischen Weltsystems zerreißen, wenn sie den bürgerlichen Staatsapparat zerschlägt und durch die Diktatur des Proletariats in Form einer Arbeiterräterregierung ersetzt. Aber diese Perspektive ist den Zielen der Organisatoren des Euromarsches '97 völlig entgegengesetzt.

In der Praxis läuft der „Internationalismus“ von Gruppen wie dem VS, der LRKI und den Zentristen der britischen Leninistisch-Trotzkistischen Tendenz auf die Unterstützung eines „fortschrittlichen“ Imperialismus hinaus. Dies zeigte sich anschaulich bei ihrer gemeinsamen Kampagne „Workers Aid to Bosnia“ (Arbeiterhilfe für Bosnien), die ein Deckmantel für die NATO/UN-Intervention auf Seiten der bosnischen Muslime war und den kommunalistischen Krieg auf dem Balkan anheizte. Die Forderung der „Workers Aid“-Kampagne, „das Waffenembargo gegen Bosnien aufzuheben“, war ein kaum verhüllter Aufruf an den Imperialismus, die bosnisch-muslimischen Kräfte zu bewaffnen. Die Restauration des Kapitalismus im bürokratisch deformierten Arbeiterstaat Jugoslawien führte zu einem allseitigen kommunalistischen Massaker unter den Völkern des Balkans, das durch rivalisierende imperialistische Interventionstruppen angeheizt wurde. Als proletarische Internationalisten stellen wir uns gegen alle konkurrierenden nationalistischen Kräfte, fordern den Rückzug aller imperialistischen Truppen und riefen zur Verteidigung der bosnischen Serben auf, als sie die Zielscheibe von NATO-Bombenangriffen waren. Wir wissen, daß die einzige gerechte Lösung gegenüber dem mörderischen Nationalismus und Kommunalismus in der sozialistischen Revolution liegt, die alle reaktionären Regime hinwegfegt und eine Sozialistische Föderation des Balkans errichtet.

Es ist die Pflicht von Kommunisten in den imperialistischen Ländern, zur militärischen Niederlage der „eigenen“ Bourgeoisie in Kriegen gegen die Kolonialländer und Halbkolonien aufzurufen und darauf hinzuwirken. Unsere Genossen der LTF kämpfen gegen die blutigen kolonialen Machenschaften der französischen imperialistischen Truppen in Afrika. Im Rahmen der Vorbereitungen zum Euromarsch erklärte die britische Socialist Party (SP, früher Militant Labour; in Deutschland Sozialistische Alternative Voran): „Wir sind Internationalisten und unterstützen eine größere Solidarität und Integration der arbeitenden Völker Europas und der Welt“ (*Socialist*, 16. Mai). Der „Internationalismus“ der britischen SP geht allerdings nicht so weit, daß sie gegen den britischen Imperialismus in Irland wäre. In Britannien ist sie berüchtigt für ihre Weigerung, den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland zu fordern, und zu ihren Veranstaltungen in Belfast und Dublin hat sie einen Repräsentanten der faschistoiden loyalistischen Ulster-Töderschwadronen eingeladen, der für den Mord an zwei Katholiken verurteilt worden ist. Skandalöserweise hat die britische SWP die Entsendung von britischen Truppen nach Nordirland 1969 *unterstützt* unter dem Vorwand, sie würden „Leben retten“.

Im krassen Gegensatz zu diesem Sozialchauvinismus kämpfen die Spartacist League/Britain und die Dublin Spartacist Group für den sofortigen, bedingungslosen Abzug der britischen Truppen aus Nordirland als Teil des Kampfes für eine irische Arbeiterrepublik innerhalb einer Sozialistischen Föderation der Britischen Inseln. Wie die SL/B in einer Erklärung vom 21. April zu den Wahlen hervorhob:

„Wir sind gegen eine zwangsweise Wiedervereinigung

von Irland und warnen davor, daß es im Rahmen des Kapitalismus keine allen Seiten gerecht werdende Lösung für die nationale Unterdrückung in Irland geben kann. In Nordirland besteht die Situation, daß verschiedene Völkerschaften auf einem gemeinsamen Gebiet leben, wobei gegenwärtig die katholische Minderheit innerhalb des konfessionellen Orange-Kleinstaates unterdrückt wird... Eine proletarische Perspektive ist notwendigerweise internationalistisch und erfordert auf beiden Seiten der irischen Grenze und auf beiden Seiten der Irischen See die Mobilisierung der Arbeiterklasse für den revolutionären Sturz des britischen Imperialismus, die Zerschlagung des Orange-Kleinstaates im Norden sowie des katholischen Klerikalstaates im Süden.“



Christian v. Polentz

Gegen Volksfrontpolitik

Wie Lenin bemerkte, ist es für eine kleine revolutionäre Organisation unter gewissen Bedingungen eine korrekte Taktik, einer größeren reformistischen Arbeiterpartei kritische Wahlunterstützung zu geben. Die Grundvoraussetzung für eine solche Taktik ist, daß die betreffende reformistische Partei sich als Vertreterin der Arbeiterinteressen unabhängig von den und gegen die Parteien der Bourgeoisie präsentiert. Die kritische Wahlunterstützung verschafft den Revolutionären ein breiteres Gehör für ihre Ansichten und versetzt sie in eine bessere Lage, militante Arbeiter zu gewinnen, die durch den unvermeidlichen Verrat ihrer Führer an deren erklärten Prinzipien und Programmen desillusioniert werden. So hat die Spartacist League/Britain bei den jüngsten Wahlen eine Kampagne für Arthur Scargills SLP geführt, eine linke Abspaltung von Blairs „New“ Labour Party. Die SLP, die in Opposition zu New Labour kandidierte, tritt für eine Art „Old Labour“-Reformismus ein.

Wie Lenin und Trotzki steht die IKL prinzipiell gegen jede Art von Bündnissen mit kapitalistischen Parteien („Volksfront“), ob an der Regierung oder in der Opposition, wie in Italien PDS und RC sowie in Frankreich PS und KPF. Die LTF schrieb in ihrem Flugblatt vom 15. Mai, daß die französischen reformistischen Parteien durch ihre Allianz mit bürgerlichen Formationen (darunter der ultrachauvinistische Jean-Pierre Chevenement) „somit Repräsentanten einer bürgerlichen Koalition werden. Unter diesen Bedingungen ist eine Stimme für die Parteien in diesen Koalitionen eine Stimme für den Klassenfeind. Das ist ein Bruch mit dem Prinzip der Klassenunabhängigkeit. Keine Stimme für Arbeiterparteien in Volksfronten! Nein zur Klassenkollaboration!“ Die LTF war auch gegen jede Stimme für Lutte ouvrière, die sich demonstrativ weigert, an Kämpfen gegen die Le-Pen-Faschisten oder gegen Rassismus überhaupt teilzunehmen.

Die französische VS-Sektion LCR und die LRKI-Gruppe Pouvoir ouvrier riefen beide zur Wahl der Pro-Maastricht-Sozialisten und virulenten Chauvinisten der KPF auf. Das führt ihre Sprüche von einem „sozialistischen Europa“ ad absurdum. In Italien dient die VS-Sektion als loyale „Opposition“ innerhalb von RC, die selbst wiederum als Stütze der kapitalistischen „Mitte-Links“-Regierung von Prodi agiert. Die „Ulivo“-Koalition steuert die brutalen Austeritätsmaßnahmen, mörderische Angriffe auf Immigranten und die im-

15. Februar: Demonstranten in Berlin auf dem Bahnsteig konfrontieren die Nazis, die in einem U-Bahn-Waggon hinter Polizeischutz kauern

perialistische Militärintervention in Albanien. Die linkeren Elemente im VS schauen auf die zentristische Proposta-Gruppe, geführt von Franco Grisolia, die innerhalb von RC dem Volksfront-Verrat ein „linkes“ Gesicht verleiht. Proposta bewies erst kürzlich ihre Treue zum italienischen Imperialismus, als sie für einen Antrag von RC stimmte, mit dem der Militärintervention in Albanien das Feigenblatt der „Verzinsten Nationen“ übergestülpt werden sollte. Unsere Genossen der Lega trotskista d'Italia verurteilten den blutigen Mord an 89 albanischen Flüchtlingen durch die italienische Kriegsmarine und forderten: „Italienischer Imperialismus: Blutige Hände weg von Albanien! Volle Staatsbürgerrechte für die albanischen Flüchtlinge und alle Immigranten!“

Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki!

Die Sozialdemokraten und Exstalinisten präsentieren sich jetzt als „kleineres Übel“, als Befürworter einer geringeren Arbeitslosenrate, eines geringeren Abbaus der Sozialprogramme und insgesamt einer geringeren wirtschaftlichen Verelendung. Und die „linken“ Pseudotrotzkisten sind wiederum zu Verteidigern des „sozialstaatlichen“ Status quo geworden. Wir treten für ein grundlegend anderes Programm und eine grundlegend andere Perspektive ein: die Zerschlagung des kapitalistischen Staates, die Enteignung der Produktionsmittel und die Errichtung einer kollektivierten Planwirtschaft unter einer Arbeiterregierung. Wir wollen vorwärtsgehen zu neuen Oktoberrevolutionen in ganz Europa und auf der ganzen Welt. Wie das *Übergangsprogramm*, das Gründungsdokument der Vierten Internationale von 1938, feststellt:

„Die Vierte Internationale sucht und erfindet keine Allheilmittel. Sie stellt sich völlig auf den Boden des Marxismus als der einzigen revolutionären Lehre, die dazu befähigt, die Realität zu verstehen, die Ursache der Niederlagen zu erfassen und den Sieg bewußt vorzubereiten. Die Vierte Internationale setzt die Tradition des Bolschewismus fort, der als erster dem Proletariat zeigte, wie man die Macht erobert.“

Die IKL hat sich der Aufgabe verpflichtet, Trotzki's Vierte Internationale durch unnachgiebigen politischen Kampf gegen die sozialdemokratischen und exstalinistischen Verräter und ihre zentristischen Anhängsel wiederzuschmieden. ■

Kommunistisches Manifest...

Fortsetzung von Seite 15

gen, die sich Marxisten oder Trotzisten nennen, obwohl sie in der Praxis die grundsätzlichen Prinzipien der marxistischen Bewegung zurückweisen. Nehmt zum Beispiel die britische Militant-Gruppe, die sich jetzt die Socialist Party nennt (in Deutschland Sozialistische Alternative Voran, SAV). Ihre internationale Resolution vor ein paar Jahren hatte drei kleine Thesen, die ihr rührendes Vertrauen in die bürgerliche Gesellschaftsordnung zeigten. Die erste war, daß eine revolutionäre Partei nicht notwendig sei, weil die Arbeiter auf die eine oder andere Weise, durch empirische Erfahrung, ihren eigenen Weg finden würden. Sie schreiben weiter, daß es keinen Atomkrieg geben wird, weil die Bourgeoisie rational ist. Und sie schreiben auch, daß es keinen Faschismus geben wird, weil die Bourgeoisie Hitler erlebt hat. All das wird in einem sehr „orthodoxen“ Rahmen präsentiert, doch es ist eine völlige Revision von allem, was Marxisten über den Staat, über Imperialismus und über Faschismus wissen.

Dann gibt es David Norths Operation, die sich augenblicklich als Socialist Equality Party (in Deutschland Partei für Soziale Gleichheit, PSG) präsentiert. Die North-Jünger sind dazu übergegangen, die Gewerkschaften als absolut korrupte Agenturen der Bosse abzutun, die in keiner Weise Organisationen der Arbeiterklasse seien. Doch die amerikanische Bourgeoisie gibt pro Jahr über eine Milliarde Dollar aus, um die Gewerkschaften kaputtzumachen, Organisierungskampagnen kaputtzumachen, Streiks zu brechen, Gewerkschaften die Lizenz zu entziehen. Sie hat also eine ziemlich andere Einschätzung der Frage.

Während die North-Leute ihre streikbrecherische, öko-

nomistische Version des „Klassenkampfes“ propagieren, spucken sie auch auf den Kampf gegen die Unterdrückung der Schwarzen. Genau wegen der Frage der Schwarzen gibt es in den USA – einzigartig unter den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern – keine unabhängige Klassenpartei des Proletariats, nicht einmal in Form einer reformistischen Labour Party. Im allgemeinen sind Amerikas kapitalistische Herrscher bisher sehr erfolgreich darin, die Karte des Rassismus zu spielen; das ist das Erbe des nicht zu Ende geführten Bürgerkriegs für die Freiheit der Schwarzen, was zur politischen Rückständigkeit dieses Landes, wenn man so will, mächtig beiträgt. Wir verstehen, daß der Kampf für die Befreiung der Schwarzen eine strategische Frage für die proletarische Revolution in diesem Land ist.

Anderthalb Jahrhunderte sind seit dem Erscheinen des *Kommunistischen Manifests* vergangen – eine Zeit, die durch viele proletarische Kämpfe geprägt war. Wenn wir heute das *Manifest* diskutieren, verfolgen wir den gleichen Zweck wie seine Autoren. Wie Marx und Engels haben wir das Ziel, die alte Gesellschaft zu stürzen und sie durch eine Gesellschaft zu ersetzen, die den Weg zur Abschaffung aller Klassenunterdrückung öffnen wird.

Von sich aus wird der Kapitalismus nicht fallen – seit der Oktoberrevolution 1917 ist das klar. Wenn 1917 die Menschewiki und bolschewistische Versöhler wie Stalin gegen Lenin gewonnen hätten, hätte es keine Russische Revolution gegeben. Und dann würden in der akademischen Welt sehr gelehrte Experten vor euch stehen und erklären, warum eine Revolution in Rußland 1917 unmöglich war. Das ist wirklich die Frage des subjektiven Faktors. Es gibt für die Bourgeoisie keine ausweglose Krise – abgesehen vielleicht vom Atomkrieg – außer einer Revolution. Genossen, die Kapitalisten müssen gestürzt werden. Das ist unser Job.■

Baustreik...

Fortsetzung von Seite 4

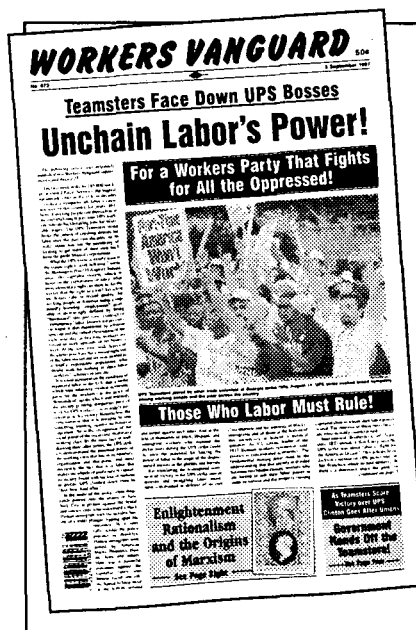
In einer Polemik gegen die Anpassung der zentristischen Liga Bolchevique Internacionalista und der übrigen brasilianischen Linken an den Polizei„streik“ erklärten unsere Genossen der Spartacist League/U.S.:

„Teile der Militärpolizei zeigten letztes Jahr im Staat von Minas Gerais, wie sie für höhere Löhne ‚kämpften‘, indem sie systematisch schwarze Jugendliche ermordeten und drohten, damit weiterzumachen, bis ihre Forderungen erfüllt sind. Jetzt pochen sie auf mehr Geld für ihre Massaker an protestierenden Bauern und sind zu einem Zeitpunkt in einen ‚Streik‘ getreten, wo es unter den Sem terra (landlosen Bauern) wachsende Unruhen gibt. Polizeimobilisierungen und -Streiks‘ haben notwendigerweise eine bonapartistische Ausrichtung, die darauf abzielt, diese bezahlten Mörder noch unabhängiger von der Gesellschaft insgesamt zu machen, und ihre Möglichkeiten verstärkt, die blutige Repression ohne jede Einmischung auszuführen.“ (*Workers Vanguard*, 3. September)

Die Geschichte hat gezeigt, daß die Arbeiterklasse nicht einfach den bestehenden kapitalistischen Staatsapparat übernehmen kann; sie muß ihn vielmehr zerbrechen und durch einen proletarischen Staat ersetzen, der auf Arbeiterräten basiert. Die SpAD kämpft für die Klassenunabhängigkeit der Arbeiter und betonte in ihrem Flugblatt zum Baustreik, „daß Polizisten nicht ‚Kollegen‘ sind, sondern zusammen mit den Gerichten, Gefängnissen und der Armee den bewaffneten Kern des bürgerlichen Staates darstellen, der alles andere als neutral ist. Wir fordern: *Polizei raus aus dem DGB!*“

Im Kampf gegen Lohnsenkung und Massenarbeitslosigkeit fordern wir: Eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit ohne Lohnneibußen, um die Arbeit auf alle Ar-

beiter zu verteilen und den Lebensstandard der Arbeiter aufrechtzuerhalten. Um diese Forderungen zu erreichen, ist die systematische Mobilisierung der Massen für die proletarische Revolution erforderlich. Das kann nur durch den Aufbau einer internationalistischen revolutionären Arbeiterpartei gelingen, die dafür kämpft, kommunistisches Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Diese Partei wird in dem Kampf aufgebaut werden, die proletarische Basis der SPD von ihrer prokapitalistischen Führung zu brechen und für den wirklichen Kommunismus zu gewinnen. Das ist die Aufgabe, die wir Trotzisten von der SpAD und der Internationalen Kommunistischen Liga uns gestellt haben.■



Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

24 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Women and Revolution

Luftpost DM 50,-
Seepost DM 20,-

Bestell bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Schluß mit Diskriminierung...

Fortsetzung von Seite 32

„Diese Arbeiter bilden eine Brücke zu den proletarischen und bäuerlichen Massen in der neokolonialen ‚Dritten Welt‘; sie sind ein lebendiges Verbindungsglied einer internationalen sozialistischen Perspektive. Um diese Perspektive zu verwirklichen, brauchen wir vor allem den Aufbau einer revolutionären Partei, die Wiederschmiedung der Vierten Internationale auf den Grundsätzen von Lenin und Trotzki. Die Spartakist-Jugend will kämpferische Studenten für die Sache der Arbeiterklasse gewinnen. Schließt euch unserem Kampf an!“

Nachfolgend drucken wir das Mobilisierungsflugblatt der Spartakist-Jugend vom 29. Juni ab.

In den letzten Wochen sind offen rassistische Diskriminierungen gegen Immigranten und ausländische Studenten durch das Arbeitsamt der Freien Universität (FU) und der studentischen Arbeitsvermittlung „Heinzelmännchen“ vom Ausländerinnenreferat (ARef) der FU bekannt gemacht worden, Jobangebote enthielten Formulierungen wie „leider nur Deutsche“ oder „keine AfrikanerInnen“, und selbst für Putz- oder Tellerwäscherjobs wurden perfekte Deutschkenntnisse verlangt. Rassistische Praktiken bei der Job- und Wohnungsvergabe durch das Studentenwerk gehören zum Alltag. Eine mongolische Studentin berichtete uns, daß sie wegen Mietrückstands aus dem Wohnheim rausgeschmissen wurde, obwohl das *Studentenwerk* die Miete nicht abgebucht hatte. Egal wo sie sich jetzt um ein anderes Zimmer bewirbt, wird sie abgelehnt, sobald sie ihre Nationalität bekanntgibt! Ein chinesischer Student, so das ARef, erhielt sein Zimmer nur unter der Zusage, daß er kein chinesisches Essen koche, „da es so stinke“!

Die Spartakist-Jugend ruft zu einem Einheitsfrontprotest unter der Losung „Schluß mit der rassistischen Diskriminierung durch Arbeitsamt und Studentenwerk!“ auf.

Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Eine Einheitsfront bedeutet: Getrennt marschieren, vereint schlagen! Jede Organisation hat das volle Recht, ihre eigene Propaganda und ihre eigenen Losungen zu verbreiten und ihre Kritik an den anderen beteiligten Gruppen zu artikulieren. Wir rufen die Gewerkschaften, insbesondere ÖTV und GEW, und Studenten, Uniarbeiter, Immigranten, Frauen, Schwule/Lesben, Juden und alle Gegner rassistischer Angriffe auf, sich an diesem Protest zu beteiligen. Notwendig ist die Mobilisierung aller Unterdrückten hinter der Macht der Arbeiterklasse.

Im Gegensatz dazu steht die Politik des AStA. Auf Vorschlag eines SozRef-Mitgliedes führten sie als „Protest“ eine widerliche „Sklassenversteigerung“ durch, mit Unterstützung – wenn auch mit Bauchschmerzen – durch das Ausländerinnenreferat, das viele ausländische Studenten als ihre einzige Vertretung ansehen. Dieses Theater war nichts anderes als eine Verharmlosung der blutigen Geschichte der Sklaverei und die Verherrlichung der kapitalistischen Lohnsklaverei! Die systematische Ermordung von Millionen durch Zwangsarbeit im Dritten Reich ist die eigene Version der Sklaverei der deutschen Bourgeoisie. Das SozRef-Mitglied, das den Vorschlag der Sklassenversteigerung vorgebracht hatte, gehört nicht zufällig der PDS-Hochschulgruppe Unabhängige Demokratische Sozialisten an. Die PDS toleriert in Sachsen-Anhalt eine SPD/Grüne-Regierung, die ständig Abschiebungen durchführt!

Auf einem Plenum des ARef intervenierte das SozRef gegen unseren Vorschlag für eine Einheitsfrontaktion, weil Verhandlungen des AStA mit dem Studentenwerk über eine mögliche Übernahme der „Heinzelmännchen“, die von der Bundesfinanzbehörde geschlossen werden sollen, dadurch

gestört würden. Die rassistischen Angriffe gegen ausländische Studenten werden damit unter den Teppich gekehrt.

Studentenwerk und Arbeitsamt sind Teil des rassistischen Staatsapparates, dessen Aufgabe es ist, das Privateigentum der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse und Unterdrückten zu verteidigen. Wir fordern: Unis unter die Kontrolle der Uniarbeiter, Studenten und Dozenten! Kostenlose Bildung auf höchstem Niveau und Stipendien, von denen man leben kann, **für alle**, die studieren wollen! Weg mit dem rassistischen Numerus Clausus!

Auch die Gruppe Linksruck haben wir auf unsere Protestaktionen angesprochen. Ihre Antwort war, man müsse erst abwarten, was der AStA unternehmen werde. Diese Nachtrabpolitik dem AStA gegenüber zeigen die Linksruck-Anhänger auch bei der Verteidigung der FU-Unibibliothek: „Der Unmut der Studenten muß jetzt vom AStA in Proteste umgesetzt werden“ (*Linksruck*, Nr. 42, 13. Juni). Den bürokratischen AStA benutzen sie konkret als Alibi, um gegen diese rassistischen Diskriminierungen **gar nichts** zu tun. Kein Wunder! Als Bestandteil der Jusos dient Linksruck der SPD als linkes Feigenblatt. Und zwar der gleichen SPD, die jetzt gerade im Bundestag ein neues Ausländergesetz abgesegnet hat, nach dem die bloße Vermutung auf Teilnahme an einer „verbotenen“ politischen Demonstration wie auch jegliche politische Betätigung von Immigranten ein Abschiebungsgrund ist. Im SPD-regierten Hamburg sind am 1. März faktische Arbeitsverbote gegen Nicht-EU-Studenten erlassen worden. Der AStA der Technischen Universität Berlin wurde wegen des Verdachts auf PKK-Unterstützung von Bullen durchsucht. Weg mit dem Verbot der PKK! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Der staatliche Rassismus in Deutschland ist das innenpolitische Gegenstück zum neuerlichen Weltmachtstreben des deutschen Imperialismus. Nach der Konterrevolution in der UdSSR und den deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas hat sich die Konkurrenz zwischen den Imperialisten um Märkte und ökonomische Vorherrschaft drastisch verschärft. Als Trotzkisten verteidigten wir die Sowjetunion gegen innere und äußere Konterrevolution und kämpften für den Sturz der stalinistischen Bürokratie durch proletarisch-politische Revolution, wie heute zum Beispiel in China. Die staatlichen rassistischen Angriffe auf Immigranten und ausländische Studenten dienen als Rammbock für Sozialraub gegen die gesamte Arbeiterklasse und alle Studenten, die sich ihr Studium erarbeiten müssen. Das Proletariat muß für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten kämpfen, für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich. Wie ein Führer der Russischen Revolution, Leo Trotzki, im Übergangsprogramm 1938 schrieb: „Wenn der Kapitalismus unfähig ist, die Forderungen zu erfüllen, die sich unvermeidlich aus dem von ihm geschaffenen Elend ergeben, dann soll er zugrundegehen.“ Das bedeutet die revolutionäre Enteignung der Kapitalisten und die Errichtung einer internationalen Planwirtschaft auf der Grundlage von Arbeiterdemokratie. Doch die Gewerkschaftsbürokratie, SPD und PDS stehen einer unabhängigen Mobilisierung der Arbeiter für ihre eigenen Interessen im Wege. Die internationale Arbeiterklasse hat die soziale Macht, dieses rassistische kapitalistische System zu zerschlagen, weil das Proletariat den Reichtum dieser Gesellschaft produziert.

Um dieses mörderische System zu zerschlagen, ist der Aufbau einer internationalen proletarischen Avantgardepartei notwendig. Eine solche Partei tritt als Volkstribun für die Rechte **aller** Unterdrückten ein. Dieser Aufgabe hat sich die Spartakist-Jugend verpflichtet. Wir Trotzkisten wollen kämpferische Studenten für die Sache der Arbeiterklasse gewinnen. Für neue sozialistische Oktoberrevolutionen weltweit! ■

SPARTAKIST

Schluß mit der rassistischen Diskriminierung durch Arbeitsamt und Studentenwerk!

Wegen der rassistischen Angriffe an den Unis sind „die ausländischen Studenten unter uns gezwungen, tagtäglich einen Überlebenskampf zu führen, um überhaupt studieren zu können“, erklärte Sylvia Krüger, die Sprecherin der Spartakist-Jugend (SpJ) bei der Protestkundgebung am 3. Juli vor dem Arbeitsamt I und den „Heinzelmännchen“ an der Freien Universität in Berlin. Der Einheitsfrontprotest von ausländischen Studenten, IVAS (Interessenvertretung Ausländischer Studierender der Humboldt-Universität) und der SpJ richtete sich gegen die von dem ARef/FU (Ausländerinnenreferat, Teil des AStA) enthüllte rassistische Diskriminierung des Arbeitsamts an der FU. Inzwischen hat Innenminister Kanther eine neue Säuberungskampagne an den Unis gegen ausländische Studenten gestartet.

Von den ausländischen Studenten, die am 3. Juli die Jobvergabe abwarteten, wurde die Kundgebung gut aufgenommen. Ein IVAS-Sprecher klagte die Schikanen der Studentenvermittlung an: Um an einer deutschen Hochschule zu studieren, müssen ausländische Studierende einen Sprachtest ablegen. Aber ihr Deutsch sei nicht ausreichend, um auf einer Baustelle oder als Tellerwäscher zu



Einheitsfrontprotest an der FU Berlin, initiiert von der Spartakist-Jugend. Am Mikro ein Sprecher der Interessenvertretung Ausländischer Studierender der Humboldt-Uni

durch Arbeitsamt und Studentenwerk zu sagen hatten!

Die Linksruck-Jusos an der FU blieben ebenfalls unsichtbar. Für sie war es anscheinend undenkbar, ohne den Schutzmantel des AStA am Protest teilzunehmen.

In Hamburg erfahren Studenten aus Nicht-EU-Ländern seit dem 1. März faktisch Arbeitsverbote vom Arbeitsamt, die sogenannte „Bevorrechtigungsregelung“, die sie von längerfristigen Jobs ausschließt. Besonders afrikanische Studenten berichteten der Spartakist-Jugend, daß sie plötzlich sogar ihre festen Jobs verlieren. Ein türkischer Student erzählte, daß sogar dann, als ihn Firmen einstellen wollten, das Arbeitsamt jedesmal die Arbeitserlaubnis verweigerte. An der Hamburger Uni intervenierte die SpJ am 5. Juni an einem Aktionstag gegen „Bildungsklau“, der von Schülern, Studenten und Fachhochschulern durchgeführt wurde. Für den AStA bis zu den Reformisten von der PDS und Linksruck sollte der Aktionstag dazu dienen, Druck auf die Sozialdemokratie auszuüben. Aber die SPD führt nicht zuletzt in Hamburg den Sozialraub und die bössartige Abschiebekampagne an. Im Gegensatz dazu intervenierte die SpJ bei Spartakist-Verkäufen und bei einer Podiumsdiskussion mit einer proletarischen Perspektive, um den Bildungs- und Sozialraub, die Kahlschlagpolitik und staatliche Angriffe gegen Immigranten und ausländische Studenten durch die Mobilisierung der multinationalen Arbeiterklasse zurückzuschlagen.

Für uns Spartakisten sind die kämpferischen eingewanderten Arbeiter wichtig für eine europäische proletarische Revolution. Unsere Rednerin erklärte bei dem Protest an der FU:

Spartakist-Jugend

arbeiten! Das IVAS brachte seinen eigenen Aufruf heraus und gewann die Unterstützung des gesamten RefRats der Humboldt-Universität für die Aktion. Über eine antikommunistische Flüsterkampagne gegen die Aktion setzte sich ein Mitglied des IVAS hinweg: Egal, wer diesen Protest initiiert, seit zehn Jahren warteten sie auf so eine Gelegenheit, und sie würden zu diesem Protest aufrufen.

Dagegen boykottierte der AStA/FU die Einheitsfrontaktion. Sein Anliegen war es vielmehr, die „Heinzelmännchen“ zu übernehmen und mindestens diesen kleinen Teil des Studentenwerks und damit der Staatsbürokratie mitverwalten zu dürfen. Kämpferische Aktionen mit empörten Studenten aus aller Welt und Kommunisten waren dem offensichtlich entgegengestellt. Das ARef, das selbst das Desinteresse des AStA an der Verteidigung ausländischer Studenten erlebt hatte, gab der Politik des AStA nach und kam trotz ursprünglicher Interessenbekundung nicht zur Protestkundgebung. Statt dessen machten sie am gleichen Abend eine Veranstaltung zum Thema „Diskriminierung von AusländerInnen“, wo die Redner nichts zu der Diskriminierung

Fortgesetzt auf Seite 31